

neuer deutscher extremismus*

*

Neuer Deutscher Extremismus bezeichnet Ideologien der Ungleichwertigkeit in einer Einwanderungsgesellschaft und umfasst sowohl extremistische Ideologien Eingewanderter als auch jene der Mehrheitsgesellschaft.

Herausgeberin:

Bundeskoordination

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

V. i. S. d. P. :

Eberhard Seidel

Redaktion:

Lena Schulze Frenking, Eberhard Seidel

Layout und Bildredaktion:

Yunus Kleff

Bildbearbeitung und Korrektur:

Claudia Benders, Martin Schneider

Druck und Bindung:

Colours Factory

Jede Verwertung ohne Zustimmung von Aktion Courage e. V. ist unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen, Übersetzungen und die Einspeicherung in elektronische Systeme.

Genderneutral – ja oder nein?

Wir überlassen es den Schreibenden, ob sie in ihren Artikeln von Schüler_innen, Schüler*innen, SchülerInnen oder von Schülerinnen und Schülern oder auch nur von Schülern schreiben.

So viel Freiheit und Vielfalt muss sein.

ISBN 978-3-933247-74-2

© 2019 Aktion Courage e. V.

neuer **deutscher** **extremismus**

Konzept

Sanem Kleff

Eberhard Seidel

Autor*innen

Pascal Beucker

Kemal Bozay

Julia Gerlach

Sanem Kleff

Nikolai Klimeniouk

Marta Kozłowska

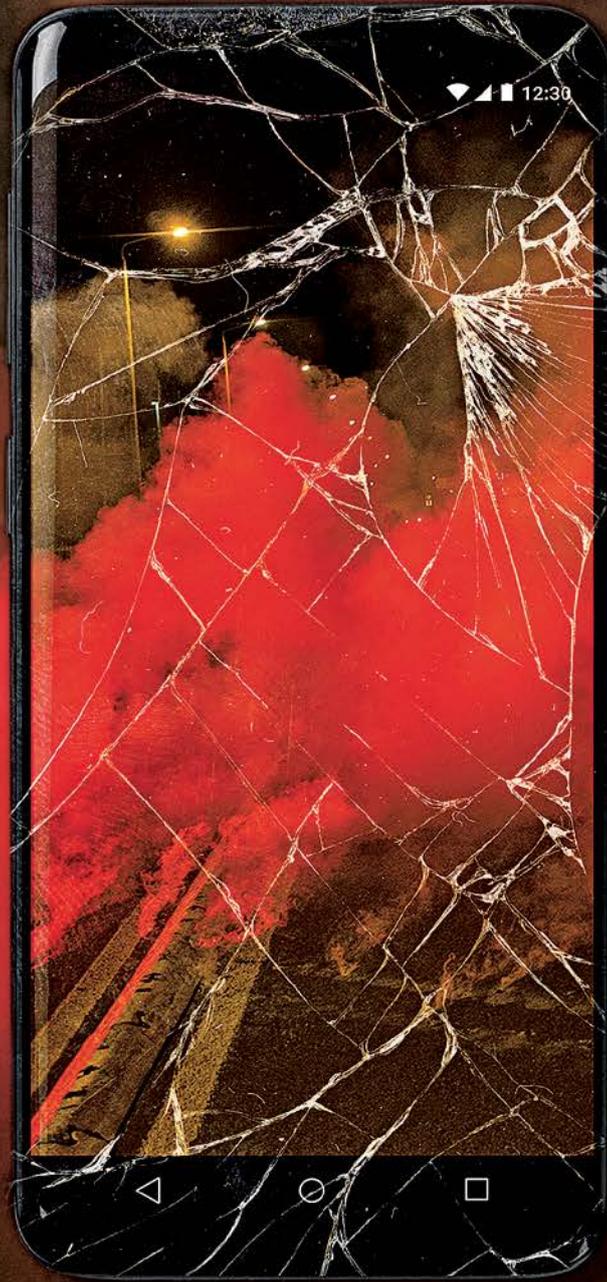
Danijel Majic

Eberhard Seidel

Alia Sembol

Inhalt

Neuer Deutscher Extremismus?	6
Rechtspopulismus und -extremismus der Mehrheitsgesellschaft	13
Ultranationalismus, Antisemitismus und Extremismus ...	
mit Bezug zu Polen	23
mit Bezug zum arabischen Raum	33
mit Bezug zu Kroatien und Serbien	43
mit Bezug zur Türkei	53
bei „Russlanddeutschen“	63
Ideologien der Ungleichwertigkeit in der Migrationsgesellschaft	73



Neuer Deutscher Extremismus?

Zugehörigkeit, Homogenität, privilegierte Zugänge und Geborgenheit – das sind attraktive Versprechen rechts-populistischer und rechtsextremistischer Bewegungen. Ihre Problemlösungsangebote bieten einfache Antworten auf die komplexen Herausforderungen heterogener Gesellschaften, wie auch die Bundesrepublik aufgrund von Globalisierung und Zuwanderung eine geworden ist. Die extreme deutsche Rechte richtet sich allerdings nicht an alle deutschen StaatsbürgerInnen, sondern nur an diejenigen, denen sie eine abstammungsgemäße, auf Blut basierende Volkszugehörigkeit zuspricht. Diese exkludierenden Ideologieangebote schließen all die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands aus, die eine Migrationsgeschichte aus Ost- und Südeuropa, der Türkei, dem Nahen, Mittleren und Fernen Osten, dem Maghreb und dem Balkan haben. Nicht einbezogen in die völkische Ideologie der extremen deutschen Rechten sind auch Muslime, Juden, Schwarze, Roma und Sinti.

Heute haben 20 Millionen der knapp 83 Millionen Einwohner Deutschlands einen Migrationshintergrund, das heißt, sie selbst oder mindestens ein Elternteil wurde nicht als Deutsche oder Deutscher geboren – also fast jedeR Vierte. Bei den Schülerinnen und Schülern hat bereits mehr als ein Drittel einen Migrationshintergrund. Die meisten von ihnen sind Deutsche und wurden als deutsche Staatsbürger geboren oder sind längst eingebürgert. Doch trotz des im Jahr 2000 reformierten Staatsangehörigkeitsrechts erkennen nicht nur RechtspopulistInnen und Rechtsextreme, sondern auch viele VertreterInnen der gesellschaftlichen und politischen Mitte Menschen mit Migrationshintergrund bis heute nicht als gleichberechtigte Deutsche an, weil ihnen angeblich etwas Entscheidendes fehlt: Die Zugehörigkeit zur deutschen Bluts- und Abstammungsgemeinschaft. Damit wird eine unterschiedliche Wertigkeit zwischen „richtigen“ und herablassend als „Passdeutsche“ bezeichneten Deutschen konstruiert, um sie als BürgerInnen zweiter Klasse zu diskriminieren und ihnen in der Folge den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und Rechten zu verwehren. Je nachdem, wie streng man die Maßstäbe anlegt, vertreten Ergebnissen der

Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge derzeit rund 20 bis 40 Prozent der Mehrheitsgesellschaft rechtspopulistische Einstellungen.

Sie äußern sich in Demokratiemisstrauen, einem aggressiven Law-and-Order-Autoritarismus, dem Wunsch nach einem härteren Vorgehen gegen AußenseiterInnen sowie in der pauschalen Abwertung von Eingewanderten, Muslimen, Asylsuchenden und Roma. 12 bis 24 Millionen Menschen in der Mehrheitsgesellschaft teilen solche Einstellungen. Wir sprechen also über ein sehr relevantes Thema.

Es wäre jedoch naiv zu glauben, dass die auf diese Weise diffamierten und angegriffenen 20 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund selbst per se immun gegen rechtsextremistische, antisemitische und ultranationalistische Ideologien seien. Warum sollten sie weniger anfällig für demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen sein? In der postmigrantischen Gesellschaft sind daher nicht nur Kunst und Gastronomie bunter und pluralistischer geworden, sondern auch die Palette menschenverachtender Ideologieangebote. Die Extremismen, die Anleihen aus den Herkunftsländern der Eingewanderten nehmen, stellen mittlerweile einen festen Teil des Ideologieangebots in Deutschland dar. Rechtsextreme und RechtspopulistInnen mit Migrationshintergrund werden von den deutschen Rechtsextremen meist nicht als ihresgleichen akzeptiert, selbst wenn sie ansonsten ihren Sexismus, ihre Homophobie und ihren Antisemitismus teilen mögen. Die rassistische und ultranationalistische Ideologie der *Goldenen Morgenröte* oder der *Grauen Wölfe*, die ebenfalls auf die Blutsgemeinschaft, allerdings die der GriechInnen oder TürkInnen rekurriert, ist deshalb für Jugendliche aus Familien mit griechischer oder türkischer Einwanderungsgeschichte attraktiver als die *Junge Alternative*, eine rechtsextreme schlagende Studentenverbindung oder eine rechte Kameradschaft.

Ultranationalismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit unter Menschen mit Migrationsgeschichte sind ein fester



Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland. Diese Extremismen werden vom Bundesamt für Verfassungsschutz jedoch bis heute als „sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern“ abgehandelt. Das hat möglicherweise bei der Beobachtung verfassungsfeindlicher Organisationen, die ihre Basis im Ausland haben, eine gewisse Berechtigung und Logik. Für die Präventionsarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit an Schulen ist die Kategorie „Ausländer“ allerdings irreführend. Sie suggeriert, Akteure von außerhalb würden in Deutschland Konflikte austragen, die eigentlich in ihren jeweiligen Heimatländern angesiedelt seien. Es gehe also um importierte Probleme, die kaum etwas mit den gesellschaftlichen Verhältnissen hierzulande zu tun hätten. Auch wenn sicherlich ein ideologischer, medialer und personeller Import von Konfliktslagen besteht, ist dies eine verkürzte Sicht. Jugendliche, die in Deutschland aufwachsen und in die Schule gehen, werden in erster Linie durch die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse hier geprägt und nicht durch die in der Türkei, Russland, Polen oder Griechenland. Wenn sie sich nun einer Organisation anschließen, die in diesen Ländern ihren Ursprung hat, ist das vor allem eine Reaktion auf die gesellschaftlichen Verhältnisse hier, auf ihre Desintegrations- und Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Präventive Ansätze haben dies zu berücksichtigen. Deshalb sprechen wir anders als der Verfassungsschutz nicht von Ausländerextremismus, sondern von „transnationalem Extremismus“ oder „Neuem Deutschen Extremismus“. Manche, wie Kemal Bozay, sprechen auch von Ideologien der Ungleichwertigkeit in der Einwanderungsgesellschaft oder auch „Ethnischem Nationalismus“. Wie Kemal Bozay in seinem Beitrag nachweist, gibt es in diesem Themenfeld noch erheblichen Forschungsbedarf und auch weiteren Klärungsbedarf bezüglich der Begrifflichkeiten.

Unsere Aufgabe

PädagogInnen tragen die Verantwortung für alle Kinder und Jugendlichen, die ihnen anvertraut sind – egal ob ihre Vorfahren in Karl-Marx-Stadt, Köln, Adana, Moskau, Belgrad, Warschau oder Beirut geboren sein mögen. Sie stammen aus Familien mit unterschiedlichen Geschichten, aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Milieus – und auf diese muss die Schule in

Deutschland eingehen, weil es die Geschichten der Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind. Die Kinder und Jugendlichen aus den Minderheiten haben genauso ein Anrecht darauf, dass wir uns um sie kümmern, auch und gerade um die Haltungen und Überzeugungen, die in ihre Köpfe und Herzen drängen, aber diametral zu den Grundwerten unserer Gesellschaft stehen. Ein emanzipatorischer Bildungsansatz erfordert, dass für die Auseinandersetzung mit problematischen Einstellungen bei Minderheiten ebenso viel Sorgfalt, Aufmerksamkeit und Ressourcen aufgebracht werden wie das bei der Auseinandersetzung mit problematischen Entwicklungen in der Mehrheitsgesellschaft seit vielen Jahrzehnten der Fall ist. Entscheidend ist, dabei keine feindselige, kulturalisierende oder ethnizierende, sondern eine solidarische Haltung gegenüber den Minderheiten einzunehmen.

Dazu kommt, dass Unmenschlichkeit im Kontext von Schule nur dann glaubhaft thematisiert werden kann, wenn wir bereit sind, alle Erscheinungsformen gleichermaßen ins Visier zu nehmen. Denn Menschenverachtung bleibt Menschenverachtung, egal von wem sie kommt. Rassismus ist Rassismus, egal gegen wen und vom wem. Antisemitismus ist Antisemitismus, egal von wem er ausgeht. Eine konsequente Haltung erfordert, kein Wenn und Aber gelten zu lassen. Erfordert, keine Entschuldigung für Menschenfeindlichkeit zu akzeptieren, sondern sich ihr immer entschieden entgegen zu stellen. Denn alle Spielarten von Ideologien der Ungleichwertigkeit haben eine gemeinsame Konstante: Sie kategorisieren Menschen nach von ihnen als bedeutsam betrachteten Eigenschaften, bilden scheinbar homogene Gruppen, hierarchisieren diese und werten sie in einem Ranking als mehr oder weniger wert als andere. Dabei ist nicht relevant, auf welche individuellen Eigenschaften sich die als Maßstab herangezogenen Kriterien beziehen, ob auf die Herkunft, das Aussehen, die Religion, das Geschlecht, die sexuelle Orientierung, die Religion oder den sozialen Status. Immer dient die so begründete Ungleichwertigkeit zur Legitimation, die angeblich weniger wertvolle Gruppe zu marginalisieren, zu unterdrücken, auszubeuten oder gar zu vernichten – zumindest dann, wenn es die Gelegenheit dazu gibt. Gemeinsame Dynamiken zu erkennen, bedeutet keinesfalls zu übersehen, dass jede Ideologie der Ungleichwertigkeit ihre eigene Entstehungsgeschichte, eigene historischen Wurzeln, Entwicklungsbedingungen und Erscheinungsformen hat

In der postmigrantischen Gesellschaft sind nicht nur Kunst und Gastronomie pluralistischer geworden, sondern auch die menschenverachtenden Ideologieangebote.

und unterschiedliche Opfergruppen ins Visier nimmt. Die Haltung, die wir den Ideologien der Ungleichwertigkeit entgegensetzen, bezeichnen wir mit unserem Motto: Lernziel Gleichwertigkeit.

Diese konsequente Haltung trägt zur andauernden Attraktivität des Handlungsansatzes von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* bei Kindern und Jugendlichen bei, die ein starkes Gerechtigkeitsempfinden haben. Die Folge: Themenfelder von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* spiegeln stets die Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen wider, lange bevor Wissenschaft und Politik darauf reagieren. Das versetzt das Netzwerk in die Lage, schnell und flexibel auf sich permanent wandelnde Herausforderungen in der Demokratieverziehung zu reagieren.

Der richtige Zeitpunkt

Es bedarf einer Erläuterung, warum wir das Thema gerade jetzt aufgreifen. Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo sich Übergriffe gegenüber Geflüchteten und Angriffe gegenüber Minderheiten aus der Mitte der Gesellschaft häufen und Angehörige von Minderheiten auf offener Straße überfallen werden. Müsste nicht gerade in Zeiten des zunehmenden Rassismus der Fokus von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* auf den menschenfeindlichen Haltungen und politischen Entwicklungen der Mehrheitsgesellschaft liegen? Die Antwort lautet: Ja! Und das tun wir als Courage-Netzwerk auch.

Gleichzeitig beschäftigen wir uns mit den „Neuen Deutschen Extremisten“, weil auch diese eine existie-

rende und aktuelle Herausforderung sind. Und weil wir überzeugt sind, dass in einer Schule mit heterogener SchülerInnenschaft jede Form ultranationalistischer und rechtspopulistischer Ideologie und Aktion unserer Aufmerksamkeit bedarf. Weil wir nie wegschauen dürfen, wenn Menschen herabgewürdigt werden, egal wie dies legitimiert wird und egal wer dies tut. Und nicht zuletzt: Wir lassen uns unsere Agenda nicht von Menschenfeinden vorschreiben.

Ein ernstzunehmendes Argument, das gegen eine Thematisierung der Täterschaft von gesellschaftlich unterlegenen Gruppen zu sprechen scheint, ist, dass dies Wasser auf die Mühlen der dominanten Gruppen sein kann, die daraus eine weitere Legitimation ableiten könnten, die unterlegene Gruppe noch stärker zu diskriminieren oder gar körperlich anzugreifen. Kurz: Sprechen wir zu laut über sexistische Haltungen von jungen Männern, die aus Syrien geflüchtet sind, könnte dies zu einer noch stärkeren Stigmatisierung aller Geflüchteten durch rassistische Angehörige der Mehrheitsgesellschaft führen. Damit muss tatsächlich gerechnet werden. Folgte man alleine dieser Argumentation, gäbe es allerdings nie einen geeigneten Zeitpunkt, um über die Täterschaft von Minderheiten zu sprechen. Die Instrumentalisierung von Schuldzuweisungen findet regelmäßig statt, wenn die Täter in der gesellschaftlich schwächeren Position sind, aber sie bleibt auch dann nicht aus, wenn es um Schuldzuweisungen an die Mehrheitsgesellschaft geht: Dass der Sexismus von Geflüchteten von RassistInnen der Mehrheitsgesellschaft genutzt wird, können wir jeden Tag beobachten. Ebenso den tief verwurzelten Wunsch von VertreterInnen der Mehrheitsgesellschaft, den Antisemitismus vor allem als ein importiertes Problem

der MigrantInnen zu betrachten. Genauso werden die Vorwürfe gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, dass sie sich rassistisch verhalte, beispielsweise von Islamisten zur Legitimation ihrer menschenfeindlichen Haltung gegenüber dem Westen oder gegen Ungläubige instrumentalisiert. Es gilt, jede Instrumentalisierung zu dekonstruieren als das, was sie ist: eine Instrumentalisierung, die keine Problemlösung bietet. Sie darf uns nicht davon abhalten, unsere konsequente Haltung gegenüber jeder Form von Menschenverachtung aufrecht zu halten.

Vor allem aber bearbeiten wir dieses Thema, weil Schulen keine andere Wahl haben. LehrerInnen und PädagogInnen können sich nicht aussuchen, zu welchem Zeitpunkt ihnen an der Schule welche Fragestellungen begegnen. Die Kinder und Jugendlichen, die in den Klassenzimmern sitzen, bringen ihre Themen mit – und genau mit diesen haben wir uns zu beschäftigen. Darin unterscheidet sich die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen grundlegend von jener der WissenschaftlerInnen, von JournalistInnen und von Verwaltungen und Behörden.

In den Klassenzimmern sitzen alle Ideologien, denen Menschen anhängen, unbestellt zusammen. Und das „Böse“ taucht nicht nur in Form des blonden, ideologisch geschulten Jungnazis aus der Mehrheitsgesellschaft im Klassenzimmer auf. Die ProtagonistInnen und TrägerInnen von menschenverachtenden, rassistischen Ideologien und Antisemitismus können ebenso in Gestalt der netten Fatma oder des höflichen Piotr daherkommen.

Aktuelle politische und militärische Entwicklungen verstärken bereits vorhandene Spannungen unter Minderheitengruppen und weitere kommen hinzu. Vornehmlich die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten und im Maghreb, aber auch in Osteuropa und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, in fast allen unseren Nachbarländern und nicht zuletzt auch in Deutschland spiegeln sich in den Schulklassen wider.

Die gesellschaftlichen Spannungen und Krisen erzeugen Ängste, befördern polarisierende Identitätsdebatten und Abgrenzungsbedürfnisse. Gräben zwischen Gruppen, die sich wahlweise nach „nationaler oder ethnischer Herkunft“ oder „Religion“ als homogene Gruppen verstehen, vertiefen sich – zwischen Tür-

ken und Kurden, Kurden und Arabern, Muslimen und Christen, Christen und Juden, Juden und Muslimen, Polen und Muslimen, Ungarn und Roma ...

Der Kontext ist entscheidend

Wir gehen davon aus, dass jeder Mensch diskriminieren kann. Eine Frau, die von einem Obdachlosen sexistisch angepöbelt wird, kann gleichzeitig Obdachlose generell verachten. Ein Obdachloser, der herabgewürdigt wird, kann im gleichen Atemzug antisemitisch reagieren. Ein angegriffener Jude kann Schwule herabsetzen. Der diskriminierte homosexuelle Mann kann muslimfeindlich sein. Diesen Reigen können wir endlos weiterführen.

Trotzdem müssen wir uns jederzeit bewusst sein, dass institutionelle und strukturelle Diskriminierungen unabhängig vom Verhalten der Individuen existieren und diese politisch zu bekämpfen sind. Von diesen institutionellen und strukturellen Diskriminierungen sind Mehrheit und Minderheiten, aber auch Frauen und Männer sehr unterschiedlich stark betroffen. Deshalb macht es einen entscheidenden Unterschied, ob menschenfeindliche Haltungen und Diskriminierungen von einer Minderheit oder der Mehrheit einer Gesellschaft ausgehen. Das Machtgefälle zwischen den Akteuren ist ausschlaggebend. Es ist ein Unterschied, ob beispielsweise Geflüchtete, die über keinerlei Bürgerrechte verfügen, Diskriminierung ausüben oder ob dies Angehörige der mächtigen gesellschaftlichen Eliten tun. Nicht etwa deshalb, weil die eine Form der Diskriminierung mehr oder weniger kritikwürdig wäre. Keineswegs. Aber die Einordnung und der pädagogische Umgang müssen den Kontext der Aktion berücksichtigen, um effektive Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Diese Berücksichtigung des Machtgefälles zwischen den Diskriminierenden und den Diskriminierten bedeutet keine Legitimation der Menschenfeindlichkeit, es muss allerdings mitgedacht werden.

Der wichtigen Frage, wie wir aus einer rassismussensiblen Perspektive über diese Extremismen sprechen können, ohne dabei die Minderheiten zu stigmatisieren, sind große Teile unseres Bausteins „Transnationaler Extremismus“ gewidmet, der im Herbst 2018 erschienen ist und als Download zur ergänzenden Lektüre bereitsteht. Wir empfehlen insbesondere die

Beiträge „Über den Umgang mit dem Extremismus der Anderen“ von Floris Biskamp und „Ethnischer Nationalismus – Eine pädagogische Herausforderung“ von Saba-Nur Cheema und Meron Mendel.

Was kann Schule leisten?

Trotz ihrer offensichtlichen Relevanz werden transnationale Extremismen – die nicht nur durch gesellschaftliche Verhältnisse in Deutschland geprägt sind, sondern auch durch Dynamiken in anderen Ländern – in der politischen Bildungsarbeit in Deutschland zu wenig beachtet. Das liegt sicherlich auch daran, dass bis heute nur wenige praxistaugliche Materialien zum pädagogischen Umgang mit den „Neuen Deutschen Extremismen“ vorliegen. Voraussetzung für einen gelungenen Umgang damit ist, dass die Mehrheitsgesellschaft auch die „Neuen Deutschen Extremismen“ als ihr ureigenes Problem annimmt, anstatt sie als ein Problem der „anderen“ von sich zu weisen.

Selbstverständlich kann Schule nicht alle Probleme bearbeiten, schließlich ist sie nur eine Institution neben anderen in unserer Gesellschaft. Außerdem grenzen die Rahmenbedingungen die Arbeit an der Schule ein. Aber auch unter unzulänglichen Bedingungen muss präventiv gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit vorgegangen werden. Es gibt an Schulen viele organisatorische Stellschrauben und viele Menschen, vom technischen Personal bis zu den SchulleiterInnen, die daran mitwirken können. Durch gleichzeitiges Drehen an mehreren Schrauben kann Schule viel dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche weniger anfällig werden für Ideologien der Ungleichwertigkeit. Dabei geht es letztlich darum, mit Hilfe eines multidimensionalen Präventionsansatzes ein egalitäres Menschenbild und entsprechende Haltungen zu vermitteln. Dies gelingt nicht in einem einzigen Seminar oder an einem Projekttag, sondern Werte müssen dauerhaft im Alltag gelebt und verankert werden. Beispielsweise wissen wir, was das Bedürfnis, Aggression auszuüben, minimiert: wenn das Selbstwertgefühl des Kindes stark wird. Wenn es Selbstwirksamkeitserfahrungen machen kann, also konkret erlebt: Ich tue dies, und damit bewirke ich das. Wenn das Kind erfährt, dass seine Meinung zählt – und zwar nicht nur bei der Frage, welche Farbe der Klassenraum bekommt. Da gelingende Kommunikation ein Schlüsselfaktor

ist, damit alle sich ausdrücken können, macht das Courage-Netzwerk partizipative Interaktionsformen stark: Open Spaces, Diskussionsforen, einen Klassenrat einrichten. Wenn die emotionale Basis stimmt, kann ein Kind auch kognitiv mehr verstehen, dann kann man rationales Aushandeln obendrauf setzen. Diskutieren und Meinungs austausch sind also etwas, das auf der Tagesordnung nicht erst nach Mathe und Physik stehen sollte, wenn nur noch wenig Zeit und Aufmerksamkeit da ist. Es ist eine Fehleinschätzung, zu sagen, man „verliere“ eine Stunde Mathe, wenn die Klasse über politische Ereignisse diskutiert oder am Tag nach einem Terroranschlag über ihre Gefühle. Mit unserem Leitbild sind wir übrigens im Einklang mit den Schulgesetzen der Bundesländer, die betonen, dass sich die SchülerInnen zu mündigen, selbstständigen, demokratischen BürgerInnen entwickeln sollen.

Es gilt, die Kinder und Jugendlichen mit ihrer ganzen Person wahrzunehmen, nicht allein Wissen abzufragen, sondern auch zu fragen, wie es dem Kind geht, was gerade in seinem Kopf vorgeht. Oft fehlen im Schulalltag die notwendige Zeit, Nerven und Menschen zum Zuhören. Der sichere Maßstab für eine gute Schule ist, ob es genug Erwachsenenminuten pro Kind und Tag gibt. In der digitalisierten Welt können Kinder heute Informationen auch schnell an anderer Stelle erhalten. Ihre Neugierde, ihre Kreativität, ihre Team- und Kommunikationsfähigkeit sind analog zu fördern.

Eine Schule wird kompetenter im Umgang mit diversen Ungleichheitsideologien, wenn sie genug Menschen hat, die eine sprachliche oder eine biografische Nähe zu ihren SchülerInnen besitzen. Sicher ist die Kompetenz der PädagogInnen wichtig – ob der Lehrer Ahmet heißt oder Hans, ist dabei nicht das Wichtigste; Hans wie Ahmet können sich jedes Wissen aneignen. Doch die SchülerInnen mit Migrationshintergrund wollen in der Schule auch Erwachsene vorfinden, die ihnen äußerlich ähnlich sind, dieselbe Erstsprache gelernt haben, dieselben Gebete sprechen oder genauso gut Blinis kochen können wie sie.

Deswegen brauchen wir mehr migrantische PädagogInnen, mehr interkulturelle Kompetenz – nicht nur in der Schule, sondern auch in der Politik, in den Medien, in der Verwaltung, in der Wissenschaft. Überall.

Sanem Kleff und Eberhard Seidel

In Erinnerung an / In memory of



Enver Şimşek

† 09.09.2000 in Nürnberg-Langwasser

Ermordet durch den NSU / Killed by the NSU

Rechtspopulismus und -extremismus der Mehrheitsgesellschaft

Die Abstimmung fiel eindeutig aus. Was nicht ganz überraschend war, schließlich war es ein parteiübergreifender Antrag, über den die Mitglieder der Bezirksvertretung in der Dortmunder Innenstadt-Nord Anfang Februar 2019 zu befinden hatten. Darin sprachen sich die Fraktionen von SPD, CDU, Grünen, Linken und der Piratenpartei in seltener Eintracht dafür aus, einen zentralen Platz in der Dortmunder Nordstadt nach Mehmet Kubaşık zu benennen. „Es ist der Stadtgesellschaft jedes Jahr ein gleichermaßen notwendiges wie großes Anliegen, Herrn Kubaşık als Opfer rechtsextremer Gewalt in Dortmund zu gedenken und Stellung gegen Rechtsextremismus zu beziehen“, begründeten sie ihr gemeinsames Vorhaben. Nur ein einziger Bezirksvertreter stimmte dagegen: Siegfried Borchardt von der neonazistischen Kleinstpartei Die Rechte. Der AfD-Vertreter in der Bezirksvertretung war der Sitzung ferngeblieben.

Mehmet Kubaşık war Anfang der 1990er Jahre als politischer Flüchtling aus der Türkei nach Deutschland gekommen. Seit 2003 besaß er die deutsche Staatsbürgerschaft. Am 4. April 2006 wurde der damals 39-jährige in seinem Kiosk in der Mallinckrodtstraße in der Dortmunder Nordstadt erschossen. Kubaşık war das achte Opfer der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), die zwischen 2000 und 2007 insgesamt zehn Menschen ermordete sowie 43 Mordversuche, drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle beging.

Lange tappten die Ermittlungsbehörden im Dunkeln, wer hinter diesen Taten stehen könnte. Mit dem Suizid der Jenaer Neonazis Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos und dem einen Tag später von ihrer Komplizin Beate Zschäpe versandten Bekennervideo enttarnte sich der NSU Anfang November 2011 schließlich selbst. Doch trotz eines fünfjährigen Prozesses vor dem Oberlandes-

gericht München gegen Zschäpe und vier weitere als Gehilfen Angeklagte sowie zahlreichen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen sind viele Fragen offengeblieben. Das gilt auch für den Mord an Mehmet Kubaşık. Warum suchten sich die ortsfremden Täter Böhnhardt und Mundlos ausgerechnet ihn als Opfer aus? Bis heute warten seine Hinterbliebenen auf eine Antwort.

Auch wenn sich bislang keine Belege dafür finden ließen, dass es mehr als ein Zufall war: Auf der Mallinckrodtstraße, nur 550 Meter von Mehmet Kubaşıks Kiosk entfernt, befand sich die Gaststätte „Deutscher Hof“, ein damals bekannter und beliebter Treffpunkt der Dortmunder Neonaziszene. Aktenkundig ist ebenfalls, dass gleich mehrere stadtbekanntes militante Rechte in derselben Straße wohnten, darunter auch jener Siegfried Borchardt, der gegen die Umbenennung in Mehmet-Kubaşık-Platz gestimmt hat.

Siegfried Borchardt ist überzeugter Nationalsozialist. Seinen Spitznamen „SS-Siggi“ mag der 66-Jährige nicht besonders. „SA-Siggi“ würde ihm besser gefallen, sagt er. Wegen diverser Delikte, darunter gefährliche Körperverletzung, saß Borchardt insgesamt mehrere Jahre im Knast. Er kann auf eine lange wie einschlägige Karriere zurückblicken, die ihm eine fragwürdige bundesweite „Prominenz“ beschert hat. Seine Laufbahn begann mit der Gründung der extrem rechten Fußballhooligantruppe „Borussenfront“ Anfang der 1980er Jahre. Anschließend war er Kameradschaftsführer der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA), Kreisleiter im „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH) und stellvertretender Bundesvorsitzender der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Diese Organisationen sind mittlerweile allesamt verboten.

Als Spitzenkandidat von Die Rechte wurde Borchartd im Mai 2014 in den Dortmunder Stadtrat gewählt. Die Partei, in der Ruhrgebietsstadt personell weitgehend identisch mit dem 2012 verbotenen „Nationalen Widerstand Dortmund“ (NWDO), erhielt 2.101 WählerInnenstimmen. Das reichte für einen Sitz. Nach nur zwei Monaten legte Borchartd sein Stadtratsmandat allerdings nieder, Mitglied in der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord blieb er.

Im Dortmunder Rat sitzt heute für Die Rechte deren Bundesgeschäftsführer Michael Brück. Im Stadtparlament hat er sich mit dem Vertreter der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) zu einer gemeinsamen Ratsgruppe zusammengeschlossen, was einige finanzielle Vorteile bietet. 1990 geboren, also nicht einmal halb so alt wie Borchartd, repräsentiert Brück die junge neonazistische Generation. Erstmals bundesweit für Schlagzeilen sorgte er Anfang 2013 mit einem höchst unappetitlichen Internetversandhandel. Denn damit auch keine Missverständnisse über die Ausrichtung aufkommen konnten, hatte sich Brück für seinen Onlineshop die provokativ-programmatische Internetadresse „antidem.it“ gesichert.

Mehr als vier Jahre dauerte es, bis der italienische Domainanbieter – die Endung „it“ ist die länderspezifische Top-Level-Domain Italiens – im August 2017 die Adresse „antidem.it“ sperrte. Brücks „Antidem Vertrieb“ existiert jedoch bis heute. Unter www.antidem-versand.org und www.patrioten-propaganda.net bietet er nach wie vor seine „Produkte für den politischen Umsturz“ an – von T-Shirts mit Aufschriften wie „Europa erwache!“ und „Refugees not welcome“ über die obligatorische Reichskriegsflagge und eine „eng anliegende und sehr bequeme“ Sturmhaube in den Farben Schwarz-Weiß-Rot bis hin zu diversen Utensilien für den Straßenkampf. Im Angebot sind neben Pfefferspray unter anderem eine Machete, eine Handaxt und die praktische Einweghandfessel („Sollte bei keinem Plakatiertrupp, keiner Hobby-Bürgerwehr oder auch Stadtteilpatrouille fehlen!“). Sogar Zwilling („Prädikat nützlich!“) und dazu passende Stahlgewehre sind im Sortiment. 100 „Nazikiez“-Aufkleber kosten zwei Euro („Das ist unser Viertel: Die kleinen Nazikiez-aufkleber sind ein echter Hingucker und setzen optische Akzente“). Und zu jeder Bestellung gibt es noch eine Ausgabe der Zweimonatszeitschrift „N.S. Heute“ aus dem „Sturmzeichen-Verlag“ gratis.



Rechtsextreme Gewalttaten

Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist die neo-nazistische Szene in Deutschland glücklicherweise klein. Ein Grund zur Beruhigung ist das jedoch nicht, da dieses Spektrum alles andere als ungefährlich ist. Das Bundesinnenministerium verzeichnet in seinem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2017 insgesamt 19.467 Straftaten „mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund“, darunter 1.054 Gewalttaten bis hin zu Sprengstoffexplosionen und versuchten Tötungsdelikten. Im Jahr davor lagen die Zahlen noch höher, nämlich bei 22.471 Straftaten, davon 1.600 Gewalttaten.

Beliebtes Angriffsziel sind Geflüchtete und ihre Unterkünfte. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung dokumentieren seit mehreren Jahren entsprechende Übergriffe in einer Chronik. Datengrundlage sind öffentlich zugängliche Berichte in Zeitungen, Pressemitteilungen der Polizei sowie Meldungen lokaler oder regionaler Register- und Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Danach gab es im Jahr 2018 insgesamt 1.055 Angriffe auf Asylsuchende, darunter

acht Brandanschläge auf ihre Unterkünfte und 266 Körperverletzungsdelikte. Die übrigen 781 Fälle fasst die Chronik unter „sonstige Angriffe“ zusammen, wozu Stein- und Böllerwürfe, Schüsse, rechte Schmierereien und verbale Attacken gezählt werden.

Flüchtlingsfeindliche Angriffe haben seit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 und nochmals seit der vermeintlichen „Flüchtlingskrise“ ab 2015 stark zugenommen. Den Höhepunkt der Gewalttätigkeiten verzeichneten die Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl 2016 mit insgesamt 3.769 Angriffen, davon 116 Brandanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte und 595 tätliche Übergriffe auf Asylsuchende.

Laut Verfassungsschutzbericht 2017 gibt es 24.000 RechtsextremistInnen in der Bundesrepublik, 12.700 davon seien gewaltorientiert. Da sie unterschiedlichen ideologisch geprägten rechtsextremistischen Strömungen angehören, weist der Bericht zudem Neonazis noch einmal separat als Untergruppe aus. Deren Anzahl beziffert das Bundesinnenministerium auf 6.000, zu meist organisiert in Parteien wie der NPD, Die Rechte oder Der III. Weg.



Der Begriff „Rechtsextremismus“ ist nur als ein Oberbegriff für ein Weltbild zu verstehen, bei dem die „Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse [sic!] (...) entscheidend für den Wert eines Menschen“ ist, wie es das Bundesinnenministerium in seinem Bericht definiert. Diesem „völkischen“ Kriterium seien „auch die Bürger- und Menschenrechte des Einzelnen untergeordnet“. Der Vorstellung von einer „Volksgemeinschaft“ entspricht zwangsläufig ein autoritäres Staatsverständnis, das antidemokratisch und ausgrenzend ist. Jenseits dieser Gemeinsamkeiten unterscheiden sich jedoch mitunter die jeweiligen Spielarten des Rechtsextremismus. Der Neonazismus mit seinem positiven Bezug auf den historischen Nationalsozialismus ist dabei die ideologisch radikalste Variante.

Verfassungswidrige Ziele

Seit der Gründung der Bundesrepublik wurden bis heute 18 rechtsextremistische Organisationen vom Bundesinnenministerium als verfassungswidrig verboten, 67 von den Innenbehörden der Länder – vom Bund junger Deutscher im August 1951 über die Wehrsportgruppe Hoffmann im Januar 1980 bis zur Weisse Wölfe Terrorcrew im März 2016. Allesamt standen sie ideologisch in der Tradition des Nationalsozialismus. Hinzu kommt noch das Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) durch das Bundesverfassungsgericht im Oktober 1952. Die Partei, die in ihrer Hochphase rund 11.200 Mitglieder zählte und in den Landtagen von Niedersachsen und Bremen saß, sei „in ihrem Programm, ihrer Vorstellungswelt und ihrem Gesamtstil der früheren NSDAP wesensverwandt“, befanden die Karlsruher Richter. Sie ziele darauf ab, „die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen und schließlich zu beseitigen“. Daher sei die SRP verfassungswidrig und zwangsaufzulösen.

Auch die 1964 gegründete NPD mit ihren rund 4.500 Mitgliedern sah sich lange Zeit von einem Verbot bedroht. Doch in ihrem Fall entschied das Bundesverfassungsgericht gleich zweimal anders. Das erste Verfahren stellten die Richter im Jahr 2003 ein, weil die Partei bis in die Führungsebene hinein von V-Leuten des Verfassungsschutzes durchsetzt war. Dadurch habe „die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens schweren, nicht behebbaren Schaden genommen“. Der zweite Verbotsanlauf scheiterte im Jahr 2017. Zwar bescheinigte das

Bundesverfassungsgericht der NPD, sie weise „eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus auf“ und vertrete „ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept“. Doch das alleine reiche nicht für ein Verbot. Entscheidend sei vielmehr, ob sie dem Staat tatsächlich gefährlich werden könne. Das verneinten die Richter: „Ein Erreichen der verfassungswidrigen Ziele der NPD mit parlamentarischen oder außerparlamentarischen demokratischen Mitteln erscheint ausgeschlossen.“ Daher sei ein Verbot der Partei, die 2016 ihre letzten Landtagsmandate verloren hatte, nicht gerechtfertigt.

Parteiverbote stellen schwerwiegende Eingriffe in den Prozess der demokratischen Willensbildung dar. Deswegen liegen hier die rechtlichen Hürden sehr hoch. Einen Verein zu verbieten, ist demgegenüber weitaus einfacher. Genau das macht neben der NPD auch Die Rechte oder Der III. Weg attraktiv für militante Neonazis. Tatsächlich rekrutieren sich beide aus der gewaltbereiten freien Kameradschaftsszene. 2012 gegründet, hat Die Rechte ihr organisatorisches Zentrum in Nordrhein-Westfalen. Sie sei das „Gravitationszentrum des Neonazismus“ in dem Bundesland und stelle „sowohl in ideologischer und personeller Hinsicht als auch bezüglich ihrer Aktivitäten im Wesentlichen eine Weiterführung der verbotenen Kameradschaften dar“, konstatiert der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz. Auch Der III. Weg, 2013 gegründet und mit Hochburgen in Süd- und Ostdeutschland, sei „in erster Linie eine Auffangstruktur für Neonazis“. Diese nutzten „somit den Schutzmantel des Parteienprivilegs, um ihre neonazistischen Aktivitäten fortzusetzen“. Als „III. Weg“ bezeichnet die Partei dabei „die Schaffung eines Deutschen Sozialismus, fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischem Kommunismus“ – eine unverkennbare Anlehnung an den historischen Nationalsozialismus.

Internationale Vernetzung

Sowohl die NPD als auch Die Rechte und Der III. Weg verfügen über gute ausländische Kontakte. So gehört die NPD einem 2014 gegründeten Bündnis mit dem irreführenden Namen „Allianz für Frieden und Freiheit“ an. Dort organisiert sind neun neofaschistische Kleinparteien und eine Reihe einschlägig bekannter





Einzelpersonen aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Schweden, aus der Slowakei sowie aus Spanien und Tschechien. Zu den prominenteren Mitgliedern gehören Jean-Marie Le Pen, der ehemalige Vorsitzende des französischen Front National, und Nick Griffin, Ex-Chef der British National Party. Den Vorsitz führt der italienische Neofaschist Roberto Fiore. Ziel der Gründung dieses Zusammenschlusses war die offizielle Anerkennung als europäische politische Partei und die damit verbundene finanzielle Unterstützung durch das Europäische Parlament – was auch gelang, allerdings nur kurzzeitig. Der III. Weg und Die Rechte bemühen sich ebenfalls um eine internationale Vernetzung. So nehmen Abgeordnete beider Parteien regelmäßig an Veranstaltungen befreundeter Organisationen im Ausland teil. Anzutreffen sind deutsche Neonazis beispielsweise auf alljährlichen Demonstrationen wie dem „Imia-Marsch“ in Athen, dem „Tag der Ehre“ in Budapest oder dem „Lukov-Marsch“ in Sofia. Neofaschistische Gruppen aus verschiedenen europäischen Ländern revanchieren sich mit Gegenbesuchen und stellen auch RednerInnen auf Kundgebungen in Deutschland. Dazu gehören die „Nordische Widerstandsbewegung“ aus Schweden, der „Bulgarische Nationalbund“, die griechische „Goldene Morgenröte“, die militante Jugendorganisation „64 Gespanschaften“ aus Ungarn, aber auch russische Gruppen wie das „Russian Imperial Movement“.

In den Parlamenten

An der Wahlurne haben neonazistisch geprägte Parteien in der Bundesrepublik derzeit keine Chance. Mit einem braunen BürgerInnenschreckimage lässt sich nur sehr begrenzt punkten. Die Rechte verfügt bundesweit gerade mal über zwei Stadtratsmandate und blieb bei der Bundestagswahl im September 2017 mit 2.054 Zweitstimmen unter der Wahrnehmungsgrenze. Der III. Weg trat erst gar nicht an. Demgegenüber kann die NPD zwar immer noch rund 300 Sitze in Kommunalparlamenten vorweisen (die meisten davon in Sachsen), aber überregional ist sie inzwischen völlig bedeutungslos. So verfehlte die NPD bei der Bundestagswahl mit 176.020 Zweitstimmen ihr selbst gestecktes Minimalziel von mindestens 0,5 Prozent, wodurch sie keinen Anspruch auf finanzielle Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung mehr hatte.

Ihre erfolgreichste Zeit hatte die NPD in den ersten Jahren nach ihrer Gründung. Zwischen 1966 und 1968 konnte sie in sieben Landtage einziehen, wobei sie ihr Spitzenergebnis mit 9,8 Prozent in Baden-Württemberg erzielte. Der Wendepunkt kam mit der Bundestagswahl 1969, bei der die Partei mit 4,3 Prozent knapp den Einzug ins Parlament verpasste. Danach ging es rasant bergab. Ab 1972 war sie in keinem Landesparlament mehr vertreten. Ab Mitte der 2000er Jahre erlebte die NPD allerdings eine kleine Renaissance, und zwar in Ostdeutschland. 2004 zog sie mit 9,2 Prozent in den sächsischen Landtag ein, 2006 folgte mit 7,3 Prozent der Sprung in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns. In beiden Fällen gelang jeweils fünf Jahre später sogar der Wiedereinzug. Auch in Thüringen 2009 und in Sachsen-Anhalt 2011 landete die NPD bei Ergebnissen, von denen sie im Westen nur noch träumen konnte. In diesen zwei Ländern verpasste sie allerdings knapp den Parlamentseinzug.

Die „Alternative für Deutschland“

Dass der ostdeutsche Höhenflug der NPD längst wieder beendet ist, verdankt sich vor allem einer 2013 erfolgten Parteineugründung: der Alternative für Deutschland (AfD). Bei der Bundestagswahl im September 2013 mit 4,7 Prozent noch an der Fünfprozenthürde gescheitert, hat die Rechtsaußenpartei mit dem bürgerlichen Anstrich seitdem keine einzige überregionale Wahl mehr verloren. Nachdem sie im Mai 2014 mit 7,1 Prozent ins Europaparlament eingezogen war, trat die AfD im August desselben Jahres zum Leidwesen der NPD ausgerechnet in Sachsen das erste Mal zu einer Landtagswahl an – und holte 9,7 Prozent. Die NPD flog hingegen mit 4,9 Prozent aus dem Landtag. Noch dramatischer war der Absturz in Mecklenburg-Vorpommern: Während die AfD ein Rekordergebnis von 20,8 Prozent einfahren konnte, halbierte sich der Zuspruch für die NPD von sechs auf drei Prozent. Wie schon in Sachsen resultierten die herben Verluste zum überwiegenden Teil aus dem großen Anteil bisheriger NPD-WählerInnen, der zu der neuen Partei gewechselt war.

Inzwischen in allen Landesparlamenten und auch im Bundestag vertreten, spricht derzeit nichts dafür, dass es sich bei der parlamentarischen Präsenz der AfD um ein temporäres Phänomen handeln könnte. Ihr Erfolg liege darin begründet, „dass sie Milieus an-

sprechen konnte, die zwar antidemokratisch und/oder menschenfeindlich eingestellt sind, die bisher aber demokratische Parteien wählten“, schreiben die Wissenschaftler Elmar Brähler, Oliver Decker und Johannes Kiess in der im Juni 2016 veröffentlichten „Mitte“-Studie der Universität Leipzig. „Für diese – sich selbst der ‚Mitte‘ zurechnenden – Milieus ist die NPD als offen rechtsextreme Partei nicht wählbar gewesen“, so die Autoren.

In ihrer Anfangszeit präsentierte sich die AfD als „Anti-Euro-Partei“ und bemühte sich sehr um die Aufrechterhaltung einer bürgerlichen Fassade. Das war eine Voraussetzung dafür, auch AnhängerInnen gewinnen zu können, die um ihre gesellschaftliche Reputation besorgt sein müssen. Allerdings bildete der Kampf gegen den angeblichen „Euro-Wahnsinn“ nur den kleinsten gemeinsamen Nenner, auf den sich das diffuse Sammelsurium, das sich von Beginn an in der Partei zusammengefunden hatte, verständigen konnte. Neben neoliberalen MarktfundamentalistInnen schloss es Nationalliberale und -konservative ein, christlich-fundamentalistische LebensschützerInnen, sogenannte KlimaskeptikerInnen, VerschwörungstheoretikerInnen, Burschenschafter und völkische Ideologen wie den Thüringer Björn Höcke oder den Brandenburger Andreas Kalbitz, die sich im Umfeld der Neuen Rechten bewegen.¹

Letztlich entscheidend für den Aufschwung der AfD waren die überbordenden Abwehrreflexe in der bundesdeutschen Bevölkerung auf die Fluchtbewegungen nach Europa, die die Partei geschickt für sich nutzen und befeuern konnte. „Für die AfD war dieses menschliche Elend ein paradoxer Glücksfall, denn die Geflüchteten boten, was bis dahin selten zu finden war: ein politisches Thema, das den Brückenschlag von extrem-rechten zu national-konservativen Milieus auch inhaltlich gestattete“, schreibt Oliver Decker in der im November 2018 veröffentlichten „Leipziger Autoritarismus-Studie“.

5.878.115 Zweitstimmen konnte die AfD bei der Bundestagswahl 2017 gewinnen. Wählerinnen und Wähler aus allen gesellschaftlichen Schichten haben für sie votiert. Nach den Erhebungen der „Forschungsgruppe Wahlen“ wurde sie überdurchschnittlich oft von Ostdeutschen (21,9 Prozent), ArbeiterInnen (18 Prozent), Arbeitslosen (17 Prozent), Menschen mit Realschul-

abschluss (17 Prozent) oder Hauptschulabschluss (14 Prozent) gewählt. Männer (16 Prozent) entschieden sich wesentlich häufiger für die Partei als Frauen (neun Prozent). Ihre Hochburgen hatte die AfD außer in Ostdeutschland auch noch in ländlichen Regionen Bayerns, in süddeutschen Industriestädten und im Ruhrgebiet.

Bis heute grenzt sich die AfD formal von allen Vereinigungen ab, die von den Verfassungsschutzämtern des Bundes oder der Länder als rechtsextremistisch eingestuft werden. In der Praxis gibt es trotzdem vielfältige Berührungspunkte zu solchen Gruppierungen. Das gilt insbesondere für die „Identitäre Bewegung“ (IB). Die ursprünglich in Frankreich entstandene neurechte Gruppierung, die in Deutschland über rund 500 AnhängerInnen verfügen soll, drängt immer wieder mit mehr oder weniger spektakulären Aktionen in die Öffentlichkeit, um ihre ethnopluralistisch-kultur-rassistische Ideologie zu verbreiten. Aufgrund ihrer Beobachtung durch den Verfassungsschutz hat die AfD zwar einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber den „Identitären“ gefasst. Das hält Funktionäre der Partei jedoch nicht von Sympathiebekundungen ab. So lobte ein AfD-Bundestagsabgeordneter im April 2017 die ultrarechten JungaktivistInnen für ihren „Mut, Intelligenz und Entschlossenheit“. „Selbst nach mehrmaliger Betrachtung“ gelinge es ihm nicht, „aus dem Motto der IB: ‚Heimat, Freiheit, Tradition – Multikulti Endstation‘ etwas Negatives herauszulesen“. Geradezu schwärmerisch fügte der Abgeordnete in seinem schriftlichen Statement hinzu: „Die IB ist für die AfD das, was die [sic!] Greenpeace für die Grünen war.“²

Kulturkampf von rechts

Die Beschwörung „deutscher Identität“ und die Sehnsucht nach einem kulturell wie ethnisch homogenen Staatsvolk – beides zieht sich wie ein roter Faden durch das Grundsatzprogramm der AfD und erinnert stark an die Propaganda rechtsextremistischer Gruppen wie der „Identitären Bewegung“. Dazu passen auch die zahlreichen Hetzreden führender FunktionärInnen gegen alle, die anders denken, glauben, lieben oder leben als es ihnen beliebt.

Die AfD führt einen beinharten Kulturkampf von rechts. Insbesondere wenn es gegen Flüchtlinge und MigrantInnen geht, scheint es kaum mehr eine Scham-

grenze zu geben. Da bezeichnet der Partei- und Bundestagsfraktionschef Alexander Gauland auch schon mal Bundeskanzlerin Angela Merkel als „Kanzler-Diktatorin“, die „ein Volk völlig umkrempt und viele fremde Menschen uns aufpfropft und uns zwingt, die als Eigenes anzuerkennen“. Das sei eine „Politik der menschlichen Überflutung“ und „der Versuch, das deutsche Volk allmählich zu ersetzen durch eine aus allen Teilen dieser Erde herbeigekommene Bevölkerung“, verkündete Alexander Gauland am 2. Juni 2016 auf einer AfD-Kundgebung auf dem Marktplatz im brandenburgischen Elsterwerda. Die Rede war kein einmaliger Ausrutscher. Das Beispiel Gaulands zeigt, wie fließend der Übergang vom Rechtspopulismus zum Rechtsextremismus ist.

Anders als die NPD, Die Rechte oder Der III. Weg steht die AfD gleichwohl bis heute nicht unter staatlicher Beobachtung. Allerdings hat das Bundesamt für Verfassungsschutz Mitte Januar 2019 ein 436 Seiten starkes „Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) und ihren Teilorganisationen“ vorgelegt. Darin kommt die Behörde zu dem Schluss, bei der völkisch-nationalistischen Parteiströmung „Der Flügel“ um den Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke lägen „stark verdichtete Anhaltspunkte“ dafür vor, „dass es sich bei ihr um eine extremistische Bestrebung handelt“. Das gelte ebenfalls für die AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“. Im Rahmen der „Verdachtsfallbearbeitung“ würden daher beide nunmehr systematisch beobachtet.

Für die AfD als Gesamtpartei gilt das allerdings weiterhin nicht. Es lägen zwar auch „erste tatsächliche Anhaltspunkte für eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgerichtete Politik der AfD vor“, heißt es in dem Gutachten. Allerdings seien diese „Verdachtssplinter“ bislang „nicht hinreichend verdichtet, um eine systematische Beobachtung, auch unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, einzuleiten“. Die Partei werde „daher zunächst lediglich als Prüffall bearbeitet“. Etwas eigentümlich mutet die Begründung des Bundesamtes an: „Dabei war auch entscheidend, dass die Partei in allen Landesparlamenten und im Bundestag vertreten ist, in ihrer aktiven politischen Rolle also der Wählerwille zum Ausdruck kommt.“

Pascal Beucker



1 vgl. Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, S. 83-92; Steffen, Tilman: „Die rechten Burschen bei der AfD“, Zeit online vom 1.4.2014, unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-03/afd-burschenschaften-lucke/komplettansicht> (zuletzt abgerufen am 26.4.2019); Fiedler, Maria: „AfD will aus Klimaschutz aussteigen“, Tagesspiegel online vom 4.9.2017, unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/bundestagswahlkampf-afd-will-aus-klimaschutz-aussteigen/20281564.html> (zuletzt abgerufen am 26.4.2019).

2 Bystron, Petr: „Die Schutzschildstrategie“, veröffentlicht auf Journalistenwatch.com am 4.11.2017, unter <https://www.journalistenwatch.com/2017/04/11/petr-bystron-die-schutzschild-strategie/> (zuletzt abgerufen am 26.4.2019).



Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei der polnischstämmigen Bevölkerung in Deutschland

In Polen haben sich die Zahl der rassistisch motivierten Delikte in den letzten Jahren mehr als verzehnfacht und rechtsradikale Einstellungen weit verbreitet. Trifft dies auch auf polnisch-stämmige Menschen in Deutschland zu? Ist diese Frage richtig gestellt? Marta Kozłowska gibt einen Überblick über einen relativ unerforschten Bereich der Wissenschaft.

Die gesellschaftliche Haltung gegenüber MigrantInnen und Minderheiten gilt als wichtiger Indikator für den sozialen Zusammenhalt, da sie die Integrationsbemühungen von MigrantInnen und Minderheiten stark beeinflussen kann. Auch die Einstellungen der MigrantInnen sind für den sozialen Zusammenhalt relevant. Die meisten Assimilationstheorien gehen davon aus, dass die Anpassung der Einstellungen von MigrantInnen an die Einstellungen der Mehrheit auf eine erfolgreiche kulturelle Integration hindeutet. Die Einstellungen gegenüber ZuwandererInnen sowie die Einstellungen von ZuwandererInnen selbst sind daher seit längerem Untersuchungsgegenstand der Sozialwissenschaften. Während sich aktuell die meisten Debatten in Europa auf muslimische Minderheiten beziehen, betonen einige AutorInnen auch einen potenziellen Konflikt zwischen West- und OsteuropäerInnen.¹ Spätestens jedoch seit der „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 stehen MigrantInnen aus dem Nahen Osten sowie MigrantInnen aus Nordafrika im Fokus der deutschen Debatte. Dies ist möglicherweise durch die enorme logistische Anstrengung, welche die Krise mit sich gebracht hat, zu erklären. Aber auch die wachsenden nationalistischen Ansichten bei einigen BürgerInnen, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen nicht einverstanden waren, haben die öffentliche Debatte mitbestimmt.



Einige rechtsextreme oder rechtspopulistische politische Bewegungen in Deutschland, von denen Pegida wohl das bekannteste Beispiel ist, haben die Überzeugung von unüberbrückbaren kulturellen Unterschieden zwischen einheimischen und eingewanderten Bevölkerungsgruppen wieder stark gemacht. So werden unterschiedliche Werte von MigrantInnen hinsichtlich der demokratischen Ordnung, den Rechten von Frauen, der Rolle von Religion im öffentlichen Leben oder auch der Sexualität angenommen und als unüberbrückbar wahrgenommen. Die Partei Alternative für Deutschland (AfD), die einen Großteil dieser Ansichten teilt, hat zuletzt bei der Bundestagswahl 2017 12,6% der Stimmen erhalten.

Deutschland ist im Hinblick auf andere europäische Staaten und auch global gesehen kein Einzelfall, wenn es um das Erstarken von nationalistischen, populistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung geht.² Ein ähnlicher Prozess ist auch in Polen zu beobachten, wo seit 2015 die rechtspopulistische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) regiert. Zwei Jahre nachdem die Partei erstmals die absolute Mehrheit in beiden Kammern der polnischen Nationalversammlung erzielt hat, erfährt sie weiterhin eine starke Unterstützung von der Bevölkerung. Trotz einer Politik, die den Abbau der Demokratie in Polen zur Folge hat, unterstützen laut der Meinungsumfrage von IBRI vom 24. September 2017 38,6% der Bevölkerung weiterhin die Regierung. Kukiz'15, eine rechtstradikale und systemkritische Bewegung, die derzeit schon drittstärkste Kraft im Sejm³ ist, wird landesweit von weiteren 8,2% der Bevölkerung gewählt. Das Erstarken des Rechtspopulismus in Polen erscheint noch dramatischer, wenn man die vorherige Wahl von 2013 betrachtet. Damals hatten noch 57,4% der Polinnen und Polen liberale oder linke Parteien gewählt, während die PiS, die damals einzige rechte Partei von Bedeutung, 29,9% der Stimmen erhielt. Die liberalen Parteien (Nowoczesna und Bürgerplattform) kommen heute zusammen nur noch auf 28,1% der Stimmen, die linken Parteien (SLD und Razem) lediglich auf 8,2%. Innerhalb von vier Jahren haben sich die Proportionen umgedreht.

Extremistische Gewalt in Polen

Auch die Anzahl der rassistisch motivierten Delikte in Polen ist zwischen 2011 und 2017 deutlich gestiegen,

von etwa 20-50 pro Jahr zwischen 2000 und 2010 auf 98 im Jahr 2012, 196 im Jahr 2013, 262 im Jahr 2014, und jeweils rund 760 in den Jahren 2015 und 2016.⁴ Zudem richten sich die Taten seit 2015 insbesondere gegen Musliminnen und Muslime.⁵ Die polnische Bevölkerung ist heute noch konservativer und rechtstradikaler eingestellt als noch vor einigen Jahren und auch im Vergleich zu den meisten WesteuropäerInnen sind rechtstradikale und rechtspopulistische Einstellungen bei der polnischen Bevölkerung weiter verbreitet. Rechtstradikale Sichtweisen und politische Akteure sind somit deutlich stärker als in Deutschland.

Es stellt sich daher die Frage, wie sich die Unterstützung für rechtstradikale Parteien und menschenfeindliche Einstellungen unter den polnischstämmigen Menschen, die in Deutschland leben, verteilt. Teilen sie die Tendenzen aus ihrem Heimatland und von den deutschen Bewegungen wie Pegida, oder ähneln ihre Einstellungen eher der Mehrheit der deutschen Bevölkerung?

Polnische Migration

Bevor wir diese Frage beantworten können, müssen wir erst definieren, wen wir unter den Polnischstämmigen verstehen. Etwa jede/r fünfte EinwohnerIn Deutschlands hat einen Migrationshintergrund, was bedeutet, dass sie selbst, ihre Eltern oder Großeltern nach Deutschland eingewandert sind. Dabei kommt jede zehnte Person mit Migrationshintergrund aus Polen. Mit Blick auf die jüngere Zuwanderung zeigt sich sogar, dass seit 1996 die meisten Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Polen kommen.⁶ Die Anzahl der Menschen mit polnischer Herkunft in Deutschland wird heute auf 1,5-2 Millionen geschätzt, was 2,5-3% der Gesamtbevölkerung ausmacht. Von diesen besitzen fast 700.000 Menschen die polnische Staatsbürgerschaft. Obwohl die Polnischstämmigen nach den Türkischstämmigen die zweitgrößte nichtautochthone Bevölkerungsgruppe in Deutschland sind,⁷ kommen sie aufgrund ihrer Vielfalt nicht als solche in den offiziellen Statistiken vor.⁸ Dies ist besonders dann der Fall, wenn es um die rechtliche Lage geht – viele sind als AussiedlerInnen oder SpätaussiedlerInnen nach Deutschland gekommen, andere als politische Flüchtlinge und viele aus ökonomischen oder ausbildungsbezogenen Gründen. Ebenso sind die Polnischstämmigen kaum als solche

im Alltagsleben in der Bundesrepublik sichtbar. Die meisten sind relativ gut integriert, viele sogar assimiliert.

Es gibt derzeit nur wenige kulturelle oder politische Institutionen in Deutschland, in denen sich Polnischstämmige gemeinsam organisieren. Die meisten Polnischstämmigen sind in Deutschland weder durch kulturelle Gebräuche noch durch Äußerlichkeiten als besondere Gruppe zu erkennen. Sie betreiben keine Geschäfte oder Gotteshäuser, die sich von denen der deutschstämmigen Bevölkerung unterscheiden lassen. Auch die Wahrnehmung der Deutschen bestätigt diese Unsichtbarkeit: Die Anzahl von Polnischstämmigen in Deutschland wird von den Menschen stark unterschätzt.⁹ Dies muss aber nicht unbedingt ein Problem darstellen, es kann auch einfach ein Zeichen von gelungener Integration sein.¹⁰ Die Unsichtbarkeit der Polnischstämmigen führt jedoch auch dazu, dass sie häufig systematisch vernachlässigt und übersehen werden. Die fehlende Wahrnehmung zeigt sich auch in der relativ geringen Anzahl an empirischen Studien über Polnischstämmige in Deutschland. Im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) zum Beispiel, der seit 1984 durchgeführten größten Wiederholungsbefragung Deutschlands, sind in der Ausländerstichprobe Menschen türkischer, italienischer, spanischer, griechischer und (ehemals) jugoslawischer Nationalität vertreten, jedoch keine Polinnen und Polen.

Mangel an Studien

Die wenigen wissenschaftlichen Studien, die es zu Menschen polnischer Herkunft in Deutschland gibt, sind meistens deskriptiv und bieten nur selten eine vergleichende Perspektive.¹¹ Das bedeutet leider auch, dass kaum etwas über die Meinungen und Einstellungen von Polnischstämmigen in Deutschland bekannt ist. Es gibt zudem kaum Studien, die sich explizit mit nationalistischen Einstellungen sowie mit gruppenbasierter Menschenfeindlichkeit innerhalb dieser Gruppe beschäftigen. Die zwei einzigen Forschungsprojekte, die dieses Thema behandeln, sind am kürzlich gegründeten Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) angesiedelt.¹²

Obwohl die Polnischstämmigen in Deutschland eine sehr vielfältige Gruppe bilden, teilen sie einige



Merkmale, die sie von Polnischstämmigen in anderen Ländern, vor allem von denen in den USA oder in Frankreich, unterscheiden. Posern-Zieliński¹³ benennt neun solcher Merkmale, von denen jedoch nur drei für unsere Frage relevant sind. *Erstens* war der Einfluss der politischen Migration auf die Entstehung der polnischen Migrationsgruppe in Deutschland, im Gegensatz zu z.B. Frankreich und den USA, begrenzt. Die meisten Polinnen und Polen sind aus ökonomischen oder familiären Gründen nach Deutschland migriert. *Zweitens* gibt es einen ständigen Zustrom an neuen Migrantinnen und Migranten aus Polen und *drittens* zeichnet sich die Gruppe durch einen engen und regelmäßigeren Kontakt zum Herkunftsland aus. Dies lässt vermuten, dass die meisten Polnischstämmigen in Deutschland einerseits weniger politisch aktiv und interessiert sind, und andererseits, dass sie von der politischen und sozialen Stimmung in Polen beeinflusst werden.

Das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit basiert auf der Theorie von Wilhelm Heitmeyer,¹⁴ die davon ausgeht, dass Vorurteile und abwertende Einstellungen gegenüber unterschiedlichen Menschengruppen oft in Zusammenhang stehen. Wer rassistische Einstellungen hat, zeichnet sich also wahrscheinlich auch häufiger durch Sexismus, Antisemitismus oder Muslimfeindlichkeit aus. Alle „Fremden“ oder „Anderen“ werden als ähnlich oder sogar als identisch wahrgenommen und in eine Kategorie von Menschen, die man „nicht mag“, gesteckt. Eigenschaften des „Anderen“ werden pauschalisiert und verallgemeinert („Alle Frauen sind ...“, „Alle Muslime sind ...“). Empirische Befunde lassen den Schluss zu, dass es zehn Elemente der Menschenfeindlichkeit gibt: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Muslimenfeindlichkeit, Sexismus, die Abwertung von homosexuellen, behinderten, obdachlosen und langzeitarbeitslosen Menschen sowie die Demonstration von Etabliertenvorrechten gegenüber Neuankömmlingen.¹⁵

Intolerante Haltungen in Europa

Laut der Studie von Zick, Küpper und Hövermann „Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung“¹⁶ ist gruppenbezogene Menschen-

feindlichkeit europaweit verbreitet. Die einzelnen Länder unterscheiden sich jedoch im Ausmaß. In den Niederlanden zum Beispiel ist sie vergleichsweise gering ausgeprägt, in Polen, Ungarn und teilweise auch Portugal vergleichsweise hoch. Deutschland liegt zwischen den Extremen, genauso wie Großbritannien, Frankreich und Italien. In allen Ländern teilt etwa ein Drittel der Bevölkerung menschenfeindliche Einstellungen. In einigen Ländern erweisen sich bis zu zwei Drittel als menschenfeindlich gegenüber konkreten Gruppen. Innerhalb der Länder gibt es zudem signifikante Unterschiede nach Ausbildung, Wohnort (Stadt vs. Land), Alter, Einkommen und Geschlecht. Eine zentrale These ist: Je besser ausgebildet, jünger oder verdienend die Menschen sind, desto weniger menschenfeindlich sind sie. Auch die in größeren Städten lebende Bevölkerung zeigt mehr Toleranz. Mit dem Geschlecht gestaltet es sich etwas komplizierter. Zwar sind Frauen deutlich seltener homophob, gleichzeitig vertreten sie jedoch vergleichsweise häufig muslimfeindliche Einstellungen.

Hinsichtlich Islamfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus existieren nur geringfügige Unterschiede zwischen den Ländern. Im Ausmaß an Antisemitismus, Sexismus und Homophobie unterscheiden sich die Länder dagegen deutlich. Dies gilt auch für die Unterschiede zwischen Polen und Deutschland. Polen sind häufiger antisemitisch, sexistisch und homophob als Deutsche, jedoch im ähnlichen Ausmaß rassistisch und muslimfeindlich. Nach dem Global Attitudes Survey sind in Polen, Großbritannien und Deutschland negative Ansichten über Roma etwa gleichermaßen präsent.¹⁷ Gleichzeitig zeigen die Daten vom European Social Survey, dass sich die Deutschen und Polinnen und Polen wenig unterscheiden hinsichtlich der Beurteilung von den Folgen der Einwanderung für die Wirtschaft oder Kultur ihres Landes. Auch sind die BürgerInnen beider Nationen weniger tolerant als Staatsangehörige von Luxemburg, Österreich oder der Schweiz, wenn es um Akzeptanz einer AusländerIn als Chefin oder Familienmitglied geht.¹⁸

Die Studien zeigen auch, dass die StadtbewohnerInnen in Deutschland toleranter gegenüber ethnischen oder religiösen Differenzen sind als die BewohnerInnen ländlicher Gebiete. Für Polen jedoch zeigen die Umfragen, dass der Wohnsitz die Haltung gegenüber Menschen anderer Ethnien, Nationalitäten oder

Konfessionen nicht beeinflusst. Laut einer Umfrage des Zentrums für öffentliche Meinungsforschung (Centrum Badania Opinii Społecznej – CBOS) wirkt sich der Wohnort jedoch auf die Einstellungen gegenüber bestimmten Gruppen aus, die auch laut anderen Studien häufig mit negativen Stereotypen verbunden und stigmatisiert werden. Demnach werteten vor allem Menschen, die nicht in Städten wohnen, „Homosexuelle“, „Prostituierte“, „Menschen mit psychischen Erkrankungen“ und „Mitglieder religiöser Sekten“ ab.¹⁹

Die gegenwärtige polnische Migration nach Deutschland zeichnet sich durch einige demographische Merkmale aus, die für die Bewertung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei Polnischstämmigen in Deutschland besonders relevant sind. Etwa zwei Drittel polnischer MigrantInnen kommen aus Städten.²⁰ Hinzu kommt, dass die Migranten aus Polen vergleichsweise besser ausgebildet und öfter weiblich sind. Besonders die neuen Migrationsströme von Polen nach Deutschland werden von jungen, gut ausgebildeten, weiblichen Einwanderern aus Städten dominiert – also von Menschen, die vielmehr eine positive Haltung gegenüber kultureller Vielfalt haben.²¹

Die wenigen empirischen Studien zu Polnischstämmigen in Deutschland zeigen, dass ihre politischen Einstellungen irgendwo zwischen den polnischen und deutschen Mittelwerten liegen. Im Vergleich zu den Deutschen zeigt sich eine eher konservative Ausrichtung bei der Sonntagsfrage: Laut einer Studie von Nowicka, Krzyżowski und Ohm²² fanden die Befragten von den deutschen Parteien die CDU und FDP am besten (27% insgesamt); die SPD, die Grünen und die Linke wählten insgesamt 19%. Die AfD fanden 11% am besten, allerdings nur 7% der Frauen, aber 16% der Männer. 16% aller befragten Personen waren unentschieden, während 21% überhaupt nicht wählen würden. Der letzte Punkt ähnelt sehr der polnischen Politlandschaft, wo die Wahlbeteiligung meistens bei nur um die 60% liegt. Viele polnische Migranten in Deutschland sind also in ähnlicher Weise politisch passiv wie die polnische Bevölkerung selbst. Zusammenfassend kann man also sagen, dass polnische MigrantInnen im Vergleich zur deutschen Bevölkerung etwas konservativer und wirtschaftsliberaler wählen, während sich keine Unterschiede hinsichtlich der Präferenz rechtsextremer oder rechtspopulistischer Parteien erkennen lassen.

Das Wahlverhalten

Zudem ist es hilfreich, das Wahlverhalten von polnischen Stimmberechtigten, die in Deutschland leben und in Konsulaten wählen gehen, mit dem der polnischen Bevölkerung zu vergleichen. Bei der Parlamentswahl 2015 haben sich die Stimmen von Polinnen und Polen, die in Deutschland leben, so verteilt: Rechtspopulisten und Rechtsradikale (PiS, Kukiz'15 und KORWiN) – 49,7%, Liberale (Bürgerplattform und Nowoczesna) – 37,42% und linke Parteien (ZL, Razem) – 12,33%.²³ Die Werte für die drei Gruppen in Polen sahen so aus: 51,15%, 31,69% und 11,17%. In Deutschland lebende Polinnen und Polen tendieren also ein wenig mehr zu liberalen und linken Parteien. Eine kürzlich erschienene Studie von Nowicka und Krzyżowski²⁴ kommt zu den gleichen Ergebnissen. Sie untersuchte die soziale Distanz (also die Bereitschaft, jemanden aus einer Minderheitengruppe in unterschiedlichen Rollen wie z.B. Nachbar, Geschäftsbedienung, Arzt, enger Freund, Kinderbetreuer oder Lebenspartner zu akzeptieren) zwischen Polnischstämmigen in Deutschland und Großbritannien. Auch hier liegen die Einstellungen der Polnischstämmigen in Deutschland zwischen den Einstellungen der deutschen Bevölkerung und den Polinnen und Polen selbst. Ein genauer Blick zeigt aber eine Anpassungstendenz: Wo die Bevölkerung Deutschlands wenig Toleranz zeigt, z.B. gegen Roma oder Muslime, bleibt auch die Intoleranz der Polnischstämmigen hoch. Interessanterweise trennen Polnischstämmige Türken von Muslimen, und zeigen weniger Menschenfeindlichkeit gegen Türken, wenn sie ohne Religion genannt sind. Vor allem sind aber bestimmte Kombinationen negativ beurteilt: zum Beispiel stoßen muslimische Männer öfter auf Ablehnung als Musliminnen. Dort, wo die Unterschiede zwischen den zwei Ländern be-

sonders groß sind – z.B. in Bezug auf Homosexuelle, Schwarze oder Juden, sind die Polnischstämmigen in Deutschland deutlich toleranter als ihre Landsleute in Polen. Die Frage, ob es sich um einen positiven Einfluss der toleranteren deutschen Bevölkerung handelt, oder ob es eher ein Selbstselektionseffekt ist, weil tolerantere und meinungsoffenerere Menschen aus Polen nach Deutschland migrieren, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Sehr wahrscheinlich ist es eine Mischung aus beiden Faktoren.

Das Ausmaß gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unter polnischstämmigen Menschen in Deutschland ist relativ unerforscht. Besonders fehlt es an Studien, die polnische MigrantInnen mit anderen Migrationsgruppen und der Gesamtbevölkerung in Deutschland vergleichen. Es gibt zudem kaum Studien zu ihrer Religiosität, ihren Lebenszielen oder ihrer Lebenszufriedenheit im Allgemeinen, und nur wenige, die sich mit ihren politischen und gesellschaftlichen Einstellungen beschäftigen. Aus zwei vorhandenen Studien wissen wir lediglich, dass die Einstellungen der MigrantInnen irgendwo zwischen den Einstellungen der deutschen und polnischen Bevölkerung angesiedelt sind. Die Gründe hierfür sind aber noch nicht geklärt: Aus den oben aufgeführten Durchschnitten lässt sich nicht ablesen, ob es ein Effekt von Integration in die deutsche Gesellschaft ist, oder ob polnische MigrantInnen nicht schon vorher durchschnittlich positivere Einstellungen hatten. Die beschriebene Forschungslücke ist deswegen ernst zu nehmen, weil man aus dem Studium integrierter polnischer MigrantInnen lernen kann, was es heißt, sich erfolgreich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren.

Marta Kozłowska

by-nc-nd/3.0/ Marta Kozłowska für bpb.de – Erstveröffentlichung Dezember 2017, Herausgeber Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Mehr zum Thema:

APUZ 11-12/2017 „Fremd in der Heimat?“ (<http://www.bpb.de/apuz/243854/fremd-in-der-heimat>)

Krökel, Ulrich für bpb.de 2017. Rechtspopulismus in Polen: Kaczyńskis Kampf gegen angebliche postkommunistische Eliten. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/239926/rechtspopulismus-in-polen>

Onet 26.09.2017. Sondaż IBRiS dla Onetu: PiS powiększa przewagę nad opozycją. <http://wiadomosci.onet.pl/tylko-w-onecie/sondaz-ibris-dla-onetu-pis-powieksza-przewage-nad-opozycja/kx4cngh>



1 Fitzgerald, Rory, Lizzy Winstone, und Yvette Prestage (2014). Searching For Evidence of Acculturation: Attitudes Toward Homosexuality Among Migrants Moving From Eastern to Western Europe. *International Journal of Public Opinion Research* 26 (3): 323–341. Siehe auch: Röder, Antje, und Marcel Lubbers (2015). Attitudes towards Homosexuality amongst Recent Polish Migrants in Western Europe: Migrant Selectivity and Attitude Change. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41 (11): 1858–1884.

2 Eger, Maureen A. und Sarah Valdez (2014). "Neo-nationalism in Western Europe". *European Sociological Review*. 31 (1): 115–130. Siehe auch: Chakelian, Anoush (2017). Rise of the nationalists: a guide to Europe's far-right parties. *New Statesman*, 8. März 2017 <https://www.newstatesman.com/world/europe/2017/03/rise-nationalists-guide-europe-s-far-right-parties>. Siehe auch: Human Rights Watch (2017). *Weltbericht 2017. Der gefährliche Aufstieg des Populismus*. <https://www.hrw.org/de/world-report/2017/country-chapters/298917>

3 das polnische Parlament

4 Fejfer, Kamil (2017) "W 2016 były o trzy przestępstwa z nienawiści mniej niż w 2015". I trzy razy więcej niż w 2014", OKO.press, <https://oko.press/2016-byly-o-przestepstwa-nienawisci-niz-2015-razy-wiecej-niz-2014/>

5 Kościński, Paweł (2017). Prokuratura Krajowa przyznaje: Rośnie liczba przestępstw z nienawiści. *Gazeta Wyborcza* 24.04.2017 <http://wyborcza.pl/7,75398,21679222,prokuratura-krajowa-przyznaje-rosnie-liczba-przestepstw-z-nienawisci.html>.

Siehe auch: Zawadka Grażyna (2017). Rośnie liczba śledztw ws. przestępstw na tle rasistowskim, *Rzeczpospolita* 06.04.2017, <http://www.rp.pl/Przestepczosc/170409294-Rosnie-liczba-sledztw-ws-przestepstw-na-tle-rasistowskim.html#ap-1>

6 Nowicka, Magdalena, Łukasz Krzyżowski und Dennis Ohm (2017). *Solidarisierung in Europa. Migrant*innen und Osteuropäer*innen und deren Engagement für Geflüchtete*. In: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Forschungsbericht. Forschungs-Interventions-Cluster „Solidarität im Wandel?“. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin. S. 10.

7 Kaluza, Andrzej (2002). *Zuwanderer aus Polen in Deutschland*. *UTOPIE kreativ*, Nr. 141/142, Juli/August 2002. S. 699.

8 Pallaske, Christoph (2002). *Migranten aus Polen in der Bundesrepublik Deutschland in den Achtziger- und Neunzigerjahren*. *Archiv für Sozialgeschichte*, Nr. 42. S. 237.

9 Kerski, Basil (2004). *Szansa wielokulturowości. Grupa polskojęzyczna w Niemczech*, In: Wolff-Powęska A. & Bingen D. (Hrsg.), *Polacy – Niemcy. Sąsiedztwo z dystansu*. Instytut Zachodni, Poznań. S. 326. Siehe auch: Pallaske, Christoph (2002). *Migranten aus Polen in der Bundesrepublik Deutschland in den Achtziger- und Neunzigerjahren*. *Archiv für Sozialgeschichte*, Nr. 42. S. 237.

10 Wóycicki 2000: S. 336.

11 Nowosielski Michał (2012). *Polacy w Niemczech. Stan i perspektywy badań*. *Przegląd zachodni* 3. S. 25-27.

12 Nowicka, Magdalena und Łukasz Krzyżowski (2017). The social distance of Poles to other minorities: a study of four cities in Germany and Britain. *Journal of Ethnic and Migration Studies* Vol.

43(3): 359–378 Nowicka, Magdalena, Łukasz Krzyżowski und Dennis Ohm (2017). *Solidarisierung in Europa. Migrant*innen und Osteuropäer*innen und deren Engagement für Geflüchtete*. In: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Forschungsbericht. Forschungs-Interventions-Cluster „Solidarität im Wandel?“. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.

13 Posern-Zieliński Aleksander (2000). *Między asymilacją a zachowaniem tożsamości*. W: A. Wolff-Powęska & E. Schulz (Hgs.). *Być Polakiem w Niemczech*, Poznań. S. 69-71.

14 Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002). *Deutsche Zustände, Folge 1*. Frankfurt a.M./Berlin: Suhrkamp.

15 IKG (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung) (2012). *Das Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland*. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld. S. 4. https://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/Gruppenbezogene_Menschenfeindlichkeit_Zusammenfassung.pdf

16 Zick Andreas, Beate Küpper, und Andreas Hövermann (2011). *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Projekt gegen Rechts-extremismus/FES. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

17 Pew Research Center (2014). *A Fragile Rebound for EU Image on Eve of European Parliament Elections: Chapter 4. Views of Roma, Muslims, Jews*. <http://www.pewglobal.org/2014/05/12/chapter-4-views-of-roma-muslims-jews/>.

18 Wenzel, Michał (2009). *Stosunek do Obcokrajowców w Polsce*. Warsaw: The Institute of Public Affairs. <http://www.isp.org.pl/files/7735258070251767001254129661.pdf>.

19 CBOS (Centrum Badań Opinii Społecznej) (2014). *Granice tolerancji - Stosunek do wybranych grup mniejszościowych*. http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2014/K_149_14.PDF

20 Slany, Krystyna, and Magdalena Ślusarzyk (2013). *Migracje zagraniczne Polaków w świetle NSP 2011. Trendy i charakterystyki socjodemograficzne*. <http://www.euroemigranci.pl/dokumenty/pokonferencyjna>

21 Nowicka, Magdalena und Łukasz Krzyżowski (2017). The social distance of Poles to other minorities: a study of four cities in Germany and Britain. *Journal of Ethnic and Migration Studies* Vol. 43(3). S. 363.

22 Nowicka, Magdalena, Łukasz Krzyżowski und Dennis Ohm (2017). *Solidarisierung in Europa. Migrant*innen und Osteuropäer*innen und deren Engagement für Geflüchtete*. In: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Forschungsbericht. Forschungs-Interventions-Cluster „Solidarität im Wandel?“. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin. S. 14.

23 TVN24 (2015). *Wybory parlamentarne 2015 Kukiz'15 wygrał w Irlandii, Nowoczesna w Iranie. Tak głosowali Polacy za granicą*. 28.10.2015 <https://www.tvn24.pl/wiadomosci-z-kraju,3/wybory-parlamentarne-jak-glosowali-polacy-za-granica,589709.html>

24 Nowicka, Magdalena und Łukasz Krzyżowski (2017). The social distance of Poles to other minorities: a study of four cities in Germany and Britain. *Journal of Ethnic and Migration Studies* Vol. 43(3). S. 363.





Transnationale Extremismen aus dem arabischen Raum

Jugendliche, die als Geflüchtete aus dem arabischen Raum nach Deutschland gekommen sind, verfügen über deutlich andere Erfahrungen als deutsche Jugendliche mit arabischem Migrationshintergrund oder muslimischer Zugehörigkeit. Dieser Satz ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dennoch gerät dies leicht in Vergessenheit. Allzu oft werden muslimische Jugendliche als eine mehr oder weniger homogene Gruppe gesehen und angesprochen.

Die Unterschiede bestehen nicht nur darin, dass die einen zum Teil traumatische Erfahrungen gemacht haben, Krieg und Zerstörung erlebt haben. Denn dazu kommt, dass die aus Syrien Geflohenen die Ideologie und Gesellschaftsordnung der autoritären Regierung selbst erlebt haben. Je nachdem, wo sie herkommen und wie alt sie zum Zeitpunkt der Flucht waren, kann dies prägend sein. Deswegen ist die Pluralendung beim Begriff Extremismus im Titel kein Tippfehler, sondern wurde mit Absicht verwendet. Denn fast immer geht es in der Debatte um transnationalen Extremismus aus der arabischen Welt ausschließlich um Islamismus. Und natürlich spielt dieser eine wichtige Rolle. Die ausschließliche Konzentration auf diese Form des Extremismus ist jedoch veraltet und geht an der Lebensrealität von Jugendlichen arabischer Herkunft vorbei. Schlimmer noch, sie kann im Umgang mit Jugendlichen, die Verbindungen in die arabische Welt haben, zu Missverständnissen und unnötigen Problemen führen.

Beispiel Kippa-Angriff in Berlin: Im Sommer 2018 sorgte ein Video für bundesweites Aufsehen. Der 19-jährige Syrer Kanaan Al S. ist darin zu sehen, wie er hass erfüllt mit einem Gürtel auf einen anderen jungen Mann einprügelt und dabei „du Jude, du Jude!“ brüllt. Sein Opfer, ein 21-jähriger Israeli, der zwar kein Jude ist, aber mit einer Kippa als solcher erscheint, filmt den Angriff und stellt das Video online. In der Folge wurde der Übergriff von vielen als islamistische Attacke verstanden. Tatsächlich lassen ihn viele Indizien als solche erscheinen: Der Angreifer, der zur palästinensischen Minderheit in Syrien gehörte und wegen des Krieges in Syrien nach Deutschland geflohen ist, wurde muslimisch sozialisiert, er vertritt offensichtlich ein negatives Bild von Juden und setzt auf Gewalt zur Durchsetzung seiner Interessen. Nur: Er ist kein Islamist.

Autoritarismus statt Salafismus

Häufig begegnen Lehrer_innen in ihren Klassen Jugendlichen arabischer Herkunft, die sie auf den ersten Blick als Islamist_innen einstufen würden, weil sie antisemitische, homophobe, demokratiefeindliche und autoritäre Positionen vertreten sowie eine zum Teil überhebliche Haltung Frauen und der deutschen Gesellschaft insgesamt gegenüber zeigen. Bei genauerer Betrachtung passen diese Jugendlichen jedoch nicht in die Islamismus-Schublade. Viele von ihnen sind zwar

religiös, aber nicht islamistisch. Ihr Bezugsrahmen ist nicht in erster Linie der Islam. Das zu erkennen ist wichtig, denn diese Jugendlichen reagieren zu Recht genervt, wenn sie fälschlicherweise mit radikalen Islamisten, die in ihrer Heimat für Verbrechen verantwortlich gemacht werden, in einen Topf geworfen werden.

Deswegen soll es hier nicht nur um Islamismus, sondern noch um eine andere Form des Extremismus mit Ursprung in der arabischen Welt gehen: um den „Autoritarismus“. Ich verwende den Begriff in Ermangelung einer besseren Alternative und in Anführungsstrichen, um zu verdeutlichen, dass es sich dabei nicht um eine geschlossene Ideologie einer definierten Gruppe handelt. Vom „Autoritarismus“ sind vielmehr die meisten Menschen, die neu aus der arabischen Welt bei uns ankommen, beeinflusst. Gemeint ist eine Ideologie, die viele Jugendliche aus Syrien und mehreren Nachbarstaaten prägt und die bei einigen Jugendlichen in deutschen Schulen extremistische Züge annimmt: Sie ähneln in ihrer Tendenz zur sogenannten Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit den Islamist_innen: Viele sind demokratieskeptisch, haben ein Problem mit weiblichen Respektspersonen und sehen Gewalt als legitimes Mittel der Auseinandersetzung. Allerdings ist für sie nicht die Umma der Muslime der Bezugsrahmen, sondern die arabische Nation, einzelne Nationalstaaten der Region oder eine vage Idee von arabischer Männlichkeit und Ehre. Sie sind nicht inspiriert von den Ideen des sogenannten Islamischen Staats. Im Gegenteil: Sie sind geprägt von arabischen Diktaturen, zu deren wichtigsten Zielen der Kampf gegen den Terrorismus beziehungsweise gegen den Islamismus gehört. Diese Jugendlichen lehnen die radikalen Islamisten ab und machen sie für die Zerstörung ihrer Länder verantwortlich.

Auffällig ist, dass der Islamismus häufiger unter den hier aufgewachsenen Jugendlichen als unter den kürzlich als Geflüchtete nach Deutschland gekommenen Jugendlichen auftritt. Der „Autoritarismus“ dagegen ist häufiger unter Geflüchteten zu beobachten. Insgesamt scheint der radikale Islamismus und ganz besonders der gewaltbereite Dschihadismus derzeit weniger Zulauf zu erhalten. Der „Autoritarismus“ hingegen beginnt gerade erst, sich als Phänomen zu etablieren.

Nun mag manch eine_r denken: Das ist doch nur wieder ein neuer Trick, Jugendliche arabischer Herkunft in

der Schule zu stigmatisieren. Jahrzehntlang wurden sie als Islamist_innen oder potentielle Islamist_innen eingestuft. Nun geht endlich der Trend zum Islamismus zurück, doch schon wartet die nächste „Achtung, gefährlich!“-Schublade, die im Zweifel ähnlich ausgrenzend wirkt. Noch schlechter ist es jedoch, Phänomene und Veränderungen nicht zu erkennen und Jugendliche in die falsche Schublade zu stecken. So ist dieser Text als Plädoyer gemeint, genau hinzuschauen und zuzuhören. 2019 ist nicht mehr 2011. In diesen Jahren hat sich die arabische Welt stark verändert und das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Denkweise von Jugendlichen, die aus dieser Region zu uns kommen oder sich auf sie beziehen.

Islamistische Jugendbewegungen

Die Wurzeln des radikalen Islamismus reichen zurück zum Anfang des 20. Jahrhunderts. In Reaktion auf den Kolonialismus entstanden Bewegungen, die in einer stärkeren Zuwendung zur Religion den einzigen Weg sahen, diese Region zu ihrer alten Größe zurückzuführen. Es entstand die Denkschule der Salafiyya. Das Ziel dieser frühen Salafisten war es, den Islam von verkrusteten Traditionen zu befreien, ihn zu modernisieren und zu reformieren.

Mit der Unabhängigkeit von den Kolonialmächten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und der Übernahme der Macht durch Militärs in fast allen Ländern der arabischen Welt entwickelte sich ab den 1950er Jahren die islamistische Bewegung zur wichtigsten Oppositionskraft. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde durch den oft erbitterten Kampf zwischen islamistischer Opposition und militärisch-autoritärer Regierung geprägt. Diese Konflikte wurden politisch und auch mit Waffen ausgetragen. Sayyid Qutb formulierte in den 1960er Jahren im Gefängnis in Ägypten die Grundlagen des bewaffneten Islamismus, der von radikalen Gruppen bis hin zu al-Qaida in den folgenden Jahren weiterentwickelt wurde. Ziel war die Befreiung der arabischen Welt von den Militärregierungen.

Ab den 1970er Jahren förderte Saudi-Arabien die Verbreitung einer anderen Spielart des islamistischen Extremismus: den Salafismus. Anders als die Salafiyya-Bewegung von Anfang des 20. Jahrhunderts setzt dieser neue Salafismus nicht auf Reflektion und Moder-



nisierung, sondern auf Texttreue und Gehorsam. Die saudische Missionsarbeit war so erfolgreich, dass in vielen Ländern salafistische Bewegungen entstanden.

Trotz der verschiedenen Entstehungsgeschichten gibt es eine Schnittmenge zwischen den bewaffneten Islamisten, die sich auf Sayyid Qutb und Co. beziehen, und den von Saudi-Arabien geförderten Salafist_innen. So ähneln sich die Ideologien und Weltbilder beider Gruppen. Häufig heißt es in diesem Zusammenhang: Nicht alle Salafist_innen sind Terrorist_innen, aber alle bekannten (sunnitisch-)islamischen Terrorgruppen beziehen sich auf den Salafismus.

So viel zum Hintergrund. Für den Kontext dieses Artikels wird es ab den Nullerjahren des neuen Jahrtausends interessant. Es entstehen erste salafistische Gruppen in Deutschland, Prediger treten auf und es bildet sich ab 2004/2005 eine salafistische Jugendszene. In Deutschland aufgewachsene Jugendliche machen sich in diesen Jahren auf die Suche nach ihrer Identität. Grund hierfür sind Diskriminierungserfahrungen, die sie als Muslim_innen in Deutschland nach den Anschlägen des 11. September 2001 machten. Zu dieser Zeit gibt es nur wenig deutschsprachige Literatur über den Islam und viele Moscheen sind nicht in der Lage, die Nachfrage der Jugendlichen nach islamischer Bildung zu befriedigen. Da der Islam in Deutschland nicht anderen Religionsgemeinschaften wie der christlichen

oder der jüdischen rechtlich gleichgestellt ist, verfügen die Gemeinden über wenig Mittel. Dieses Vakuum füllen radikale Prediger. Sie bieten den Jugendlichen das, wonach sie suchen: Informationen über den Islam in verständlicher Sprache, eine klare Botschaft und eine starke Gemeinschaft. Es entsteht ein entsprechender Lifestyle mit Mode, Sprache und Massenevents.

Für die meisten Jugendlichen bedeutet die Hinwendung zum Islamismus einen radikalen Bruch mit ihrem bisherigen Leben. Die Mehrheit der Anhänger_innen sind in Deutschland aufgewachsene Muslim_innen, es gibt aber auch zahlreiche Konvertit_innen. Pierre Vogel ist einer der Prediger, die seit 2005 immer bekannter wurden, Abdul Adhim Kamouss⁴ ein weiterer. Hunderte von Jugendlichen kamen zu seinen Unterrichtsstunden in der Berliner Al-Nour Moschee. Die absolute Mehrheit der Salafist_innen in Deutschland lehnte den bewaffneten Dschihad ab, aber es gab von Anfang an auch Salafist_innen, die ihm gegenüber offener waren. Bereits damals reisten Jugendliche nach Pakistan und Afghanistan. Eine Wendung nimmt die Bewegung mit dem Beginn des bewaffneten Kampfes in Syrien. Die Sicherheitsbehörden schätzen, dass zwischen Juni 2013 und Dezember 2018 rund 1.050 Jugendliche aus Deutschland nach Syrien und in den Irak ausgereist sind. Die Bewegung erhält dadurch weitere mediale Aufmerksamkeit, was ihr noch mehr Zulauf verschafft.



Die Sozialisation in Deutschland

Es gibt viele Studien¹ darüber, warum Jugendliche zu militanten Islamist_innen werden. Klar ist, dass es unterschiedliche Wege gibt, die eng mit der Persönlichkeit und der Situation der Jugendlichen zusammenhängen. Trotzdem lassen sich einige häufig auftretende Muster beobachten. So wenden sich oft Jugendliche radikalen Gruppen zu, die auf der Suche nach Anerkennung, Identität und Aufmerksamkeit sind. Und wie bei allen Jugendbewegungen spielt die Lust an Provokation eine Rolle: Es gibt kaum ein effektiveres Mittel, Lehrer_innen aus der Fassung zu bringen, als Dschihadi-Sprüche zu bringen. Dazu kommt, dass die Möglichkeit der Ausreise nach Syrien Abenteuer verspricht. Auch die Solidarität mit einer als angegriffen und diskriminiert empfundenen Gruppe ist eine wichtige Motivation. Dabei bietet der Salafismus ein attraktiv einfaches Weltbild: Es gibt Gut und Böse, eine klare Rollenverteilung der Geschlechter und auf alles eine Antwort. In einer immer unübersichtlicher werdenden Welt kann dies sehr anziehend sein. Mit der Eskalation in Syrien und den militärischen Niederlagen des IS kommt es ab 2015 in Europa und in Deutschland vermehrt zu Terroranschlägen durch Islamist_innen. Verantwortlich sind hierfür häufig Gruppen von in Europa sozialisierten Jugendlichen. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Blick auf einen Expertenstreit in Frankreich:

So macht der Sozialforscher und Islamwissenschaftler Gilles Kepel² die entfremdete Religiosität der Enkel und Großkel der Einwanderer aus der arabischen Welt verantwortlich. Sein Kollege Olivier Roy³ hingegen zeigt auf, dass es sich meist um Jugendliche handelt, die eine kriminelle Karriere durchlaufen und Drogen- sowie Körperverletzungsdelikte begangen haben und die erst kurz vor ihren spektakulären Attentaten zum Islam (zurück-)gefunden haben. Während Gilles Kepel von einer Radikalisierung der Religion ausgeht, spricht Olivier Roy von einer Islamisierung der Radikalität.

Geflüchtete Jugendliche

In den Jahren von 2011 bis 2015 erlebt die salafistische Jugendbewegung in Deutschland ihren vorläufigen Höhepunkt. In diese Zeit fällt auch die Ankunft von mehreren hunderttausend Geflüchteten aus Syrien in Deutschland. Seit Beginn des Bürgerkriegs 2011 sind bis 2019 rund 800.000 Syrer_innen nach Deutschland geflohen. Natürlich besteht die Befürchtung, dass unter diesen Extremist_innen und sogar Attentäter_innen sein könnten. Auch könnten die allein reisenden Jugendlichen sich nach ihrer Ankunft radikalisieren. Traumatische Erlebnisse und eine unsichere Zukunft sowie enttäuschte Hoffnungen könnten sie für radikale Prediger besonders ansprechbar machen. Tatsächlich

gibt es Versuche von salafistischen Gruppen, Geflüchtete zu mobilisieren. Als es zu mehreren kleineren Angriffen und schließlich zum Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Jahr 2016 kommt, scheinen sich die Warnungen der Sicherheitsexperten zu bestätigen: Radikalisierte Geflüchtete gefährden die Sicherheit in Deutschland. Mit der Niederlage des IS kehren außerdem zahlreiche aus Deutschland stammende Salafist_innen zurück. Wie mit ihnen umgegangen werden soll und welche Gefahr für die Gesellschaft von ihnen ausgeht, das sind die neuen drängenden Fragen.

Die Bewegung verliert an Zulauf

Die Gefahr von Anschlägen besteht auch heute und es gibt auch weiterhin Jugendliche, die sich radikalisieren. Allerdings haben die salafistische und ganz besonders die dschihadistische Bewegung seit 2017 an Schwung verloren. Hierfür gibt es mehrere Gründe: Der IS hat in Syrien und im Irak militärisch verloren. Das Kalifat gibt es nicht mehr. Daher reisen so gut wie keine Jugendlichen aus Deutschland mehr dorthin aus. Es fehlt die finanzielle Unterstützung für die Ausreise und der institutionelle Rahmen. Den Islamischen Staat in seiner praktischen Form mit Verwaltungsorganen gibt es nicht mehr. Zudem hat die Erfahrung des Dschihads in Syrien und im Irak viele desillusioniert, die Gewalt und der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit, der sich allzu oft in scheinbar willkürlicher Brutalität entlud, hat Jugendliche abgeschreckt. Zugleich hat sich der Salafismus durch Korruption und Doppelmoral seiner Akteure in ihren Augen diskreditiert. Auch eignen sich der Krieg in Syrien und die Weltlage insgesamt nicht mehr so gut, die muslimische Jugend für den Dschihad zu mobilisieren. Der Krieg im Irak ließ sich noch als Angriff der Ungläubigen auf den Islam deuten, doch der Konflikt in Syrien ist eher als innermuslimische Fitna zu lesen. In einen solchen Konflikt zwischen muslimischen Gruppen sollte man sich lieber nicht einmischen, so die verbreitete Meinung der islamischen Gelehrten. Und nicht zuletzt wurden in Deutschland zahlreiche einflussreiche Prediger und salafistische Aktivisten verhaftet, einige Moscheen geschlossen und die Überwachung der Szene massiv verstärkt. Einige Prediger haben sich auch von sich aus zurückgezogen. Das bekannteste Beispiel ist Abdul Adhim Kamouss⁴. Nachdem mehrere Jugendliche aus seinem Umfeld nach Syrien ausgereist waren und er

zudem von den deutschen Behörden in den Sicherheitsdialog einbezogen wurde, hat er sich von der Szene abgewandt. Kamouss fasst die Gründe für den Niedergang der Bewegung wie folgt zusammen: „Was im Irak, Afghanistan und in Syrien passiert ist, hat die Jugendlichen aufgewühlt. Dann gab es noch die Scheichs, die die Menschen angeheizt haben. Heute ist die Lage anders. Die Menschen haben viel gesehen, was sie abgeschreckt hat. Sie haben gesehen, was in Syrien unter IS-Herrschaft passiert ist und wie in Ägypten die Salafisten den Sturz der demokratisch gewählten Regierung des Muslimbruders Mohammed Mursi durch das Militär unterstützt haben und bis heute der Regierung von Al-Sisi die Treue halten. So etwas prägt. Ebenso wie die Fatwas: Einen Tag predigen die Gelehrten aus Saudi-Arabien in einer Richtung. Am nächsten Tag ändert sich das, weil es dem Prinzen so besser gefällt. Nicht zuletzt gibt es Leute wie mich. Ich fordere die Menschen auf, kritisch nachzufragen und den eigenen Verstand zu gebrauchen, bevor man einem bestimmten Scheich folgt. Ich bin zufrieden, dass ich offensichtlich Einfluss nehmen kann. Es soll ja 10.000 Salafisten in Deutschland geben, sagt der Verfassungsschutz. Ich würde sagen, dass ich die mit meinen Predigten erreiche. Sicherlich habe ich viele von ihnen zum Nachdenken gebracht.“

Der arabische Autoritarismus

Kommen wir zurück zum Autoritarismus, von dem wir eingangs gesprochen haben. Mit der Unabhängigkeit der Kolonien im arabischen Raum kamen in vielen Ländern ab den 1950er Jahren Militärregierungen an die Macht, zum Beispiel im Irak, in Syrien, Tunesien, Ägypten und Algerien. In den anderen Ländern – wie Marokko, Saudi-Arabien und den Golfstaaten – regieren Monarchien. Beiden gemeinsam ist ein autoritärer Regierungsstil, der traditionelle gesellschaftliche Strukturen bewahrt. Dabei sind verschiedene Elemente für diese Regierungen und deren Umgang mit der Bevölkerung typisch. Insbesondere ist Gehorsam der Regierung gegenüber wichtig. Das lässt nur wenig Spielraum für Opposition und Andersdenkende. Klare Hierarchien zwischen Generationen, Geschlechtern, sozialen Herkunft und vielfach auch zwischen Religionen und Ethnien sind die Regel. So haben die Menschen einen festen Platz in der Gesellschaft. Zugleich besteht ein starker Druck zur Anpassung. Abweichungen von der

gesellschaftlichen Norm, sei es durch eine andere geschlechtliche oder sexuelle Orientierung, aufgrund politischer Opposition oder eines anderen Lebensstils werden sanktioniert. Zumeist wird der Islam zur Grundlage der Gesellschafts- und Rechtsordnung erhoben. Viele Regierungen geben sich betont religiös, um ihren gefährlichsten Gegnern, den Islamisten, dieses Feld nicht zu überlassen. Außerdem ist ein Bewusstsein der Überlegenheit gegenüber Andersgläubigen oder Nicht-Arabern verbreitet, das von einem Minderwertigkeitskomplex überlagert ist. Dabei wird die Vergangenheit verherrlicht und es gibt ein starkes Streben nach der Wiedererlangung verlorener Größe. Zugleich besteht häufig der Konsens, dass Araber_innen nur zu Frieden leben, wenn sie von einem starken Mann regiert werden. Dies spiegelt sich auch in einem militärisch geprägten Regierungs-, Führungs- und Erziehungsstil wider. Hetze gegen Israel und Antisemitismus sind Teil der Machtstrategie der Regierungen. Syrien beispielsweise hat bis heute den Staat Israel nicht anerkannt. Der Hass auf Israel soll die Menschen von Protesten gegen die eigene Regierung abhalten. Generell besteht ein klares Freund-Feindbild mit einer extremen Feindschaft gegen Islamisten.

Die sogenannte Arabellion im Jahr 2011 war ein Aufstand der Jugend gegen diese Regierungen. Vielfach forderten die Demonstranten auch eine Neugestaltung der Gesellschaft. Soziale Normen wurden in Frage gestellt, Hierarchien umgeworfen. Wäre der arabische Frühling erfolgreich gewesen, so würde nicht nur die politische Landschaft, sondern auch die gesamten Gesellschaften in der arabischen Welt heute anders aussehen. Doch die Arabellion ist gescheitert, zumindest vorerst. In Syrien regiert nach wie vor Baschar al-Assad. In Ägypten ist mit Abdel Fatah El-Sisi ein neuer Vertreter der alten Militärregierung im Präsidentenamt. Selbst in Libyen und im Jemen, Länder, in denen erbittert um die Macht gekämpft wird, spielen Kräfte des alten Regimes weiterhin eine Rolle. Tunesien bildet die einzige Ausnahme. Auch dort ist jedoch mit Beji Caid Essebsi ein Vertreter des alten Regimes ins Präsidentenamt gewählt worden.

Die Rückkehr oder das Wiedererstarken der alten Garden hat dazu geführt, dass auch die Merkmale ihrer Herrschaft wieder stärker betont werden. Ein Beispiel: Während des Präsidentschaftswahlkampfes tauchten in Ägypten Poster auf, die Abdel Fatah El-Sisi in eine Reihe

mit einem Löwen und mit dem ehemaligen Präsidenten Gamal Abdel Nasser stellten. Die Behauptung, dass die Menschen in arabischen Ländern sich nichts mehr wünscht als einen starken Mann im Präsidentenamt, half El-Sisi deutlich dabei, die Wahlen zu gewinnen.

Das ideologische Gepäck

An einem Freitagabend im September auf dem Berliner Alexanderplatz. Zwei Dutzend Jugendliche lungern vor dem Eingang von Burger King. Sie lachen und hören Musik. Dann legt einer von ihnen arabische Musik auf und mehrere von ihnen bilden eine Reihe. Sie tanzen Dabke, den syrischen Folkloretanz. Einige sind so betrunken, dass sie sich kaum auf den Beinen halten können. Diese Jugendlichen vom Alexanderplatz gelten in Berlin als Problem. Passant_innen fühlen sich belästigt, Frauen angegriffen. 2017 kam es zu einem brutalen Übergriff auf einen Schwulen, wiederholt gab es Diebstähle und Schlägereien.

Es ist zunächst nicht so leicht, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, aber schließlich erklären sich doch einige bereit, ein paar Fragen zu beantworten. „Ich bin nach Berlin gekommen, um etwas aus meinem Leben zu machen. Ich will studieren, einen guten Job haben“, beschreibt einer von ihnen. Sie wollen ihre Namen nicht veröffentlicht haben, aber sie haben eine klare Botschaft: „Ich habe die Nase voll, dass wir Jugendlichen hier immer als kriminell betrachtet werden. Ich mag es nicht, dass die Leute ihre Taschen zuhalten, wenn sie uns sehen“, sagt einer. Schnell sind wir beim Thema Kippa-Angriff. „Das war doch eine fiese Masche, um uns Araber mal wieder in ein schlechtes Licht zu rücken. Typisch Jude, eben!“, sprudelt es aus ihm heraus. Dann beißt er sich auf die Lippe. Ganz offensichtlich hat er schlechte Erfahrungen gemacht. „Was mich in Deutschland am meisten nervt, ist, dass ihr die ganze Zeit über Meinungsfreiheit und so labert, aber in Wirklichkeit habt ihr auch jede Menge Themen, über die man nicht die Wahrheit sagen darf. Die jüdische Lobby zum Beispiel und wie sie euch unterdrückt“.

Was hat junge syrische Geflüchtete geprägt? Zu diesem Thema habe ich eine Reihe von Interviews geführt. Es handelt sich nicht um eine wissenschaftliche Untersuchung, die Gespräche bieten jedoch Anhaltspunkte



für eine Debatte. Besonders drastisch waren ihre Aussagen zum Themenfeld Antisemitismus und Israel. „Da, wo ich herkomme, in meinem Dorf in Syrien, ist „du Jude“ ein ganz normales Schimpfwort. So wie „Arschloch“ oder „Idiot“. Ich habe mir nie was dabei gedacht, es zu benutzen. Hier in Deutschland ist mir klar geworden, dass es nicht gut ist“, so ein 19-jähriger Schüler aus Syrien. „Man muss sich schon umgewöhnen. In Syrien haben wir unseren Schultag damit begonnen, dass wir über die Verbrechen der Israelis gegen die Palästinenser gesprochen haben. Jeden Morgen, 20 Minuten. Wir haben Wandzeitungen und Malwettbewerbe zu den Verbrechen gemacht. Ich muss zugeben, dass mir diese Routine gefallen hat, denn in dieser Zeit haben die Lehrer immer Geschichten erzählt. Das war spannend und ich habe es in guter Erinnerung“, erzählte mir eine 17-jährige Schülerin, ebenfalls aus Syrien.

Zur Strategie arabischer Diktatoren gehört die Hetze gegen Israel. Die Menschen wachsen damit auf, Israel und Jüd_innen im Allgemeinen zu hassen. Gerade die syrische Regierung legitimiert sich stark über ihre Unterstützung des „Widerstands“ gegen Israel. Denn dann ist die Bevölkerung auch bereit, Einschränkungen in anderen Bereichen hinzunehmen. Diesen Mechanismus zu erkennen und die eigenen politischen Vorstellungen aus der Propagandalogik der Regierung zu lösen, braucht Zeit.

Viele der Interviewten beschreiben, wie sie schlechte Erfahrungen mit Gesprächen über das Thema in ihren ersten Monaten in Deutschland machten: „Hier muss man schrecklich aufpassen. Einmal habe ich etwas über Juden gesagt. Nur, dass sie immer reich sind und anderen das Geld wegnehmen. Da hat mir meine Lehrerin einen sehr langen Vortrag gehalten. Seitdem rede ich nicht mehr über Juden und frage auch lieber nichts“, sagt ein 16-Jähriger aus Syrien.

Ein anderes heikles Thema ist das Verhältnis zu Frauen. Die massenhafte Belästigung von Frauen in der Silvesternacht in Köln Ende 2015 war der Anfang. Seitdem haben weitere Vergewaltigungen und schwere sexuelle Übergriffe Schlagzeilen gemacht. Im Herbst 2018 sorgte die Vergewaltigung eines Mädchens durch neun Männer für Entsetzen. Diese Verbrechen werden in der syrischen Community mindestens ebenso stark verurteilt wie in der Mehrheitsgesellschaft. Tatsächlich ist der Ruf nach harten Strafen und nach einer Abschiebung der Straftäter unter syrischen Geflüchteten sogar noch lauter. Viele fürchten zudem, dass solche Straftaten das Bild der Geflüchteten insgesamt verschlechtern könnte. Im Gespräch mit Jugendlichen sind aber auch andere Positionen zu hören. „Ich finde das Verhältnis zwischen Männern und Frauen in Deutschland krank. Einerseits sind die Mädchen frei, sie können Sex haben vor der Ehe und sich ihre Partner selbst aussuchen. Sie

flirten und alles. Wenn dann einer sie beim Wort nimmt und ernst macht, dann schreien sie ‚Vergewaltigung!‘, so einer der Jugendlichen vom Alexanderplatz. Er sei genervt, als junger syrischer Mann immer als potentieller Triebtäter betrachtet zu werden. Zugleich ist er sich seiner Männlichkeit sehr bewusst und stolz darauf, dass er nicht so „verweicht“ sei wie viele deutsche Jugendliche. Mit seinem muskulösen Körper, der Tarnjacke und der Sonnenbrille hebt er sich ganz bewusst davon ab. Nach dem Motto: Ihr seht mich als anders, also bin ich auch anders. Radikal anders. Das Verhältnis zu Israel beziehungsweise zum Judentum und zu Frauen sind nur zwei von mehreren Themen, bei denen die Jugendlichen die Erfahrung machen, dass sie sehr schnell in Konflikt mit ihrer neuen Umgebung geraten können. Insbesondere wer in Syrien auf dem Land aufgewachsen ist, kann von folgenden Faktoren geprägt worden sein: Die Zugehörigkeit zu Religion oder Ethnie spielt in Syrien eine große Rolle. Es herrscht ein autoritärer Erziehungsstil, in vielen Fällen werden Körperstrafen angewandt. Zudem ist ein sehr konservatives Rollenverständnis verbreitet, in der sich die Frau dem Mann unterordnen soll. Es besteht ein starker Anpassungsdruck an gesellschaftliche Normen, wer als „anders“ auffällt, zieht schnell Hass auf sich. Häufig wird das Individuum dazu gedrängt, die eigenen Bedürfnisse denen der Gemeinschaft unterzuordnen. Der Islam ist zwar die Religion der Mehrheit, doch die Regierungen sind von Kräften geprägt, die islamistische Positionen bekämpfen. Viele Bürger_innen sind daher skeptisch gegenüber der islamistischen Bewegung, weil diese von der Regierung zumeist als Bedrohung dargestellt wurde und die Gewalt, die von den Dschihadisten in den Konflikten ausgeht, stark abschreckend wirkt.

Das Gespräch suchen

Die extreme Ideologie des arabischen „Autoritarismus“ zeigt sich derzeit in Deutschland in erster Linie in antisemitischen, homophoben und frauenfeindlichen Bemerkungen und Übergriffen. Diese Themen müssen diskutiert und mit Jugendlichen gemeinsam angegangen werden. Wenn Jugendliche sie aus Angst vor Sanktionen im Umgang mit Lehrer_innen vermeiden und diese wiederum die harten Auseinandersetzungen zu heiklen Themen scheuen, kann es zu größeren Problemen kommen. Auch, weil die Jugendlichen sich als

potentielle Belästiger, Antisemit_innen und Schwulenhasser_innen stigmatisiert fühlen.

Der Salafismus wiederum ist eine Jugendbewegung, die mindestens ebenso viel mit der Sozialisierung in Deutschland zu tun hat wie mit dem Islam. Es ist eine zugleich typisch deutsche und transnationale Bewegung mit Bezugspunkten in der arabischen Welt. Sie wird in Deutschland vor allem von hier aufgewachsenen Jugendlichen getragen. Geflüchtete spielen eine Rolle, jedoch nicht so stark wie befürchtet. Mit dem Niedergang des IS in Syrien und im Irak, verschärften Sicherheitsbedingungen und einem Wandel der Predigerszene hat die Bewegung auch in Deutschland an Zulauf verloren. Welch fatale Folgen Fremdzuschreibungen gegen ganze Gruppen von Menschen haben können, zeigt die Entwicklung seit den Anschlägen des 11. September 2001. Mit einem Schlag änderte sich die Wahrnehmung des Islams. Viele Muslime in Deutschland fühlten sich daraufhin unter Generalverdacht gestellt und dieses Gefühl der Ausgrenzung und Diskriminierung gilt wiederum als einer der Faktoren, die zur Entstehung und Verbreitung der radikal-salafistischen Jugendszene in Deutschland geführt haben. Es gilt, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. So wie die Schüler_innen einer Berliner Sekundarschule nichts mit den Attentätern von New York, Paris oder vom Breitscheidplatz zu tun haben – auch nicht, wenn sie Kopftuch tragen –, sind die neu angekommenen Jugendlichen aus Syrien nicht verantwortlich für die Massenvergewaltigung von Freiburg. Wir dürfen sie nicht in diese Ecke drängen, sondern müssen mit ihnen über Frauen- und Männerbilder diskutieren und was diese mit Gesellschaftsordnungen, Ideologien und Diktatoren zu tun haben könnten. Die Frage nach dem ideologischen Gepäck der Geflüchteten soll also keinesfalls dazu dienen, Zuschreibungen vorzunehmen. Die Auseinandersetzung mit der Erziehung und den Unterrichtsinhalten, die diese Jugendlichen in Syrien erhalten haben, soll vielmehr helfen, ihre Einstellungen und Verhaltensweisen zu verstehen und einzuordnen. Auch ist es leichter, mit einer Person über Antisemitismus oder frauenverachtende Haltungen zu diskutieren, wenn man weiß, dass diese von einem autoritären Regime geprägt ist, als wenn man davon ausgehen muss, dass diese Aussagen so gemeint sind, wie sie geäußert werden.

Julia Gerlach



1 Zum Beispiel: Sammelband: Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamischem Extremismus und Islamfeindlichkeit. Arbeitsergebnisse eines Expertengremiums der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2016

2 Terreur dans l'Hexagone, Genèse du djihad français, avec Antoine Jardin, Gallimard, Paris, 2015

3 Olivier Roy: „Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod“. Der Dschihad und die Wurzeln des Terrors. Aus dem Französischen von Christiane Seiler. Siedler Verlag, München 2017

4 Über seinen Wandel schreibt er in seinem neuen Buch: Abdul Adhim Kamouss: „Wem gehört der Islam?“ München 2018



Transnationale Extremismen aus Kroatien und Serbien

Wenn von Nationalismen im Raum des ehemaligen Jugoslawiens die Rede ist, denken die meisten wohl zuerst an die Sezessionskriege der 1990er Jahre. An Bilder zerstörter Städte, Flüchtlingstrecks und ein einstiges Urlaubsland, das in Trümmern liegt. Der Zerfall Jugoslawiens ist zum Symbol geworden: Für das eher liberal-internationalistische Meinungsspektrum steht er für die Verheerungen, die mit ungebändigtem Nationalismus einhergehen. Konservative bis ultranationalistische Interpretationen hingegen sehen die Ursache für die Kriege in der vermeintlichen Unterdrückung der Völker Jugoslawiens. Ihnen dienen die Sezessionskriege als Mahnung vor den Gefahren einer multikulturellen Gesellschaft.

Zumindest im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends schien der Nationalismus, der in den 1990er Jahren die Gesellschaften des ehemaligen Jugoslawiens prägte, ausgedient zu haben. Die mittelfristige Perspektive eines EU-Beitritts führte zu einer deutlichen Mäßigung der nationalistischen Rhetorik, insbesondere in Kroatien und Serbien. Diese Entwicklung hat sich infolge der Weltwirtschaftskrise ab 2008 und der zunehmenden geopolitischen Repolarisierung geradezu umgekehrt. In Serbien wie in Kroatien sind nationalistische Politiker und Parteien erneut zu Taktgebern im politischen Diskurs geworden.

Wenig Beachtung finden derweil nationalistische Tendenzen und Umtriebe in den aus dem Raum Ex-Jugoslawiens stammenden migrantischen Communities in Deutschland. Das verwundert schon allein deshalb, weil die Zahl der in Deutschland lebenden Migranten mit „jugoslawischem“ Hintergrund hoch ist. Mehr als 1,5 Millionen Menschen in Deutschland verbindet ihre

Familiengeschichte mit einem der Nachfolgestaaten. Zusammengenommen würden die „Ex-Jugoslawen“ die drittgrößte migrantische Gemeinschaft in Deutschland stellen.

Die größte Einzelgruppe unter ihnen ist nach Angaben des Bundesamtes für Statistik von 2017 die der Menschen aus dem Kosovo (433.000), gefolgt von Kroatien (398.000), Bosnien-Herzegowina (373.000) und Serbien (324.000). Diese Zahlen verraten allerdings nichts darüber, welcher Ethnie sich die Migrantinnen und Migranten sowie ihre Nachkommen zugehörig fühlen. So werden etwa Roma nicht gesondert erfasst, sondern ihrem jeweiligen Herkunftsstaat zugerechnet. In Bosnien-Herzegowina wiederum machen Serben und Kroaten beinahe die Hälfte der Bevölkerung aus. Es ist also anzunehmen, dass die Zahl der Menschen, die sich selbst als kroatisch- beziehungsweise serbischstämmig definieren, deutlich höher liegt als es die Statistik wiedergibt – und damit auch die Anzahl potentieller Adressaten entsprechender nationalistischer Agitation.

Der Zerfall Jugoslawiens

Die bewaffneten Konflikte, die mit dem Zerfall Jugoslawiens einhergingen, werden nicht selten vereinfachend als „jugoslawischer Bürgerkrieg“ bezeichnet. Tatsächlich handelte es sich um eine Abfolge von in Dauer und Intensität äußerst unterschiedlichen Auseinandersetzungen, die mit dem 10-Tage-Krieg in Slowenien 1991 begannen und erst mit der Beilegung des albanischen Aufstands in Mazedonien im November 2001 ihr vorläufiges Ende fanden. In der medialen

Rezeption in Westeuropa überwiegt nach wie vor die Fokussierung auf den kroatischen Unabhängigkeitskrieg (1991-1995) und den Bosnienkrieg (1992-1995). Obwohl insbesondere für den Bosnienkrieg wechselnde Koalitionen kennzeichnend waren, wird der Hauptantagonismus immer noch zwischen serbischem und kroatischem Nationalismus verortet. Beide Nationalismen erscheinen dabei als spiegelbildliche Entsprechung des jeweils anderen.

Nationalistische Gebietsansprüche

Bestrebungen zur Zusammenführung möglichst aller Angehörigen einer bestimmten Ethnie in einem gemeinsamen Staatsgebilde durch die Erweiterung des bestehenden Staatsgebietes werden als Irredentismus bezeichnet. Irredentistische Ansprüche können aber auch historisch begründet werden. Dann wird argumentiert, dass der eigene Staat nicht nur Anspruch auf Gebiete habe, in denen Angehörige seines Staatsvolkes die Mehrheit stellen, sondern auch auf solche, die irgendwann im Laufe der Geschichte unter seiner Oberherrschaft standen. Derartige Vorstellungen kennzeichnen auch die Nationalismen in Kroatien und Serbien. So erhebt der serbische Nationalismus in seiner radikalsten Ausprägung Gebietsansprüche, welche neben Serbien das Kosovo, Montenegro, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina sowie in etwa Dreiviertel Kroatiens umfassen. Begründet wird dies zum einen mit der Zusammenfassung aller „serbisch“ besiedelten Länder, wobei davon ausgegangen wird, dass es sich bei Montenegrinern, Mazedonen, Bosniaken und einem Teil der Kroaten nicht um eigenständige Nationalitäten handelt. Wo sich die eigenständige Ethnizität nicht leugnen lässt – wie im Falle der Kosovo-Albaner – greift wiederum der historische Anspruch. So gilt das Kosovo als Keimzelle des mittelalterlichen serbischen Großreiches und muss allein schon deshalb dem Mutterland (wieder) angeschlossen werden.

Die Gebietsansprüche kroatischer Nationalisten sind nur unwesentlich bescheidener. Sie umfassen in jedem Fall mindestens den Anschluss der kroatisch besiedelten Gebiete Bosnien-Herzegowinas. Radikalere Konzeptionen „Großkroatiens“ sehen den Anschluss des gesamten bosnischen Staatsgebietes sowie von Teilen Serbiens und Montenegros vor.

„Völkergefängnis“ Jugoslawien

Beide Nationalismen eint die Ablehnung des „Jugoslawismus“ und die Verachtung für den ehemaligen jugoslawischen Staat. Sowohl serbische als auch kroatische Exilorganisationen prägten bereits kurze Zeit nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Formel von Jugoslawien als „Kerker der Völker“ (kroatisch: tamnica naroda). Dabei wird bereits der Zwang zum Zusammenleben mit anderen Nationalitäten in einem gemeinsamen Staat als Akt der Gewalt verstanden, der dem natürlichen Recht auf Eigenstaatlichkeit im Rahmen eines ethnisch weitestgehend homogenen Nationalstaates widerspreche. Entsprechend gilt insbesondere die Ära Tito-Jugoslawiens als Zeit der Unterdrückung, von der vorwiegend die jeweils eigene Ethnie betroffen gewesen sei.

Auf serbischer Seite fand diese Überzeugung bereits 1986 Ausdruck im sogenannten SANU-Memorandum. Darin beklagten Vertreter der serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (kurz: SANU), dass die serbische Nation durch die „antiserbische Doktrin“ des Titoismus gezielt geschwächt worden sei. Zudem attestierten sie eine „Diskriminierung der Serben in Kroatien“ sowie einen andauernden „Völkermord an den Serben im Kosovo“. Das SANU-Memorandum gilt als einer der Katalysatoren für den wiederauflebenden Nationalismus, der letztlich zum Zusammenbruch Jugoslawiens geführt hat.

Kroatische Nationalisten sehen das sozialistische Jugoslawien in einer Traditionslinie mit der serbisch dominierten jugoslawischen Königsdiktatur vor dem Zweiten Weltkrieg. Beiden jugoslawischen Staaten wird dabei die Absicht unterstellt, das kroatische Volk, wenn nicht auszurotten, so doch seiner kulturellen Eigenständigkeit zu berauben. Das sozialistische Jugoslawien wird daher auch mit Vorliebe als „serbo-kommunistisch“ charakterisiert, um zu verdeutlichen, dass sich – unabhängig vom politischen System – in jedem jugoslawischen Staatsgebilde letztlich nur serbische Hegemonialansprüche manifestierten.

Geschichte als Opfermythos

Das sozialistische Jugoslawien stellt dabei vor allem im Geschichtsbild des kroatischen Nationalismus



nur den Endpunkt einer Jahrhunderte währenden Fremdbestimmung dar. Ihr Beginn wird meist auf das Ende des mittelalterlichen kroatischen Königiums zu Beginn des 12. Jahrhunderts und der anschließenden Personalunion mit Ungarn datiert. Die 1991 erreichte Eigenstaatlichkeit erscheint aus dieser Perspektive als die Verwirklichung eines „tausendjährigen Traumes des kroatischen Volkes“, wie es der erste kroatische Staatspräsident Franjo Tuđman formulierte.

Ein ähnliches Narrativ pflegt die mythologisierende Geschichtsschreibung serbischer Nationalisten. Sie stellt allerdings die 500 Jahre währende Oberherrschaft des osmanischen Reiches in ihren Mittelpunkt. Die Unterdrückung des Serbentums durch „die Türken“ ist ein Motiv, das zuletzt in den 1990er Jahren aktualisiert wurde. Damals begründeten serbische Nationalisten die Ablehnung des bosnischen Staates damit, dass die Führung der muslimischen Bosniaken einen islamischen Staat anstrebe. Im Geschichtsverständnis serbischer Nationalisten steht der Krieg in Bosnien damit in der Tradition der serbischen Aufstände gegen die türkische Oberherrschaft im 19. Jahrhundert, die schließlich zur Unabhängigkeit führten. Die relativ späte Verwirklichung der Eigenstaatlichkeit gilt folglich sowohl kroatischen als auch serbischen Nationalisten als Resultat jahrhundertelanger Unterdrückung. Auch deshalb muss die mühsam errungene nationale Selbständigkeit nach wie vor gegen alle Ansprüche der ehemaligen Fremdherrscher verteidigt werden.

Leugnung der NS-Kollaboration

Einem durchgängigen Opfernarrativ steht allerdings auf beiden Seiten vor allem die Kollaboration mit Nazi-Deutschland und die Beteiligung an der Shoah entgegen. Nach der Zerschlagung des Königreichs Jugoslawien durch deutsche Truppen 1941 wurde in Zagreb mit deutscher und italienischer Unterstützung der „Unabhängige Staat Kroatien“ unter der Führerschaft der faschistischen Ustascha-Bewegung ausgerufen. Die Ustascha errichteten in der Folgezeit ein Terrorregime, das seine Vorstellung eines ethnisch homogenen kroatischen Staates durch die gezielte Vertreibung und Ermordung von Hunderttausenden Serben, Roma und Juden zu erreichen suchte. In Serbien wiederum installierte die Wehrmacht eine Marionetten-Regierung unter Premierminister Milan Nedić, die bereitwillig

mit den Nationalsozialisten kooperierte. Ein Ergebnis war, dass die Wehrmacht bereits 1942 Serbien für „judenrein“ erklären konnte.

In Kroatien erlebte die Relativierung der Ustascha bereits in den 1990ern einen vorläufigen Höhepunkt. Zwar verwahrte sich Staatsgründer Franjo Tuđman gegen eine allzu offene Glorifizierung, die er als schädlich im Ringen um die internationale Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Kroatiens erachtete. Gleichzeitig jedoch wurde der Ustascha-Staat zu einem ersten – wenn auch fehlgeleiteten – Ausdruck des Wunsches nach Eigenstaatlichkeit umgedeutet. Damit einher gingen die Relativierung der Opferzahlen in den Todeslagern sowie eine bewusste Gleichsetzung der Ausrottungspolitik der Ustascha mit den Nachkriegsverbrechen der kommunistischen Partisanen.

Symbole und Codes der Ustascha, etwa die Grußformel „Za dom spremni“ (Für die Heimat bereit), wurden zu dieser Zeit wieder gesellschaftsfähig. Die später in die kroatischen Streitkräfte integrierten paramilitärischen Einheiten der HOS-Miliz etwa sahen sich in der ideellen Nachfolge der Ustascha und verwendeten deren Symbolik. Da die HOS-Kämpfer in den Augen vieler Kroaten noch heute als Vaterlandsverteidiger gelten, erfährt auch die von ihnen verwendete Ustascha-Ikonografie eine indirekte Rehabilitierung als Ausdruck des Unabhängigkeitskampfes.

In Serbien wiederum begann bereits vor Ausbruch der Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina eine vollumfängliche Rehabilitierung der Tschetnik-Bewegung und insbesondere ihres Führers Dragoljub Mihailović. Die königstreuen Tschetniks hatten nach dem Einmarsch der Wehrmacht im Königreich Jugoslawien zunächst militärischen Widerstand gegen die Deutschen geleistet, später jedoch zunehmend mit ihnen gegen die von der kommunistischen Partei geführten Partisanen kooperiert und zahlreiche Kriegsverbrechen an der nicht-serbischen Zivilbevölkerung begangen. Mihailović wurde nach Kriegsende zum Tode verurteilt. In den 1990er Jahren bedienten sich vor allem serbische Freiwilligenverbände der Tschetnik-Symbolik. So erschienen durch die offene Bezugnahme auf die nationalistischen Bewegungen aus dem Zweiten Weltkrieg die Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina als dessen verspätete Fortsetzung – ganz im Sinne der beiden nationalistischen Geschichtsinterpretationen.

Fast ein Vierteljahrhundert nach Ende dieser Konflikte halten in Kroatien und Serbien die Versuche, die eigene faschistische Vergangenheit zu rehabilitieren, an. So sind in Kroatien in jüngster Zeit eine ganze Reihe von Publikationen erschienen, die den Umfang der Massenmorde der Ustascha stark relativieren. In Serbien wurde der Tschetnik-Führer Dragoljub Mihailović bereits 2015 posthum von einem Gericht rehabilitiert. Eine gerichtliche Rehabilitation Milan Nedićs hingegen scheiterte im Juli 2018.

Keine Berührungsgänge bei den Kirchen

Zusätzliche Legitimität erhalten der kroatische wie der serbische Nationalismus durch ihre Anlehnung an die katholische respektive die orthodoxe Kirche. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession ist eines der wenigen handfesten Distinktionsmerkmale zwischen Kroaten und Serben, die ansonsten zahlreiche kulturelle wie sprachliche Gemeinsamkeiten aufweisen. Entsprechend stark verstehen sich die kroatisch-katholische und die serbisch-orthodoxe Kirche als Trägerinnen ethnischer Identität – und oftmals auch als Hüterinnen nationaler Interessen. So waren aus den Reihen der serbisch-orthodoxen Kirche in den 1990ern Stimmen zu vernehmen, die eine Zusammenfassung aller serbisch besiedelten Gebiete in einem einzigen Staatswesen forderten. Das damalige Oberhaupt der orthodoxen Kirche, Patriarch Pavle, erklärte angesichts des sich abzeichnenden Zerfalls Jugoslawiens, dass die „Gebiete, auf denen das serbische Volk seit Jahrhunderten lebt“, nicht innerhalb eines „wie auch immer gearteten unabhängigen Kroatiens zurückbleiben“ dürften, sondern sich „vielmehr unter einem vereinigten Dach zusammen mit dem heutigen Serbien und allen serbischen Krajinas [Regionen]“ wiederfinden müssten. Eine Legitimierung großserbischer Ansprüche seitens der höchsten geistlichen Autorität des Landes.

Vertreter der kroatisch-katholischen Kirche unterstützten derweil nicht nur während des Bosnien-Krieges die Forderungen der dort lebenden Kroaten nach Abspaltung. Nach wie vor setzen sie sich immer wieder für die Einrichtung einer dritten, kroatischen Entität, also Teilrepublik ein, die das bereits stark fragmentierte Land zusätzlich destabilisieren würde.



Beide Kirchen zeigen bis heute keine Berührungsängste zu rechtsradikalen Gruppierungen. So unterstützten sowohl klerikale als auch nationalistische Gruppen in Kroatien Kampagnen gegen die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der Ehe oder gegen die Ratifizierung der Istanbuler Konvention zum Schutz von Frauen. In Serbien wiederum machte die orthodoxe Kirche im Schulterschluss mit Ultranationalisten Stimmung gegen LGBT-Aktivismus, insbesondere gegen die Belgrader Gay Pride, die mehrfach von Rechtsradikalen angegriffen wurde. Die katholische Kirche in Kroatien beteiligt sich zudem immer offener an der Relativierung der Ustascha-Verbrechen. So kommen in kircheneigenen Zeitungen immer wieder vermeintliche Experten zu Wort, die etwa anzweifeln, dass es sich beim größten Konzentrationslager des Ustascha-Regimes Jasenovac um ein Todeslager gehandelt habe. Veranstaltungen, bei denen derartige Thesen vertreten werden, finden in Kirchenräumen statt – auch in Deutschland.

Mainstreaming

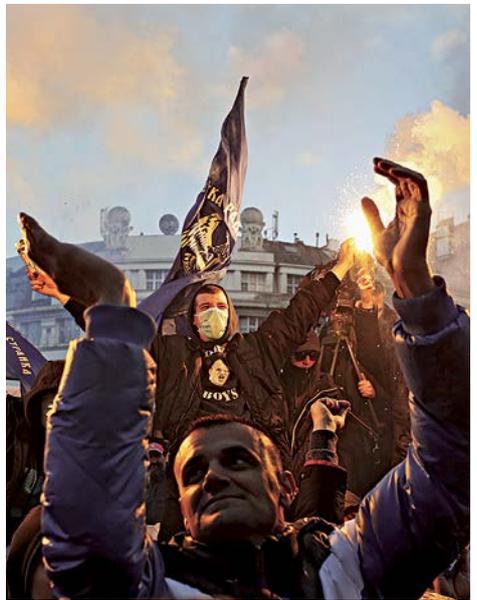
Die hier geschilderten Positionen serbischer und kroatischer Nationalisten bleiben nicht unwidersprochen. In beiden Ländern sind zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen aktiv, die sich offenem Rassismus, Anti-Modernismus und Geschichtsrevisionismus widersetzen. Dennoch sind nationalistische und rassistische Einstellungen sowohl in Kroatien als auch in Serbien bis weit in die gesellschaftliche Mitte anschlussfähig. So ist es in beiden Ländern üblich, dass rechtsradikalen Politikern und Publizisten in öffentlich-rechtlichen wie in privaten Medien ausgiebig Raum gegeben wird. Der Vorsitzende der Serbisch Radikalen Partei (SRS), Vojislav Šešelj, der vom UN-Kriegsverbrechertribunal wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu einer Haftstrafe von zehn Jahren verurteilt wurde, ist zum Beispiel gern gesehener Gast sowohl in politischen Talkshows als auch in Unterhaltungssendungen.

Tatsächlich spielen die Unterhaltungsindustrie und der Sport eine wesentliche Rolle bei der Normalisierung nationalistischer Positionen in beiden Ländern. Denn die nationalistische Mobilisierung der 1990er Jahre machte in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens auch vor der Kulturindustrie nicht halt. Dies zeigt sich überdeutlich in der Musikproduktion, die während

der Sezessionskriege zahlreiche „patriotische“ Lieder hervorbrachte – von der pathetischen Ode ans Vaterland bis hin zur Verherrlichung von Kriegsverbrechen. Einige erfolgreiche Interpreten von damals sind heute noch aktiv. Der wohl bekannteste ist der kroatische Sänger Marko Perković, besser bekannt unter seinem Künstlernamen „Thompson“. Perkovićs erstes Lied „Bojna Čavoglave“, in dem er den Kampf seiner Kompanie gegen die „Tschetniks“ besingt, wurde 1991, mitten im Kroatienkrieg, zum Hit – und begründete den Ruhm Thompsons als Idol der kroatischen Ultrarechten. Das Lied beginnt bezeichnenderweise dem Ustascha-Gruß „Za dom spremni“.

Bis heute ist Perković der erfolgreichste Musiker des Landes. Seine Konzerte ziehen in Kroatien und den hauptsächlich von Kroaten besiedelten Teilen Bosnien-Herzegowinas Tausende Besucher an. Zahlreiche Fotos zeigen Konzertbesucher mit Ustascha-Abzeichen, Uniformteilen oder mit erhobener rechter Hand. Derartig offene Bekenntnisse zum Ustascha-Faschismus sind bei Thompson-Konzerten allerdings deutlich zurückgegangen, seit Perković in mehreren europäischen Ländern Auftrittsverbote erteilt bekam. Anlass für diese Restriktionen war das Bekanntwerden einer Tonaufnahme, auf der Perković ein Ustascha-Lied singt, in dem die Opfer des Ustascha-Konzentrationslagers Jasenovac verhöhnt werden. Thompsons Einstellung war indes schon vorher bekannt. In den 1990er Jahren bekannte er sich gegenüber der kroatischen Presse ganz freimütig zu seiner Bewunderung für die Ustascha und in zahlreichen Texten spielt er auf die Ustascha an. Dennoch oder vielleicht gerade deshalb bleibt Thompson in Kroatien ein Superstar. Seine Lieder werden nicht nur im Radio und Fernsehen gespielt, sondern auch bei offiziellen Anlässen.

In Serbien wiederum gelten die 1990er Jahre als die Geburtsära des sogenannten Turbofolk, einer Musikrichtung, die ursprünglich als Mischung aus serbischer Volksmusik und westlichem Pop begann. Zu den erfolgreichsten Vertretern der Gattung gehört Svetlana Ražnatović, besser bekannt unter ihrem Künstlernamen „Ceca“. Die Musikerin heiratete 1995 einen der berüchtigtsten Kriegsverbrecher des Landes, Željko Ražnatović alias „Arkan“. Die Heirat des „serbischen Helden“ und der beliebten Sängerin wurde im Staatsfernsehen live übertragen. Nach der Ermordung ihres Ehemannes Anfang 2000 setzte Svetlana Ražnatović



ihre Karriere nahtlos fort. Auch Ceca füllt in Serbien und im europäischen Ausland große Hallen. Im Gegensatz zu Thompson jedoch sind ihre Texte nicht explizit politisch.

Anders verhält es sich bei Mirko Pajčin alias „Baja Mali Knindža“ (Baja, der kleine Knindža). Schon sein Künstlernaume nimmt direkt Bezug auf die Militäreinheit „Knindže“ der aufständischen Serben in Kroatien, der zahlreiche Kriegsverbrechen vorgeworfen werden. In teils vor vulgären Beleidigungen gegen Kroaten und Bosniaken strotzenden Liedern mit Titeln wie „Mein Vater ist ein Kriegsverbrecher“ vertritt Pajčin offen seine großserbische Ideologie. Auch ikonografisch lehnt er sich immer wieder an die Tschetnik-Bewegung an. Darüber hinaus ist er ein bekennender Unterstützer der rechtsextremen Serbischen Radikalen Partei. Auch Pajčin tritt wie Thompson oder Ceca regelmäßig im deutschsprachigen Raum auf.

Sport als Fortsetzung des Krieges

Die Verquickung von Sport und Nationalismus in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens wurde zuletzt bei der Fußballweltmeisterschaft 2018 in Russland deutlich. Serbische Fans etwa zeigten im Stadion Insignien der Tschetnik-Bewegung oder solidarisierten sich mit dem Kriegsverbrecher Ratko Mladić, der unter anderem für das Massaker von Srebrenica verantwortlich zeichnet. Die kroatische Nationalmannschaft machte indes Schlagzeilen, weil sie ihre Siege in der Mannschaftskabine mit Liedern von Thompson feierte. Der nationalistische Musiker durfte schließlich auch beim Triumphzug der Mannschaft nach ihrer Rückkehr nach Zagreb im Mannschaftsbus mitfahren. Ein Skandal, der international für Schlagzeilen sorgte.

Wie nah sich Nationalismus und Sport in Serbien und Kroatien stehen, war während der WM auch in Deutschland zu beobachten. In Stuttgart etwa, wo kroatische Gastwirte eine eigene Fan-Zone eingerichtet hatten, feierten vereinzelt Fans des kroatischen Teams die Siege ihrer Mannschaft mit einer Ustascha-Fahne. Ebenfalls in Stuttgart reagierten Fans der Serben auf eine Niederlage ihres Teams gegen die Schweiz – durch Tore der Schweizer Nationalspieler Granit Xhaka und Xherdan Shaqiri, deren Familien aus dem Kosovo stammen – mit menschenfeindlichen Sprechchören

wie „Töte! Schlachte! Auf dass der Albaner nicht mehr existiert“ oder „Töte den Kroaten, damit der Albaner keinen Bruder hat.“

Im deutschen Kontext

Die serbischen und kroatischen Diaspora-Gemeinschaften sind in Deutschland teilweise schon seit Jahrzehnten ansässig und verfügen über eigene Infrastrukturen, von Medien über Sportklubs bis hin zu Kulturvereinen. Eine wichtige Rolle nehmen insbesondere die muttersprachlichen Gemeinden der katholischen und orthodoxen Kirchen ein, die für viele Neuzuwanderer die erste Anlaufstation darstellen. Oberflächlich betrachtet sind die meisten Aktivitäten, die diese Vereine und Gemeinden anbieten, unpolitisch. Ein Eindruck, der täuscht. So können offen nationalistische Musiker wie Thompson oder Baja Mali Knindža meist ohne größeres mediales Echo in Deutschland auftreten. Kulturvereine laden regelmäßig nationalistische Autoren, Publizisten und Politiker ein. Da kroatische Vertreter linker oder progressiver Positionen in Deutschland fast ausschließlich außerhalb der Infrastruktur der Diaspora-Gemeinschaften auftreten – etwa auf Einladung deutscher NGOs – bleibt das in den Gemeinden und Vereinen abgebildete Meinungsspektrum in der Regel einseitig. Die muttersprachlichen kroatisch-katholischen Gemeinden in Deutschland tun sich dabei besonders hervor. Immer wieder bieten sie offen nationalistischer Agitation in ihren Gemeinderäumen eine Bühne. Rechtsradikale Politiker, wie der unabhängige Parlamentsabgeordnete Željko Glasnović, durften etwa Wahlkampfveranstaltungen in den Räumen kroatisch-katholischer Gemeinden machen. Der TV-Moderator Velimir Bujanec, der in den 1990ern Mitglied einer Ustascha-Nachfolgeorganisation war und seine Sendung regelmäßig für unverblümete Hetze gegen gesellschaftlich marginalisierte Gruppen und politisch Andersdenkende nutzt, darf nicht nur wiederholt kroatische Veranstaltungen moderieren, 2017 trat er bei den Jubiläumsfeierlichkeiten der kroatischen Gemeinde in Mainz sogar als Redner auf. In den sozialen Medien fallen zudem immer wieder einzelne Pfarrer der kroatischen Gemeinden mit offen nationalistischen Verlautbarungen auf. So bezeichnete etwa ein Seelsorger der kroatisch-katholischen Gemeinde in Offenbach dort wiederholt Vertreter der kroatischen Zivilgesellschaft als „verkaufte Seelen“ oder „Neokommunisten“.

deren Ziel die Vernichtung des kroatischen Volkes sei. Derselbe Pfarrer empfing in seiner Gemeinde diverse nationalistische Politiker und Publizisten, darunter den bereits erwähnten Velimir Bujanec.

Ein besonders eklatantes Beispiel für die Verbreitung nationalistischer und offen geschichtsrevisio-nistischer Narrative lieferten die kroatischen Gemeinden im Frühjahr 2016. Damals wurde der Film „Jasenovac – die Wahrheit“ in beinahe allen größeren Gemeindezentren in Deutschland gezeigt. Der Pseudo-Dokumentationsfilm des Regisseurs Jakov Sedlar verharmlost die Verbrechen des Ustascha-Regimes, indem er das Vernichtungslager Jasenovac zu einem reinen Arbeitslager umdefiniert. Gezeigt wurde der Film unter anderem in den kroatisch-katholischen Gemeinden in Berlin, Stuttgart, Frankfurt, Offenbach und Darmstadt. All diese Veranstaltungen waren zuvor sowohl in den sozialen Netzwerken als auch in Medien, die in Deutschland veröffentlicht werden, sich aber an die kroatische Gemeinschaft richten – etwa das in Frankfurt erscheinende Monatsmagazin „Fenix“ – angekündigt. Die Vorführungen waren also alles andere als klandestine Veranstaltungen. Der Premiere von „Jasenovac – die Wahrheit“ wohnten unter anderem Vertreter der kroatischen Botschaft sowie Nikola Eterović, der päpstliche Nuntius in Deutschland, bei. Moderiert wurde die Veranstaltung von Mijo Marić, dem ehemaligen Vorsitzenden des Weltkongresses der Kroaten in Deutschland. Noch 2012 hatte Marić als Vertreter des Weltkongresses am fünften Integrationsgipfel der Bundesregierung teilgenommen und zusammen mit Bundeskanzlerin Merkel den „Nationalen Aktionsplan Integration“ vorgestellt. Mediale Beachtung fanden diese Vorgänge kaum. Lediglich die Frankfurter Rundschau und die linke Wochenzeitung Jungle World berichteten. Eine Reaktion der katholischen Kirche in Deutschland blieb aus.

Kontroverse Debatten fehlen

Nationalistische und menschenfeindliche Einstellungen sind in allen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens nach wie vor virulent und gehören zum „Raum des Sagbaren“, der derzeit auch in Westeuropa deutlich nach rechts erweitert wird. Die aktuellen politischen Diskurse in den Herkunftsländern finden natürlich auch in den kroatischen und serbischen Com-

munitys in Deutschland ihren Widerhall. Allerdings wäre es falsch, die Diaspora-Gemeinschaften als Abbild ihrer Herkunftsgesellschaften zu begreifen. Vor allem auf institutioneller Ebene – in den Vereinen, Kulturge-sellschaften und Kirchen – sind konservative bis nation-alistische Kräfte dominierend. Kontroverse Debatten, wie sie in Serbien oder Kroatien durchaus geführt werden, finden in den Diasporagemeinden nicht statt. Wie weit sich diese Einseitigkeit in der politischen Einstellung insbesondere der in Deutschland geborenen Nachkommen serbischer und kroatischer Migrantinnen und Migranten niederschlägt, ist nicht erforscht. Bedenklich jedoch bleibt, dass hier von gesellschaftlich relevanten Akteuren nationalistische Narrative mit größter Selbstverständlichkeit reproduziert werden, ohne dass die deutsche Mehrheitsgesellschaft davon auch nur Notiz nehmen, geschweige denn Einspruch erheben würde. Bei anderen migrantischen Gemein-schaften zeigt die deutsche Öffentlichkeit deutlich mehr Interesse. Sei es bei der Agitation islamistischer Hassprediger, der offenen Pro-Erdoğan-Propaganda in den türkischen Ditib-Gemeinden oder der Bewun-derung für die autoritäre Herrschaft Wladimir Putins unter Spätaussiedlern und russischen Zuwanderern. Obwohl sich Argumentations- und Agitationsmuster ähneln und ein nicht unbeachtliches Zielpublikum adressiert wird, scheinen serbischer und kroatischer Nationalismus nicht weiter beachtenswert.

Einer der Gründe dafür dürfte sein, dass die Nationa-lismen in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens als nicht oder zumindest weniger bedrohlich empfunden werden. Während etwa der Nationalismus russischstämmiger Zuwanderer unweigerlich mit den geostrategischen Ambi-tionen Russlands verknüpft wird, die als Gefahr für die Interessen des Westens wahrgenommen werden, fehlt ein solches äußeres Bedrohungspotenzial bei serbischen und kroatischen Nationalismen. Oftmals wird der „etwas übertriebene“ Nationalstolz dieser Gemeinschaften als „Folklore“ oder „kulturelle Eigenart“ abgetan, die eher belächelt als ernsthaft kritisiert gehört. Übersehen oder ignoriert wird dabei, dass die nationalistischen Narrative dabei durchsetzt sind von anti-modernistischen und anti-emanzipativen Vorstellungen, die durch die Insti-tutionen der Diaspora-Gemeinschaften weitergegeben werden – und zwar an Menschen, die in Deutschland leben und das gesellschaftliche Klima hier mitprägen.

Danijel Majic



Türkischer Ultranationalismus in Deutschland

Ankara im Winter 2018/2019. Es ist kalt, grauer Dunst hängt über der Stadt. Unwirklich leuchten und blinken übergroße Plakate. Sie zeigen den Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und seine AKP, die „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“. Auf anderen Motiven schauen Erdoğan und der Vorsitzende der rechtsextremen MHP, Devlet Bahçeli, händeschüttelnd von gigantischen Plakaten auf die Stadt herab. AKP und MHP stimmen sich mit diesen Plakaten auf die Kommunalwahlen ein, die im Mai stattfinden. Die ultranationalistische MHP (die „Partei der Nationalistischen Bewegung“) ist im Zentrum der Macht angekommen, seit Juli 2018 ist sie als Koalitionspartner der AKP Teil der Regierung.

Die Menschen in der Stadt sind misstrauisch geworden. Sie sind verunsichert, mit wem sie offen reden können. Sogar in den eigenen Wohnungen beginnen die Menschen, sich unsicher umzusehen und sich auf die Mobiltelefone hinzuweisen. Offen sprechen eigentlich nur noch kleine Kinder, zum Beispiel die hier auf dem Marktplatz: Sie plappern gut gelaunt über Erdoğan, sie nennen ihn wechselweise ihren „Lider“ oder „Baş Bakan“ – ihren „Führer“. All die Themen, die die Menschen bewegen – die steigende Arbeitslosigkeit, der Absturz der türkischen Lira, die explodierenden Kosten für Nahrungsmittel – finden sich in der Berichterstattung nicht wieder. Berichtet wird über alles Mögliche, aber nicht über die wirtschaftliche Situation der Türkei, nicht über die Folgen der Entlassungen in staatlichen Institutionen. Stattdessen wird die Stärke des Landes beschworen. In Fernsehserien geht es um Männlichkeit und Märtyrertum – ob im Osmanischen Reich, unter dem Kriegerfürsten Ertuğrul oder unter Soldaten heute. In ihnen wird wohl dosiert Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus serviert und Stimmung gegen Kurden und Geflüchtete gemacht.

Gleichzeitig vermehren sich rechtsextreme Parolen an den Wänden und die Tags mit den Symbolen der Grauen Wölfe und der Ülkücü-Bewegung. „Ülkücü“ bedeutet soviel wie Idealismus, der Graue Wolf ist ihr Symbol. An vielen öffentlichen Plätzen, über Boulevards und an Hochhäusern sind zehn, zwanzig Meter lange MHP-Fahnen entrollt und dominieren das Stadtbild. Männer mit Schnauzbärten in Form der Mondichel haben in den Kommunen das Sagen. Die Buchläden sind voll mit Büchern über „Turan“, den Sehnsuchtsort türkischer Großmachtphantasien, ebenso mit Büchern über das Manifest der Ülkücü-Bewegung und deren Helden. Ergänzt werden diese Angebote von Erzählungen über das Opferdasein der Türk*innen, aus der sich der Hass gegen den Kommunismus, die USA, Israel oder aber den Westen allgemein speist.

Zurück in Deutschland. Auch hier ist die MHP aktiv. Die türkischen Nationalist*innen buhlen seit Jahren erfolgreich um die Wähler*innenstimmen der „Europatürken“. Für die MHP, die sich selbst als Partei der Bewegung definiert, sind die Auslandstürk*innen wichtig. Natürlich rechnet auch die MHP nicht damit, dass die Deutsch-Türken wieder in die Türkei zurückkehren werden. Dennoch arbeitet sie am Ausbau der sogenannten Idealistenvereine, den Türk-Ülkücü-Strukturen. Denn solange diese in Deutschland, Europa oder eben auf der ganzen Welt anwachsen und an einer völkischen Gemeinschaft (Birlik) und an ihrem Idealismus arbeiten, so die nicht unberechtigte Hoffnung der MHP- und Ülkücü-Politiker*innen, wird ihre Macht nicht nur in der Türkei wachsen.

Zur Ideologie der Ülküçülük gehört die Vorstellung des Panturkismus und Turkismus. Das bedeutet, dass alle Türk*innen weltweit eine gemeinsame Kultur be-

sitzen und sozial wie emotional zusammengehören. Nach Ansicht der Ülkücüs sollen sie alle zusammengeführt werden. Das bedeutet „Birlik“, auf deutsch „Einheit“. Dass die türkische Ülkücü-Bewegung dabei systematisch vorzugehen hat, ist selbstredend und von ihrem 1997 verstorbenen Führer Alparslan Türkeş (MHP) nicht zuletzt in der „Neun-Lichter-Doktrin“ vorgegeben. Geknüpft an die imaginierte Verwandtschaft mit anderen Menschen mit ähnlicher Sprache, Geschichte, Literatur, Kunst, Sitten, Bräuche oder Traditionen, bestehe zwischen den „Turkvölkern“ eine starke Gemeinschaft.

Der Panturkismus findet seine Anhänger nicht nur in der Türkei, sondern zunehmend auch in Ungarn. Dort betreibt András Bíró Schädeluntersuchungen, die eine Verwandtschaft der Turkvölker belegen sollen – die kulturelle Ähnlichkeit soll sich also in der biologischen spiegeln. Auch der Vorsitzende der rechtsextremen ungarischen Jobbik-Partei, Gábor Vona, geriert sich als Atilias Enkel und ist mit den Turanisten aus der Türkei verbunden – mit dem Slogan „Auch wir sind Atilias Enkel“ und dem Wolfsgruß der Grauen Wölfe. Strategisch, so Vona, sei es für Ungarn wichtig, gegen die Schwäche des Westens Gemeinsamkeiten mit der Türkei und Russland zu suchen.

Was machen diese turkistischen und panturkistischen Erzählungen mit jungen Menschen in Deutschland, die einerseits solchen Konstruktionen über ihre Identität ausgesetzt sind und andererseits von der deutschen Gesellschaft, in die sie hineingeboren wurden, ausgegrenzt werden? Die gleichzeitig von ihren Eltern, in den Vereinen oder den Sozialen Medien erzählt bekommen, dass sie ausgegrenzt werden und eine apriorische Identität hätten? Dass das Türke-Sein für die Identität wichtiger sei als alles andere?

Alia Sembol

Die Ideologie der Grauen Wölfe

Weder die Identitären noch die NPD sind die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland. Es sind die Grauen Wölfe. Die extrem rechte türkisch-nationalistische Bewegung ist in Deutschland unter anderem in hunderten lokalen Vereinen sowie in Dachverbänden wie der Türk Federasyon, ATIB oder ATB organisiert. Mit

schätzungsweise mehr als 18.000 Mitgliedern hat sie aktuell vier Mal mehr Mitglieder als die NPD.¹

In der Türkei besteht diese ultranationalistische, rassistische und extrem rechte Bewegung seit über fünf Jahrzehnten. Sie nennen sich selbst „Ülkücü“-Anhänger – das Wort „Ülkücü“ bedeutet so viel wie „Idealismus“. Ihr Symbol, der „Graue Wolf“ (Bozkurt), stammt aus einem alttürkischen Mythos und soll Stärke, Militanz und Aggressivität der Bewegung symbolisieren. Sie propagiert einen „ethnischen Nationalismus“, ihr Ideal ist „Turan“, ein großtürkisches Reich, sowie die Eliminierung der politischen Gegner. Die „Grauen Wölfe“ überhöhen die türkische Nation und betonen vermeintlich islamische Werte.

In der „Ülkücü“-Bewegung kann man zwei Hauptströmungen unterscheiden: die um die „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP – Milliyetçi Hareket Partisi) sowie die rund um die „Große Einheitspartei“ (BBP – Büyük Birlik Partisi). Beide Strömungen sind in der Türkei ebenso wie in Europa jeweils durch eigene Massenorganisationen und eine Vielzahl an Vereinen und Moscheegemeinden vertreten. Die MHP ist eine extrem nationalistische Partei, die zugleich auch das größte Sammelbecken der rechtsextremistischen Bewegung in der Türkei darstellt. Ihre Jugendorganisation „Ülkücü Gençlik“, was so viel bedeutet wie „idealistische Jugend“, ist auch in Deutschland aktiv. Eine neue Abspaltung aus der MHP ist die „Gute Partei“ (İYİ Parti), deren Vorsitzende Meral Akşener einen neuen rechtspopulistischen Kurs nach dem Vorbild von Marine Le Pen eingeschlagen hat.

Die Ideologie und Gesinnung der Grauen Wölfe stützt sich auf ein Konglomerat verschiedener Diskurse und Grundpfeiler. Dazu zählen neben Rassismus auch Sexismus, Homophobie, Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen sowie Autoritarismus, Führerkult und Gewaltakzeptanz. Autoritäre Strukturen und unhinterfragbare Gefolgschaft spielen bei den Grauen Wölfen wie bei der MHP eine wichtige Rolle. Parteigründer Türkeş wird auch lange nach seinem Tod als „Führer“ (Başbuğ) verehrt. Sein Foto hängt in allen Lokalitäten der Grauen Wölfe oder wird auf Großveranstaltungen gezeigt. Ebenso ist die Biografie von Türkeş auf sämtlichen Homepages der Bewegung zu finden. Seine Prinzipien werden von der Anhängerschaft der Grauen Wölfe wie ein Befehl

befolgt. Den Ausgangspunkt der politischen Ideologie der türkischen Rechtsextremisten bildet der vermeintliche „idealistische Nationalismus“. Dieser beinhaltet einen starken Nationalismus und Rassismus gegenüber allen (im ethnischen Sinne) nicht-türkischen Bevölkerungsteilen.

Auch wenn innerhalb der Grauen Wölfe aus taktischen Gründen eine offen rassistische Position häufig gezeugnet wird, stellt der Rassismus dennoch einen zentralen Pfeiler der MHP-Ideologie dar. Er richtet sich vor allem gegen Armenier, Kurden und Juden. Nihal Atsız, ein Vordenker der Grauen Wölfe, hat die wichtigsten Elemente des Turkismus vor mehr als 60 Jahren so formuliert: „Ein Türke glaubt an die Überlegenheit der türkischen Rasse, schätzt deren nationale Vergangenheit und ist bereit, sich für die Ideale des Türkentums zu opfern.“² Nicht zuletzt zeigt sich der Rassismus von MHP und Grauen Wölfen auch in der kurdenfeindlichen Positionierung. So etwa in dieser Drohung von Alparslan Türkeş: „Wenn ihr Kurden weiterhin eure primitive Sprache sprecht (...), werdet ihr von den Türken auf die gleiche Weise ausgerottet, wie man schon Georgier, die Armenier und die Griechen [auf türkischem Boden] bis auf die Wurzeln ausgerottet hat.“³

Im Zentrum der MHP-Politik steht die sogenannte Neun-Strahlen-Doktrin von Alparslan Türkeş. In dieser verbindet er einen übersteigerten, extremen Nationalismus mit islamischer Frömmigkeit. Die neun Eckpunkte der MHP-Ideologie sind laut Türkeş: Nationalismus, Idealismus, Ehrgefühl, Soziabilität, Wissenschaft, Einheit, Bauernschaft, Freiheit und Selbstständigkeit. Das Wichtigste an der Neun-Strahlen-Doktrin ist jedoch weniger ihr Inhalt, sondern vielmehr dass durch sie Türkeş' Autorität als Ideologiestifter auf Dauer begründet wurde. Die Politikwissenschaftler Karl Binswanger und Fethi Sipahioğlu stellen in diesem Sinne fest, dass „Diktion und Inhalt (...) an Hitlers ‚Mein Kampf‘ erinnern“.⁴

Zwar steht ein „idealistischer“ türkischer Nationalismus im Zentrum der MHP-Ideologie, doch auch dem Islam wird eine relativ starke Bedeutung zugeschrieben. Im Laufe der Geschichte der MHP wurde der Islam dabei in verschiedenen Phasen unterschiedlich akzentuiert. Häufig diente und dient die Bezugnahme auf den Islam im Rahmen des gesellschaftlichen Diskurses als



Gegenpol zum Einfluss säkularer, liberaler und meist pluralistischer Ideen, wie etwa Minderheitenrechte und Gleichstellung. Die MHP hat damit einen aktiven Beitrag dazu geleistet, dass die „Türkisch-Islamische Synthese“, wie Politologen sie bezeichnen,⁵ zu einem Kernideologem des türkischen Rechtsnationalismus⁴ geworden ist. Der zentrale Inhalt dieser Synthese ist die Vorstellung der Untrennbarkeit von türkisch-nationalen und islamischen Bestandteilen in der türkischen Geschichte. Zugleich hilft die Betonung des Islam durch die MHP dabei, breitere islamisch geprägte Bevölkerungsgruppen stärker beeinflussen und leichter rekrutieren zu können. Dies gilt derzeit nicht allein für die MHP, sondern für alle konservativ-nationalistischen Parteien und islamischen Bewegungen in der Türkei.

Das „Europäische Türkentum“

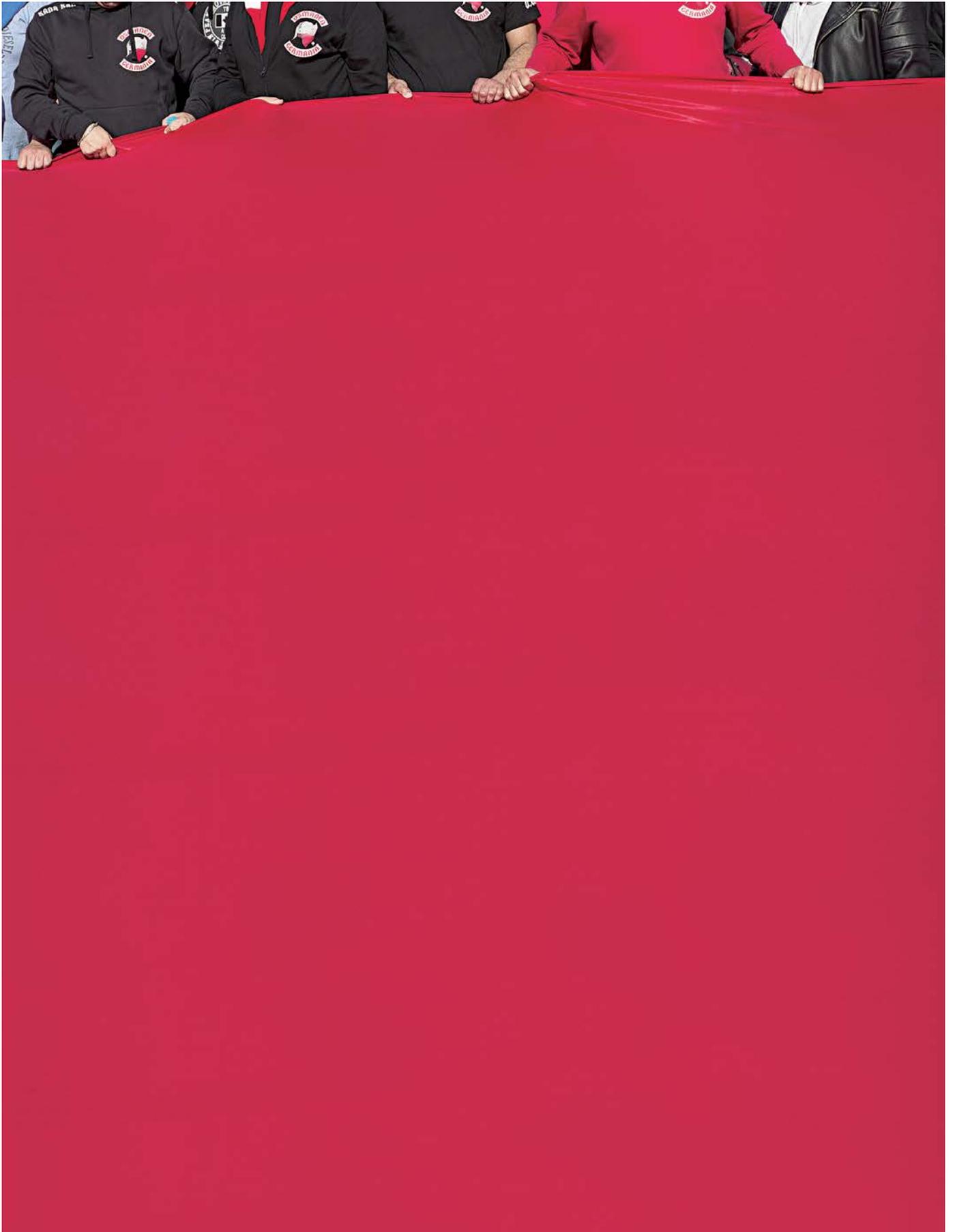
Im Zuge der polarisierenden migrationspolitischen Debatten der 1990er Jahre in Deutschland prägte der damalige MHP-Vorsitzende Türkeş 1995 auf einer Jahreshauptversammlung der Türk Federasyon in Essen den Begriff des „Europäischen Türkentums“ (Avrupa Türklüğü) als Sammelbegriff für die türkisch-nationalistische Identität von Anhängern außerhalb der Türkei. Damit sind türkeistämmige Menschen gemeint, die zwar ihren Lebensmittelpunkt in (West-)Europa haben, aber dennoch die türkisch-nationalistische Identität weiterverbreiten sollen. Dieser Logik entspricht auch der Slogan „Werde Deutscher, bleibe Türke!“, mit dem fast alle türkisch-rechtsextremistischen Organisationen in Deutschland ihre Mitglieder auffordern, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben und diese dann für angeblich türkisch-nationale Interessen und die Bildung einer starken türkisch-nationalistischen Lobby in Deutschland zu nutzen. In erster Linie geht es dabei um die Rekrutierung türkischsprachiger Jugendlicher der dritten oder vierten Einwanderer-Generation, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, aber häufig in Identitätsschwierigkeiten stecken. Sie sollen politisiert und für die türkisch-rechtsextremen Organisationsstrukturen mobilisiert werden.

Bereits mit der sogenannten Gastarbeiter-Einwanderung in den 1960er und 1970er Jahren wurde in der Bundesrepublik eine Vielzahl türkisch-rechtsextremer Vereine gegründet. Viele von ihnen schlossen sich 1978 im Dachverband ADÜTDF (Türkische Föderation der

Idealistenvereine in Deutschland, heute bekannt als Türk Federasyon) zusammen. Die Türk Federasyon ist als eingetragener Verein juristisch selbstständig, inhaltlich und ideologisch aber kann sie als Tochterorganisation der MHP bezeichnet werden. Ähnlich der Türk Federasyon gibt es Dachverbände für MHP-Anhänger in mehreren westeuropäischen Ländern (etwa in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Österreich oder in der Schweiz), aber auch in Australien und den USA. Im Zuge interner Auseinandersetzungen spalteten sich von der Türk Federasyon die ATB (Europäisch-Türkische Union) und die ATIB (Türkisch Islamische Union Europa) ab, die sich mehr als islamisch orientierter Flügel der Szene der Grauen Wölfe verstehen. Bundesweit unterhalten Türk Federasyon, ATIB und ATB zusammen rund 300 lokale Vereine und Zweigstellen⁶ mit geschätzt mehr als 18.000 Mitgliedern.⁷

Die Türk Federasyon ist sehr hierarchisch aufgebaut. Laut Satzung gehört zu den Organen des Vereins neben Vorstand und Aufsichtsrat auch ein „Disziplinartrat“, der Verstöße gegen die Prinzipien des Verbandes ahnden soll. Seinen Mitgliedsvereinen setzt die Türk Federasyon strenge Regeln: Beispielsweise haben sie die ausdrückliche Vorgabe, „Entscheidungen der Föderationsorgane zu verwirklichen“, einen zentral festgelegten Teil der eigenen Einnahmen abzuführen und vom Dachverband „nicht befürwortete Aktivitäten zu unterlassen“.⁸ Sie haben die Bundesrepublik in mehr als zehn Regionalverbände unterteilt. Manche beinhalten mehrere Bundesländer, Bundesländer mit einer hohen Zahl von Mitgliedsvereinen (zum Beispiel Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen) sind wiederum in bis zu drei Regionalverbände unterteilt. Die Namen der lokalen Mitgliedsorganisationen lassen bisweilen auf die Zugehörigkeit zur Szene der Grauen Wölfe schließen, beispielsweise wenn sie „Türkischer Idealistenverein [Ortsname] e.V. heißen“. Häufig klingen die Namen aber auch völlig unpolitisch, etwa „Türkisch-Deutscher Freundschaftsverein“, „Türkisches Kulturzentrum“ oder „Verein türkischer Arbeitnehmer“.⁹

Ein Grund für den Erfolg der drei Dachverbände ist, dass sich ihre lokalen Mitgliedsvereine zumeist als türkische Selbsthilfeorganisationen und Moscheegemeinden etablieren konnten. So haben Türk Federasyon, ATIB und ATB Einfluss auf zahlreiche Kultur- und Elternvereine, Unternehmerverbände, Jugendgrup-



pen, Fußballclubs und Moscheen – und damit auf das soziale Leben vieler türkeistämmiger Menschen. Ebenso wirken sie mit in Integrationsräten,¹⁰ teilweise treten sie hier auch in Bündnislisten mit islamischen Vereinigungen auf. Zudem gibt es Bestrebungen von Funktionären und Anhängern der Grauen Wölfe, in deutsche Parteien einzutreten und aktiv mitzuarbeiten, um ihre ideologisch-politischen Inhalte an dieser Stelle zu vertreten.¹¹ Bereits im Oktober 2004 wies der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz darauf hin, dass die Grauen Wölfe „zur Entstehung einer Parallelgesellschaft in Europa“ beitragen und somit „ein Hindernis für die Integration der türkischstämmigen Bevölkerung“ darstellen.¹²

Alparslan Türkeş' Konzept des „Europäischen Türkentums“ wird auch in Deutschland von der Türk Federasyon aktiv propagiert: „Wir kämpfen für den Erhalt der nationalen und ideellen Werte der hiesigen türkischen Volksgemeinschaft und deren Weitergabe an die nachfolgenden Generationen“, sagte der damalige Vorsitzende Şentürk Doğruyol 2009 auf einem Kongress der ADÜTDF. Auch nach Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft hätten eingebürgerte Türken „doch türkische Wurzeln und sind ehrenvolle Angehörige des großen türkischen Volkes. (...) Wir europäischen Türken tragen den türkischen Ausweis mit Stolz und werden ihn auch weiterhin mit Stolz tragen.“¹³

Auf den gescheiterten Putsch vom Juli 2016 hat die Erdoğan-Regierung mit der Wiederbelebung ihrer Repressionspolitik in den kurdischen Regionen und mit einer regelrechten Hetzjagd auf tatsächliche oder vermeintliche Kritiker reagiert, beispielsweise auf – wiederum tatsächliche oder vermeintliche – Anhänger der sogenannten Gülen-Bewegung, die von der türkischen Regierung für den Putschversuch verantwortlich gemacht wird. Diese Mobilisierung und die innertürkische Polarisierung hat zu einem verstärkten Auftreten der Grauen Wölfe geführt: Beispielsweise folgten am 31. Juli 2016 in Köln tausende Menschen einem Demonstrationsaufruf von Erdoğan und anderen AKP-Politikern, darunter zahlreiche, an Fahnen und Symbolen der Bewegung erkennbare Anhänger der Grauen Wölfe. Auf einer Pro-Erdoğan-Demonstration in München zeigten Teilnehmer den sogenannten Wolfsgruß.¹⁴ In Berlin, Hamburg, Stuttgart, Gelsenkirchen und anderen Städten erfolgten gewaltsame Angriffe auf kurdische Einrichtungen und Gülen-nahe Bildungsvereine,

die türkeistämmigen Ultranationalisten zugeordnet wurden.¹⁵ Im März 2017 kam es in Hamburg zu einem besonders bemerkenswerten Zwischenfall: Während einer Rede des türkischen Außenministers Mevlüt Çavuşoğlu auf dem Gelände des Generalkonsulats erhoben zahlreiche Zuhörer ebenso wie Çavuşoğlu selbst den rechten Arm zum Wolfsgruß.¹⁶

Doch nicht erst seit dem Putsch vertreten Anhänger der Grauen Wölfe die nationalistische Politik der türkischen Regierung in Deutschland auch auf martialische Weise. Am 26. März 2016 rief in Duisburg der türkisch-rechtsnationalistische Rocker- und Boxclub „Turan e.V.“ (der die großtürkisch-turanistische Zielstellung bereits im Namen führt) zu einer Demonstration unter dem Motto „Wir unterstützen den Anti-Terrorkampf der türkischen Sicherheitsbehörden“ auf, an der sich über 350 Personen beteiligten.¹⁷ Und als der Bundestag 2016 eine Resolution zum Völkermord der jungtürkischen Regierung an den Armeniern verabschiedete, wurden zahlreiche Befürworter dieser Resolution unter anderem von türkischen Nationalisten bedroht.¹⁸ Knapp ein Dutzend Bundestagsabgeordnete wurden daraufhin unter Polizeischutz gestellt¹⁹ – wie ernst diese Drohungen aus dem Spektrum der Grauen Wölfe zu nehmen sind, zeigen nicht zuletzt mehrere Anschläge, die von ihren Anhängern in den 1970er und 1980er Jahren in Deutschland verübt wurden.

Ultranationalistische Rockerclubs

Eine neue Organisationsform innerhalb von Jugendgruppen bilden türkische ultranationalistische Rockerclubs, die in den letzten Jahren vermehrt für Öffentlichkeit gesorgt haben. Der inzwischen durch das Innenministerium verbotene Boxclub „Osmanen Germania“ hatte sich 2015 in Deutschland als türkisch-nationalistische Rockergruppe gegründet, deren Name eine Assoziation zwischen Nation und Macht herstellte. In ihren Internetbotschaften ging es größtenteils um Macht, Blut, Nation, Ehre und Gewalt. Nach eigenen Angaben verfügten sie in Deutschland über circa 2.500 (weltweit 3.500) Mitglieder. Bekannt war, dass die Anhänger der Osmanen Germania auch als Ordner auf Demonstrationen der Grauen Wölfe ebenso wie auf Pro-Erdoğan-Demonstrationen aufgetreten sind. Diese Gruppe orientiert sich an der Tradition der „Osmanlı Ocakları“ in der Türkei, die auch teilweise bewaffnet

sind und nationalistisch-islamische Einstellungen vertreten. Öffentlich bekannt wurde, dass sich die Spitze der Osmanen Germania auch mit AKP-Politikern getroffen hatte. Die Osmanen Germania, die bundesweit über zahlreiche Ortsgruppen verfügten, wurden mehrere Jahre vom Verfassungsschutz beobachtet, außerdem kam es zu zahlreichen Razzien gegen den Rockerclub in Hessen, Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern. 2016 nahm die Polizei in Hessen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland zahlreiche Anhänger, darunter auch den Vizepräsidenten, fest. Da von den Osmanen Germania eine „schwerwiegende Gefährdung“ ausgehe, hat Innenminister Horst Seehofer im Juli 2018 den Box- und Rockerclub verboten und ihm jede Tätigkeit untersagt.

Der insbesondere im bayrischen Raum aktive Motorrad-Rockerclub „Turkos MC“ ist eine weitere Rockergruppe, die dem Umfeld der Grauen Wölfe zuzurechnen ist. Die drei halben Monde, die den Rockerclub kennzeichnen, erinnern an das Parteiabzeichen der MHP. Am 19. Oktober 2014 rief der ultranationalistische Rockerclub, der sich maßgeblich aus Unterstützern der rechtsextremen Grauen Wölfe und des berüchtigten Rockerclubs Hells Angels zusammensetzt, zu einem Großaufmarsch in der bayerischen Landeshauptstadt auf. Alleine auf der offiziellen Facebook-Seite der Veranstaltung meldeten rasch ca. 1.000 Personen ihre Teilnahme an. In München wurde eine Machtdemonstration mit Motorrädern initiiert und Fahnen mit dem Grauen Wolf ebenso wie türkische Nationalfahnen geschwungen.

Die Rockergruppe „TURAN e.V.“ steht ideologisch ebenso der rechtsextremen MHP nahe und ist bundesweit vernetzt. Diese Gruppe ist seit 2015 aktiv und hat ihren Aktivitätsschwerpunkt insbesondere in Nordrhein-Westfalen. Auch Rockerclubs wie die „Gremium MC Nomads Bosphorus Türkiye“ agieren im Sinne der (ultra-)nationalistischen Mobilisierung.

Ideologische Verwandte

Der Rassismus deutscher Rechtsextremisten und die Zunahme rassistisch motivierter Gewalt ab Ende der 1970er Jahre brachten die türkeistämmigen Rechtsextremisten in eine widersprüchliche Lage: Bei ihren gewalttätigen Aktionen gegen türkische oder kurdische





Linke in Deutschland verstanden sie die hiesigen Neonazis als Verbündete und fühlten sich von der allgemeinen antikommunistischen Stimmung der 1970er und 1980er Jahre in der Bundesrepublik bestärkt.²⁰ Aufgrund dieser ideologischen Verwandtschaft fiel es militanten Grauen Wölfen schwer, gegen fremden- bzw. türkenfeindliche Aktionen der deutschen Rechtsextremisten eine klare Position zu entwickeln.

In einem Rundschreiben von 1977 betonte Alparslan Türkeş die ideologische Nähe von MHP und NPD sogar ausdrücklich: „... um die vorgesehenen Ziele zu erreichen, sind unbedingt die Aktionseinheit unserer Partei und der NPD sowie deren Erfahrung und Arbeitsmethoden auszunutzen“.²¹ Umgekehrt bekundeten deutsche Neonazis offene Sympathie: So gab Michael Kühnen von der militanten „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) 1978 in einem Interview bekannt: „Die Grauen Wölfe sind praktisch eine Art Entsprechung, wenn auch auf der nationalen Tradition in der Türkei, und wir haben große Sympathie für ihre Zielsetzung.“²² Diese wechselseitige Wertschätzung hält bereits seit Jahrzehnten an. Der damalige NPD-Landeschef von Hessen, Jörg Krebs, fand 2009 lobende Worte für die MHP: „Bei den jüngsten Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 schaffte es die einzige ernstzunehmende nationale türkische Partei – die uns deutschen natio-

nen Aktivisten sehr wohl bekannte – MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung – Graue Wölfe) mit atemberaubenden 14,29 Prozent zurück ins türkische Parlament. 70 MHP-Abgeordnete vertreten nunmehr konsequent eine Politik, die sich in erster Linie an den Interessen des eigenen Volkes orientiert und die daher einen Beitritt der Türkei zum ‚Melting Pot‘ EU kategorisch ablehnt. Damit ist die MHP natürliche Verbündete aller national denkenden Deutschen, die einen EU-Beitritt der Türkei ebenfalls ablehnen. Dieses gilt es aus meiner persönlichen Sicht in Zukunft auch im Hinblick auf den Umgang mit nationalistischen Türken in der Bundesrepublik viel stärker zu bedenken. (...) Denn ein Grundsatz gilt heute mehr denn je: ‚Der Feind meines Feindes ist mein Freund‘.“²³

Doch trotz dieser teils großen ideologischen Verbindung kam es bisher kaum zu wahrnehmbaren, tatsächlichen Kooperationen zwischen deutschen Rechtsextremen und Grauen Wölfen. Ereignisse wie in Nürnberg dürften deshalb eher die Ausnahme bleiben: Dort demonstrierten im April 2016 Graue Wölfe gemeinsam mit Aktivisten der neonazistischen Partei Die Rechte gegen die linke kurdische PKK.²⁴

Kemal Bozay

1 Eine präzise Zahl über die Mitgliedschaft der Grauen Wölfen in Deutschland ist nicht bekannt. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz spricht für 2017 von bundesweit ca. 7.000 Mitgliedern – wobei sich dies nur auf die Türk Federasyon bezieht, einen von drei Dachverbänden. Die Schätzung von mehr als 18.000 berücksichtigt alle drei Dachverbände. Ein Recherche-Team des ZDF gab 2015 303 Mitgliedsvereine der drei Dachverbände in Deutschland „mit mindestens 18.500 Mitgliedern“ an (s. <http://webstory.zdf.de/graue-woelfe/>). Zu beachten ist, dass es bei einer Bewegung wie den Grauen Wölfen neben formellen Vereinsmitgliedern auch noch eine bedeutsame Zahl weiterer Sympathisanten und Anhänger gibt.

2 Atsız, Nihal: Türk Ülküsü, Istanbul 1956.

3 Zitiert nach Kreile, Renate/Werle, Rainer: Renaissance des Islam. Das Beispiel Türkei, Hamburg 1987, S. 90.

4 Binswanger, Karl/Sipahioğlu, Fethi: Türkisch-islamische Vereine als Faktor deutsch-türkischer Koexistenz, München 1988.

5 Vgl. Zeller-Mohrlock, Dagmar: Die Türkisch-Islamische Synthese. Eine Strategie zur Kanalisierung innenpolitischer wirtschaftlicher Konflikte in der Türkei in den 80er Jahren, Bonn 1992.

6 Vgl. Feist, Anna/Klar, Herbert/Judzikowski, Steffen: Webstory „Graue Wölfe. Eine Chronologie der stillen Macht“, ZDF online, unter <http://webstory.zdf.de/graue-woelfe/> (abgerufen am 7.3.2019).

7 Das nordrhein-westfälische Innenministerium spricht allein für die Türk Federasyon von bundesweit 7.000 Mitgliedern – schon dieser Dachverband allein ist also deutlich größer als die NPD. Siehe: „Ülkücü-Bewegung“, unter https://www.im.nrw/sites/default/files/documents/2018-07/jb2017_text_nrw_uelkuecue.pdf (abgerufen am 7.3.2019).

8 Zitiert nach einer Antwort des baden-württembergischen Innenministeriums vom 1.8.2011 auf eine Landtagsanfrage, Drucksache 15/383, unter https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/0000/15_0383_D.pdf (abgerufen am 7.3.2019).

9 Für Baden-Württemberg s. ebd., einige Beispiele für Mitgliedsvereine in Bayern finden sich unter https://katharina-schulze.de/wp-content/uploads/2017/01/2017_01_03_aktivitaet_rechtsextrem_graue_woelfe.pdf (abgerufen am 7.3.2019).

10 Stumberger, Rudolf: „Graue Wölfe drängen in die Migrationsräte“, Neues Deutschland online vom 22.2.2017, unter <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1040543.graue-woelfe-draengen-in-die-migrationsraete.html> (abgerufen am 7.3.2019).

11 Siehe z.B. Frigelj, Kristian: „Das Problem der CDU mit türkischen Nationalisten“, Welt online vom 11.7.2014, unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article130046195/Das-Problem-der-CDU-mit-tuerkischen-Nationalisten.html>, und Müller, Andreas/Nübel, Rainer: „Graue Wölfe im Schafspelz?“, Stuttgarter Zeitung online vom 10.7.2015, unter <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.tuerkischer-arbeitnehmerverein-graue-woelfe-im-schafspelz.91436c3f-5e30-40d8-9ab8-b6b8b5d143e5.html> (beide abgerufen am 7.3.2019).

12 Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Türkischer Nationalismus: „Graue Wölfe“ und „Ülkücü“- (Idealisten-)Bewegung. Düsseldorf 2004, S. 3.

13 Antwort des baden-württembergischen Innenministeriums vom 1.8.2011 auf eine Landtagsanfrage, Drucksache 15/383, unter https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/0000/15_0383_D.pdf (abgerufen am 7.3.2019).

14 Siehe Ehrenstein, Claudia/Leubecher, Marcel/Peters, Freia: „Erdogan-Anhänger verbreiten Angst in Deutschland“, Welt online vom 18.7.2016, unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article157140254/Erdogan-Anhaenger-verbreiten-Angst-in-Deutschland.html> (abgerufen am 11.3.2019).

15 Siehe dazu Focus online vom 19.7.2016: „Erdogan-Gegner werden in Deutschland offenbar massiv bedroht“, unter http://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-drohungen-und-gewalt-gegen-erdogan-gegner_id_5744051.html (abgerufen am 11.3.2019).

16 Vgl. Arning, Michael/Heinemann, Christoph/Meyer-Wellmann, Jens: „Diese Gesten alarmieren den Verfassungsschutz“, Hamburger Abendblatt online vom 8.3.2017, unter <https://www.abendblatt.de/hamburg/article209871713/Diese-Gesten-alarmieren-den-Verfassungsschutz.html> (abgerufen am 11.3.2019).

17 Pressemitteilung der Polizei Duisburg vom 26.3.2016, „Turan e.V. zieht durch Hochfeld“, unter www.presseportal.de/blaulicht/pm/50510/3286432 (abgerufen am 11.3.2019).

18 Kazim, Hasnain: „Bundestagsabgeordnete erhalten Drohmails“, Spiegel online vom 31.5.2016, unter www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestag-vor-armenien-resolution-drohmails-an-abgeordnete-a-1094944.html (abgerufen am 11.3.2019).

19 Süddeutsche Zeitung online vom 11.6.2016, „Türkischstämmige Abgeordnete erhalten verstärkten Polizeischutz“, unter www.sueddeutsche.de/politik/nach-armenien-resolution-tuerkischstaemige-abgeordnete-erhalten-verstaerkten-polizeischutz-1.3029422 (abgerufen am 11.3.2019).

20 Damals kam es sogar zu direkten Kontakten des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß mit dem Anführer der Grauen Wölfe, Alparslan Türkeş, vgl. z. B. Der Spiegel 9/1980, S. 28 f.

21 Zitiert nach Hoffmann, Barbara/Opperskalski, Michael/Solmaz, Erden: Graue Wölfe. Koranschulen. Idealistenvereine. Türkische Faschisten in der Bundesrepublik, Köln 1981, S. 99.

22 S. Altonaer Echo 3/1978.

23 Zitiert nach Scholz, Robert: „Jörg Krebs (NPD) fordert deutsch-türkische Querfront“, unter <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/weitere-landesverbaende/artikel/joerg-krebs-ncp-fordert-deutsch-tuerkische-querfront.html> (abgerufen am 11.3.2019).

24 Vgl. Bayerischer Rundfunk vom 10.8.2016, „Wer mit den Wölfen heult“, unter <https://www.br.de/nachricht/rechtsausen/graue-woelfe-mhp-bayern-100.html> (abgerufen am 11.3.2019).

Meine Heimat bleibt
Deutsch
Моя Родина
остаётся Немецкой



Nationalismus und Rassismus bei „Russlanddeutschen“

Wer sind die „Russlanddeutschen“?

In Deutschland leben Schätzungen zufolge bis zu 3,5 Millionen russischsprachige Menschen. Zu ihnen gehören deutschstämmige (Spät-)Aussiedler und ihre Angehörigen, jüdische Kontingentflüchtlinge, Eheleute deutscher Staatsbürger, Akademiker, Wanderarbeiter, tschetschenische Flüchtlinge, UdSSR-stämmige Israelis und EU-Bürger aus dem Baltikum. Die mit Abstand größte Gruppe innerhalb dieser Gemeinschaft sind die (Spät-)Aussiedler: die Nachkommen der Deutschen, die meistens im 18. und 19. Jahrhundert ins Russische Reich ausgewandert waren. Sie werden allgemein als „Russlanddeutsche“ bezeichnet, obwohl sie nicht nur aus Russland, sondern auch aus anderen Teilrepubliken und Nachfolgestaaten der UdSSR kommen, zum Beispiel aus Kasachstan, der Ukraine, aus Usbekistan oder Kirgisien. Mit 2,4 Millionen stellen die (Spät-)Aussiedler auch die größte Gruppe unter den 6,5 Millionen deutschen Wählern mit Migrationshintergrund dar.

Von allen Migranten hatten einzig die Spätaussiedler einen sofortigen gesetzlichen Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft. Hintergrund dafür war die Diskriminierung und Verfolgung der deutschen

Minderheiten in den Ländern Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg. Um diesen Anspruch geltend zu machen, mussten die Antragsteller ihre deutsche Volkszugehörigkeit nachweisen, die auch einen kulturellen Bezug zu Deutschland beinhaltete. In der Praxis spielte aber vor allem die Abstammung die entscheidende Rolle. Dies erweckte bei den Spätaussiedlern den falschen Eindruck, deutsche Abstammung alleine berechtige zum Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft, und stärkte die in der UdSSR ohnehin verbreiteten Blut-und-Boden-Vorstellungen.

Die meisten Russlanddeutschen waren in der UdSSR und ihren Nachfolgestaaten alltäglich Schikanen und Anfeindungen ausgesetzt. Diese verschwanden nicht mit der Aufhebung der staatlichen Diskriminierung. Viele von ihnen hofften deswegen, in Deutschland diesem Druck endlich zu entkommen. Allerdings war die Muttersprache der deutlichen Mehrheit dieser Gruppe Russisch, nicht zuletzt infolge der Zwangsrussifizierung nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch viele ihrer Gewohnheiten und Lebensweisen waren im Wesentlichen dieselben wie die der Russen und anderer russischsprachiger Bürger der ehemaligen UdSSR. Umso traumatischer war die Erfahrung der

(Spät-)Aussiedler, dass das wirkliche Deutschland nicht dem idealisierten, fantastischen Bild aus Opas Erzählungen entsprach, und dass sie in der „historischen Heimat“ gar nicht als Heimkehrer begrüßt, sondern als „Russen“ abgestempelt und als Ausländer angesehen wurden. Deutsche Politiker und Behörden wiederum betrachteten diese Gruppe von Anfang an eher als Heimkehrer denn als Migranten: Sie erkannten die (Spät-)Aussiedler nicht als russischsprachig an, weil dies der im Gesetz verankerten Voraussetzung ihres deutschen Kulturerbes widersprochen hätte. All das führte unter anderem dazu, dass keine besonderen Anstrengungen unternommen wurden, um die (Spät-)Aussiedler in Deutschland zu integrieren.

Fremde in der Heimat

Das Wort „Migrant“ hat im modernen russischen Sprachgebrauch eine stark negative Konnotation. Das hat mit der weitgehend fremdenfeindlichen Einstellung der Gesellschaft zu tun, die sich sowohl gegen nicht-europäische Ausländer richtet als auch gegen eigene Bürger aus nicht-mitteuropäisch geprägten Regionen, vor allem aus dem Nordkaukasus. Die Medien verwenden den Begriff fast ausschließlich im negativen Kontext, oft als Synonym für „nicht-europäische Ausländer“, auch für Menschen, die keine Migranten oder Ausländer sind.

Diese Einstellung wurzelt nicht zuletzt in der sowjetischen Nationalitätenpolitik, die zwar Völkerfreundschaft deklarierte, tatsächlich aber Blut-und-Boden-Theorien in die Praxis umsetzte. Alle Bürger wurden bestimmten Ethnien zugeordnet und diese Ethnien willkürlich zu einer Hierarchie rangiert: Manche wurden zu staatstragenden Völkern erklärt und bekamen eigene Unionsrepubliken, anderen wurden nationale Autonomien zugewiesen und manche erhielten gar kein eigenes Gebiet und waren weiterer Benachteiligung ausgesetzt. So auch die deutschstämmigen Sowjetbürger, die Stalin 1941, nach dem Überfall Deutschlands, aus europäischen Regionen der UdSSR nach Zentralasien oder Ostsibirien deportieren ließ. Auch die 1918 gegründete Wolgadeutsche Autonomie wurde aufgelöst und nie wiederhergestellt. Viele Russlanddeutsche empfinden dies immer noch als eine Degradierung, die rückgängig gemacht werden sollte. Verschiedene rechtsgerichtete russlanddeutsche

Vereinigungen fordern dies auch von der russischen Regierung.

Dieses hierarchische Denken macht sich auch in der Frustration bemerkbar, mit der die russlanddeutsche Community auf das scheinbar „einfache“ Aufnahmeverfahren reagiert, das derzeit für geflüchtete Menschen zur Verfügung steht. Die schnelle Bearbeitung, die Zugang zu sozialen Leistungen ermöglicht, wird mit dem mühseligen und oft jahrelangen Antragsprozess der (Spät-)Aussiedler verglichen. Dabei wird gern übersehen, dass es für die Geflüchteten um das – oft vorläufige – Bleiberecht geht und nicht, wie bei den (Spät-)Aussiedlern, um die Erteilung der deutschen Staatsbürgerschaft.

Auch wenn bei weitem nicht die Mehrheit der (Spät-)Aussiedler mit Rechtspopulisten und völkischen Gruppen sympathisiert, wollen viele von ihnen als Repatrianten und nicht als Migranten gesehen werden. Rechte Gruppen und Parteien, von der AfD bis zur Mini-Partei Einheit, bedienen dieses Ressentiment sehr geschickt. So schreibt 2017 zum Beispiel die auf Deutsch und Russisch erscheinende Zeitung „Heimat-Rodina“, die der rechtsextremen „Einheit“ nahesteht: „Die Bezeichnung ‚Mensch mit Migrationshintergrund‘ zielt darauf ab, die Deutschen aus Russland, Menschen, die gesetzlich als deutsche Volkszugehörige anerkannt sind, dennoch in eine Kategorie mit Ausländern bzw. mit Menschen ausländischer Herkunft zu verschieben. Mit dem Aufkommen dieses pauschalisierenden Schmähwortes wird einem klar, wie sehr man sich bestrebt sieht, die Russlanddeutschen trotz des Bundesvertriebenengesetzes, das ihre Stellung als Deutsche und dazu noch als Deutsche nach Abstammung in diesem Land sichern soll, zu Fremden zu degradieren. Damit werden jegliche Bestrebungen der Russlanddeutschen, in diesem Land anzukommen, von vornherein zunichtegemacht“.

Hüter des wahren Deutschtums

„Heimat-Rodina“ steht inhaltlich in einer Reihe mit anderen deutsch- und russischsprachigen rechtsnationalen russlanddeutschen Medien, die gedruckt oder im Internet erscheinen: „Ost-West-Plattform“ oder „Die Russlanddeutschen Konservativen“ (volksdeutsche-stimme.eu). Dort stößt man auf stets dieselben Themen: kriminelle Muslime, Umvolkung und Über-



fremdung, Verrat der deutschen Eliten am deutschen Volk, Souveränität Deutschlands sowie direkte und indirekte Werbung für die AfD. Es gibt aber auch spezifische Motive: das Leiden der Russlanddeutschen in der UdSSR (keiner Volksgruppe sei es dort schlechter gegangen), die unfaire Behandlung der Aussiedler in der Bundesrepublik und Russlanddeutsche als Bewahrer des echten Deutschtums.

Um diese einschlägigen Medien hat sich ein Ökosystem von rechten, nationalistischen, nativistischen (also gegen Zuwanderung und gegen die Ansprüche von eingewanderten Minderheiten gerichtet) und verschwörungstheoretisch veranlagten Autoren gebildet. Sie schreiben sowohl für diese Medien als auch für kostenlose Werbeblätter und Zeitungen, die in „russischen“ Lebensmittelläden und ähnlichen Orten ausliegen. Manchmal stößt man auf ihre Namen auch in etablierten Zeitungen wie Russkaja Germanija oder den Deutschlandausgaben von russischen Massenblättern wie MK, KP oder „Argumenty i Fakty“. „Viele Russlanddeutsche stellten sich hier in der BRD die Frage: bin ich Russe oder Deutscher? Denn man passte nicht in die Gesellschaft, wo Kindern in der Grundschule erzählt wird, man könne sich das Geschlecht frei wählen! Man verachtete ein System, das dich für einen Barbaren hielt, weil du die Meinung vertrittst, Homosexualität gehöre

nicht in die Öffentlichkeit! Man staunte, dass echter deutscher Kultur und Kultur überhaupt in den Medien kaum Beachtung geschenkt wurde! Man wunderte sich, dass traditionelle Werte dem kosmopolitischen Druck weichen, jedoch gleichzeitig fundamentaler Islamismus aus politischer Korrektheit toleriert wird! Die BRD war für Russlanddeutsche in dieser Hinsicht eine Enttäuschung. Es war nicht das Deutschland, von dem Opa und Vater in Kasachstan, am Ural oder in Sibirien erzählt haben.“ Texte wie diesen aus „Heimat-Rodina“ von 2017 liest man in vielen Zeitungen, Foren, und Online-Gruppen.

Ein eigenständiges Volk?

Eine der Thesen, die in rechtsextremen Kreisen der (Spät-)Aussiedler regelmäßig geäußert wird, lautet, Russlanddeutsche seien gar ein eigenständiges Volk, das sich im Russischen Reich aus Einwanderern aus verschiedenen west- und nordeuropäischen Ländern herausgebildet habe. Traditionelle Nationalisten lehnen diese Sichtweise ab, dafür neigen sie zur Verharmlosung der NS-Diktatur: „Deutschland verlor diesen Krieg, den es nicht gewollt hatte, den es auch nicht hätte verhindern können, den es aber, wie auch andere Völker, mit vaterländischer Begeisterung vier

(sic!) Jahre lang mit unglaublicher Tapferkeit, Hingabe und Opferbereitschaft geführt hatte. Trotz vieler Siege bis zuletzt musste Deutschland, das praktisch allein gegen eine Welt von Feinden kämpfte, dieser Übermacht schließlich auch militärisch erliegen. (...) Hitler hat die ganze Welt verändert. Ob ohne ihn der Zweite Weltkrieg überhaupt stattgefunden hätte, ist zwar nicht sicher, aber durchaus nicht ausgeschlossen, eher sogar wahrscheinlich“.

Es fällt auf, dass der spezifische Diskurs der russlanddeutschen NS-Sympathisanten eine sehr große Ähnlichkeit mit den in Russland staatlich geförderten geschichtsrevisionistischen Narrativen und Neostalinismus aufweist: Die UdSSR bzw. die Zeit des Nationalsozialismus sei im Grunde gut gewesen und habe allein gegen den feindlichen Westen kämpfen müssen, Stalin bzw. Hitler sei ein großer Staatsmann gewesen, der viel Gutes für sein Land getan habe. Das müsse man anerkennen und auf die eigene Geschichte stolz sein, anstatt der westlichen/liberalen/jüdischen Propaganda zu glauben. In einigen Texten wird sogar versucht, den Deutsch-Sowjetischen Krieg von 1941 bis 1945 zu relativieren und seinen Ausbruch „fremden Mächten“ zuzuschreiben, etwa den Westalliierten oder dem Weltjudentum.

Offene Glorifizierung der Nationalsozialisten betreibt die russlanddeutsche Minipartei Arminius-Bund, die vor allem in der AfD-Hochburg Pforzheim aktiv ist. In einer Ausgabe der Parteizeitschrift „Die russlanddeutschen Konservativen“ aus dem Jahr 2016 stehen Schriften vom Holocaust-Leugner Ernst Zündel, Glückwünsche an die Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck, ein Interview mit Horst Wessel und ein Artikel über die herausragenden Urlaubsmöglichkeiten im „Dritten Reich“ neben den Porträts von russlanddeutschen AfD-Politikern und einer Rede von AfD-Rechtsaußen Björn Höcke.

Mediale Unterstützung

Russische und russischsprachige Medien aus Deutschland vermitteln ihren Lesern ein Bild von Deutschland und der Welt, das weitgehend der Sichtweise der AfD entspricht, ohne dass es dabei als „rechtsradikal“ auffällt. Dieses Bild gehört zum Mainstream in allen staatlichen und vielen formell unabhängigen Medien

aus Russland, die auch von russischsprachigen Einwohnern der Bundesrepublik rezipiert werden, ohne dass sie diese Gruppe speziell ansprechen. Das trägt dazu bei, dass viele Vorstellungen, die in Deutschland eindeutig „in die rechte Ecke“ gehören, für einen Teil der Angehörigen der russischsprachigen Minderheit wie gesellschaftliche Norm wirken und deswegen dort vermutlich weiter verbreitet sind als im Schnitt der deutschen Gesellschaft.

Die politischen Narrative sind nicht nur der staatlichen russischen Propaganda vorbehalten, viele davon werden selbst von regierungskritischen Medien unreflektiert übernommen. Dabei ist zu beachten, dass „regierungskritisch“ keineswegs automatisch „liberal“, „demokratisch“ oder „prowestlich“ bedeutet. Zu solchen Narrativen gehören: EU-Skepsis, Antiamerikanismus beziehungsweise die Vorstellung von der angelsächsischen Dominanz und die Überzeugung, „dass die Amerikaner alle Kriege der Neuzeit angefangen haben“. Die Kritik an der vermeintlichen „Erniedrigung“ Russlands durch den Westen nach dem Kalten Krieg, eine negative oder skeptische Einstellung gegenüber der NATO einschließlich dem Vorwurf vom gebrochenen Versprechen, die NATO nicht zu erweitern. Außerdem eine vorbehaltlos proserbische Position in Bezug auf die Kriege im ehemaligen Jugoslawien, die Vorstellung von der vermeintlichen Russophobie, die im Westen herrsche und die Einstellung, dass Patriotismus die ultimative Tugend sei. Damit einher geht häufig auch ein Kult des Sieges im Zweiten Weltkrieg, die Vertuschung der Zusammenarbeit der UdSSR mit den Nationalsozialisten, die Reduzierung des Zweiten Weltkriegs auf den „Großen Vaterländischen Krieg“ von 1941 bis 1945 und schließlich auch die Relativierung bis Verneinung der Rolle der Alliierten beim Sieg über Nazi-Deutschland. Ebenso spiegeln sich diese politischen Narrative in einer negativen Haltung gegenüber der Ukraine und der Unterstützung oder zumindest der Akzeptanz der Annexion der Krim.

In ihrer Berichterstattung über Deutschland stellen staatliche und staatsnahe russische Medien die AfD als eine gemäßigte demokratische Partei dar, die von den Altparteien nur schikaniert und diffamiert werde, weil sie ihre Konkurrenz fürchteten. Während der Bundestagswahlkampagne wurde die AfD stets als eine solide, mehrheitsfähige politische Kraft dargestellt, Bundeskanzlerin Angela Merkel dagegen als



eine schwächelnde, autoritäre Herrscherin. Zu den zentralen Themen der staatlichen Medien gehören außerdem die „Krise der Europäischen Union“, eine „westliche Verschwörung gegen Russland“, „dekadente westliche Werte“ sowie die Idee eines schwachen Europas, dem ein starkes Russland gegenübersteht.

Die AfD-nahen Diskurse nehmen auch in den Medien, die sich explizit an die russischsprachige Minderheit in Deutschland richten, eine zentrale Stelle ein. Ihr Leitmotiv ist Migration, generell dargestellt als das dringendste Problem Deutschlands. Selbst relativ moderate Zeitungen verbreiten ein Bild, das weitgehend mit rechten Diskursen – Überfremdung und Islamisierung, Flüchtlingskatastrophe, „illegale Einwanderung“ statt Flucht, pauschalisierende Darstellung nicht-europäischer Einwanderer als Sexualtäter, Islamisten oder Terrorsympathisanten – übereinstimmt, ohne sich dabei der expliziten Hetzsprache zu bedienen.

Viele russischsprachige Einwanderer, besonders der älteren Generation, schauen regelmäßig russisches Fernsehen, andere erreicht die Propaganda durch soziale Netzwerke, besonders durch die russischen Facebook-Pendants VK.com und Odnoklassniki (OK.ru). Die OK-Gruppe „We live in Germany“ zählt etwa 37.000 Mitglieder, die Postings enthalten eine Mischung aus

Putin-Glorifizierung, Merkel-Bashing und Horrorgeschichten über Flüchtlinge. Mehr als die Hälfte der geposteten Videos sind dem Thema Migration gewidmet. Die AfD ist in diesen Netzwerken ebenfalls aktiv, die OK-Gruppe „Russlanddeutsche für die AfD“ zählt 9.000 Mitglieder, die entsprechende Facebook-Gruppe 3.600 Likes und weitere 3.700 Nutzer, die der Gruppe folgen. Diese Gruppen bieten eine Mischung aus Kampagnenmaterial, Anti-Immigrations-Reportagen und Nachrichtensendungen aus Propagandamedien wie RT oder Sputnik-News. Überwiegend werden deutschsprachige Beiträge gepostet. Von allen deutschen Parteien wendet sich auf diese Weise an die Russlanddeutschen nur die AfD.

(Spät-)Aussiedler und die AfD

Während die meisten in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten geborenen Bürger heute gute Deutschkenntnisse besitzen, könnte eine russischsprachige Wahlkampagne als symbolische Geste ihrer Eingliederung dienen. Dennoch ist die erste und bisher einzige politische Partei, die je eine russischsprachige Wahlkampfstrategie führte, ausgerechnet die AfD. Für die Bundestagswahl 2017 produzierte sie eine beträchtliche Menge an Wahlkampfmaterial in russischer

Sprache, sowohl für online als auch für offline, und hatte eine organisierte Gruppe von in der Sowjetunion geborenen Aktivisten in ihren Reihen.

Die AfD erhebt den Anspruch, den Russlanddeutschen eine politische Heimat zu geben. Sie wirbt vor allem mit fremdenfeindlichen Themen und „traditionellen Werten“, doch auch der relativ harte Russlandkurs von Angela Merkel könnte einige Russlanddeutsche, die mit Russland und Präsident Putin sympathisieren, zum Wechsel zur AfD verleitet haben. Die Partei gilt als sehr russlandfreundlich und tritt stets gegen Sanktionen auf. Nach der Annexion der Krim haben demokratische Parteien ihre Kooperation mit russischen Politikern auf ein notwendiges Minimum reduziert und die AfD füllt das nun entstandene Vakuum. So wurde Spiegel-Berichten zufolge zum Beispiel die Junge Alternative zur Partnerorganisation der Jungen Garde der Regierungspartei Einiges Russland ernannt, die in Russland im Volksmund „Putinjugend“ genannt wird. Von Russland aus gesehen, muss diese Kooperation aber angesichts der positiven Berichterstattung über die AfD völlig normal wirken und für einen Teil der russischsprachigen Wähler in Deutschland die AfD als eine „Normalpartei“ legitimieren.

„Unsere Russlandpolitik hat eigentlich überhaupt nichts damit zu tun, dass wir – was uns immer wieder unterstellt wird – für Herrn Putin sind und sein autoritäres Regime“, so der Ko-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Alexander Gauland.¹ Beim Russlandkongress, den die AfD-Fraktion im August 2017 im Landtag von Sachsen-Anhalt veranstaltete, konnte man sich aber gut vom Gegenteil überzeugen. Auf dem Kongress, bei dem Vertreter Russlands fehlten, waren rund 300 Personen anwesend, davon mindestens die Hälfte russischsprachig. Offiziell lag der Schwerpunkt des Kongresses auf der Aufhebung der Sanktionen, doch viele Reden griffen die USA an, vom Gender-Mainstreaming, für das sie die USA verantwortlich machen, bis hin zu angeblichen Versuchen, Russland zu zerstören. Sowohl Redner als auch Gäste bezeichneten Deutschland als ein besetztes Land, Angela Merkel als US-amerikanische Marionette, die echte Deutsche eliminieren und durch muslimische Eindringlinge ersetzen will.

Viele Redner bezogen sich auf den neofaschistischen Ideologen Alexander Dugin, zurzeit einen der wichtigsten Ideengeber der westlichen neuen Rechten. So

warb der AfD-Politiker Hans-Thomas Tillschneider für Dugins Bücher. Dugin wiederum beschreibt die AfD als die künftige Regierungspartei. In Russland tritt Dugin nicht selten im russischen Fernsehen auf, in Deutschland gehören seine Bücher zum festen Angebot eines durchschnittlichen russischen Bücherstands.

Für die AfD kandidierten acht ehemalige Sowjetbürger für den Bundestag, sieben von ihnen sind deutschstämmige (Spät-)Aussiedler. Die neunte Kandidatin, Elena Roon aus Nürnberg, zog ihre Kandidatur zurück, nachdem bekannt geworden war, dass sie in einer AfD-internen WhatsApp-Gruppe Fotos von Adolf Hitler gepostet hatte. Zwei Kandidaten, Anton Friesen und Waldemar Herdt, wurden tatsächlich gewählt und sind in dieser Legislaturperiode die einzigen aus der Ex-UdSSR stammenden MdBs. Unterstützung erfährt die AfD trotz aller Meinungsunterschiede von den bekanntesten rechten Gruppen von Russlanddeutschen – dazu zählen zum Beispiel die Partei Einheit und der ihr nahestehende Verein Heimat e. V. (die Russlanddeutsche zu einem eigenen Volk erklären möchten und entsprechende Ansprüche an Deutschland und Russland stellen), der stramm nationalistisch ausgerichtete Konvent der Russlanddeutschen und der offen nationalsozialistisch ausgerichtete Arminius-Bund.²

Der „Fall Lisa“

Wie wirksam russische Medien die Agenda rechtsradikaler Gruppen in Deutschland unterstützen können, zeigte der sogenannte Fall Lisa. Im Januar 2016 fanden in mehreren Städten der Bundesrepublik Demonstrationen von Russlanddeutschen statt, die gegen Flüchtlinge, Muslime und die vermeintliche Untätigkeit der deutschen Justiz protestierten. Der Anlass war die angebliche Entführung und Vergewaltigung durch „Südländer“ des damals 13-jährigen russlanddeutschen Mädchens Lisa aus dem Berliner Bezirk Marzahn. Diese Geschichte hatte Lisa selbst erfunden, um ihren Eltern zu erklären, warum sie nachts nicht nach Hause gekommen war. Die Polizei stellte das bei der Befragung des Mädchens fest, doch die Familie, die gute Kontakte in die rechte Szene haben soll, war überzeugt, dass die Polizei Verbrechen von Migranten vertusche. Lisas Verwandte verbreiteten die Geschichte in sozialen Netzwerken und traten bei einer NPD-Demonstration auf. Am selben Abend strahlte das russische Staatsfern-

sehen in den Abendnachrichten einen Bericht aus, in welchem es den Fall als eine erwiesene Tatsache und die NPD-Demo als Massenproteste von Russlanddeutschen darstellte.

Nach dieser Sendung schaltete sich der sogenannte „Konvent der Russlanddeutschen“ als Organisator von Demonstrationen ein, eine weitgehend virtuell aktive Vereinigung von geschätzt 20 bis 30 meist älteren ultrarechten Männern. Gegründet wurde sie 2002 von dem Aktivist Heinrich Groth, der zeitweise zum Vorstand der rechtsradikalen Deutschen Partei gehörte. Groth hatte seine ersten Auftritte in deutschen Medien bereits in den 1990er Jahren, damals wurde er als ein legitimer Sprecher der russlanddeutschen Community behandelt. Der Spiegel stellte ihn als „Vorsitzenden der Sowjetdeutschen-Gesellschaft mit dem irreführenden Namen ‚Wiedergeburt‘“ vor, den seine Mitstreiter „Nasch Fjurer“ (unser Führer) genannt haben sollen. Damals verkündete Groth Ansprüche der Russlanddeutschen auf Königsberg („Ostpreußen ist ein Gebiet, das noch nach Deutschtum duftet“), beschwor den nationalen Geist der Russlanddeutschen und gab der Bundesregierung die Schuld für ihre Probleme in Deutschland („Bonn hat nie erklärt, daß wir keine Asylanten oder Wirtschaftsflüchtlinge sind. Wir sind Deutsche, und wir wollen entsprechend behandelt werden.“) Seinen Plan, die Politik unter Druck zu setzen, schilderte er damals folgendermaßen: „Die Regierung wird sich etwas einfallen lassen müssen, falls wir Hunderttausende von Aussiedlern dazu aufrufen, die Republikaner zu wählen“. Später saß Groth tatsächlich im Vorstand dieser rechtsradikalen Partei, die Unterstützung von Russlanddeutschen blieb allerdings aus. Heute ist Groths Konvent nicht mehr aktiv, er selbst allerdings machte wieder Schlagzeilen, als er 2018 Mitarbeiter des russlanddeutschen AfD-Bundestagsabgeordneten Waldemar Herdt wurde. In Medienberichten hieß es, Groth sei dem Verfassungsschutz seit langem wegen seiner Nähe zu russischen Geheimdiensten bekannt.

2016 gelang es Groth mit medialer und mutmaßlich auch geheimdienstlicher Unterstützung aus Russland (es meldete sich sogar der russische Außenminister Sergej Lawrow zu Wort), einige Hundert Menschen in verschiedenen Städten Deutschlands zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen. Das einzige nachhaltige Ergebnis dieser Demonstrationen war allerdings die Sensibilisierung der deutschen Öffentlichkeit für das

Thema einer möglichen Einmischung Russlands in die innerdeutschen Prozesse und ein wiedererwachtes, mit Misstrauen gepaartes Interesse an Russlanddeutschen.

Politische Einstellungen

Die wichtigste Informationsquelle über politische Einstellungen von (Spät-)Aussiedlern und ihr Wahlverhalten sind zurzeit zwei Studien von Achim Goerres, Sabrina Jasmin Mayer und Dennis Spies (Juli 2017 und März 2018). Diese Studien weisen auf einige wichtige Eigenschaften dieser Gruppe hin, zum Beispiel dass ihre Vorstellung vom Deutschsein, die vor allem auf Ethnizität beruht, von der Mehrheitsgesellschaft in der Bundesrepublik nicht geteilt werde. Besonders deutlich sei dieser Unterschied bei der älteren Generation ausgeprägt. Die Forscher stellen fest, dass sich die UdSSR-stämmigen Aussiedler im Gegensatz zu anderen Einwanderergruppen zudem durch ihre Sympathien für rechtskonservative Parteien auszeichnen. Die (Spät-)Aussiedler wurden seit den 1990er Jahren gezielt von rechtsextremen Parteien angesprochen, meistens ohne Erfolg. Jetzt aber neigen einige Russlanddeutsche zur AfD. Die in den deutschen und russischen Medien verbreitete These, die AfD sei gar die Lieblingspartei der Russlanddeutschen, findet indes keine empirische Bestätigung. Das zeigte auch die Stimmenverteilung der (Spät-)Aussiedler bei der Bundestagswahl 2017: CDU/CSU erhielten 25 Prozent, Die Linke 21 Prozent, die AfD 15 Prozent, die FDP 12 Prozent, die SPD 12 Prozent und Bündnis 90/Die Grünen acht Prozent. Die Wahlbeteiligung in dieser Gruppe lag bei 58 Prozent, deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 76,2 Prozent. Nikolai Klimentiouk

1: „Für Putins ‚autoritäres Regime‘? Gauland und Weidel widersprechen“, Welt.de vom 24.8.2017, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article167950323/Fuer-Putins-autoritaeres-Regime-Gauland-und-Weidel-widersprechen.html> (zuletzt abgerufen am 26.4.2019).

2: Vgl. u.a.: Klimentiouk, Nikolai: „Nationalismus und Rassismus bei ‚Russlanddeutschen?“, BpB.de vom 18.1.2018, [http://rd-zeitung.eu/de/die-alternative-fuer-deutschland-hat-eine-neue-gruppe-der-russlanddeutschen-im-berliner-senat-empfangen/](http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260496/nationalismus-und-rassismus-bei-russlanddeutschen; rd-zeitung.eu vom 17.3.2018: „Die Alternative für Deutschland hat eine neue Gruppe der Russlanddeutschen im Berliner Senat empfangen“, <a href=); volksdeutsche-stimme.eu (alle zuletzt abgerufen am 29.4.2019).







Ideologien der Ungleichwertigkeit in der Migrationsgesellschaft

Ultranationalistische und religiös motivierte extreme Einstellungen sowie Organisationsformen von Menschen mit Migrationshintergrund werden in den bisherigen Forschungen und Studien zu Nationalismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bislang nahezu ausgeblendet (vgl. Heitmeyer 2012; Decker/Kiess/Brähler 2014). Erst seit wenigen Jahren wird sowohl in der politischen Bildungsarbeit als auch in der kritischen Migrationsforschung eine Diskussion darüber geführt, ob es eine spezifische Form von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus im transnationalen Raum gibt (vgl. Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage 2010; Jikeli 2012; Bozay/Borstel 2017).

Auch die in diesem Heft behandelten Fallbeispiele „Neuer deutscher Extremismen“ zeigen, dass rechtsextreme, nationalistische, rassistische und antisemitische Einstellungen nicht nur nationale Phänomene oder auf Deutschland beschränkte Ideologien sind. Sie spiegeln ein globales Phänomen wider, das im transnationalen Raum an Dynamik gewinnt. Die Bildung von bundesweit agierenden ultranationalistischen Dachverbänden oder Migrant*innenvereinigungen, verstärkt in Erscheinung tretenden ethnisch-nationalistischen Mobilisierungen, der Import von innenpolitischen Konflikten aus den Herkunftsgesellschaften, religiös motivierte Gewalt in Städten wie Ansbach, Würzburg und Berlin, die öffentliche Diffamierung und Bedrohung von deutschen Politiker*innen im Zuge der Armenien-Resolution des Bundestages 2016 und nicht zuletzt die israelfeindlichen und antisemitischen Demonstrationen und Übergriffe von Jugendlichen im Dezember 2017 in Berlin – das sind nur einige Beispiele für diese Entwicklung. Sie belegen, dass in der Einwanderungsgesellschaft ultranationalistische, rassistische und antisemitische Einstellungen eine neue Qualität angenommen sowie religiös motivierte Gewalt an Boden gewonnen hat und im transnationalen Raum neue „deutsche“ Extremismen an Zulauf gewinnen. Sie ste-

hen in einem Wechselverhältnis zu den rechtspopulistischen Bewegungen in Deutschland und Europa und vergrößern die gesellschaftlichen Spaltungslinien.

Eine Forschungslücke?

Bei der differenzierten Analyse und Darstellung dieses aktuellen Problemfeldes sind wir sehr schnell mit einem Begriffsdilemma konfrontiert. Denn es geht in dieser Diskussion einerseits um eine neue, überhöhte Form von religiösem Extremismus und andererseits um Merkmale von Ultranationalismus, Rassismus und Antisemitismus in verschiedenen Einwanderercommunitys, die sich auf nationalistische Überhöhungen und die Abwertung anderer Gruppen und Minoritäten stützen. So ist zunächst der Frage nachzugehen, ob ultranationalistische Einstellungen unter türkei-, albanien-, kroatien-, syrien- oder polenstämmigen Jugendlichen hierzulande eher einen Nationalismus, Patriotismus oder auch einen Rechtsextremismus widerspiegeln.

Grundsätzlich können wir davon ausgehen, dass es sich dabei um eine Einstellung handelt, die von der Ungleichwertigkeit der Menschen ausgeht – sowohl im politischen als auch im sozialen Bereich. „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen“ (Stöss 2007, S. 60-61).

Eine wichtige Diskussion, die für unseren Kontext interessant ist, hat der Bielefelder Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer geprägt. Mit dem von ihm ent-

wickelten Ansatz der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ erfasst und systematisiert Heitmeyer feindselige Einstellungen zu Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie mit verschiedenen Lebensstilen in Deutschland. Als gemeinsamer Kern des diesem Begriff zugeordneten Phänomens wird eine Ideologie der Ungleichwertigkeit erkannt, die die Gleichwertigkeit und Unversehrtheit von spezifischen Gruppen der Gesellschaft in Frage stellt.

Die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist also ein Konglomerat von verschiedenen abwertenden Einstellungen gegenüber Individuen und gesellschaftlichen Gruppen: „Dahinter liegt die Annahme, dass abwertende Einstellungen nicht nur gegenüber Gruppen fremder Herkunft bestehen, sondern auch gegen Personengruppen gleicher Herkunft, die aber vermeintlich oder offensichtlich von den Normvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft abweichen“ (Heitmeyer 2002, S. 19). Bei den Vorurteilen gegenüber unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen geht es daher in erster Linie nicht um identische Einstellungsmuster, sondern vielmehr um verschiedene Rahmungen eines generellen Phänomens.

Bislang hat sich die Forschung zu Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeiten auf Angehörige der Mehrheitsgesellschaft konzentriert, über die der „Minderheiten“ wissen wir jedoch wenig. Die Ungleichwertigkeitsideologien in der Migrationsgesellschaft stellen jedoch neue Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dar, die in dem Konzept von Heitmeyer noch nicht ausreichend berücksichtigt sind. Somit ist dieses Konzept herausgefordert, die ultranationalistischen, rassistischen, antisemitischen und islamistischen Einstellungen in der Migrationsgesellschaft als neue Phänomene der Ungleichwertigkeit mit aufzunehmen.

In der interdisziplinären Forschung gibt es derzeit noch keine gemeinsame Definition für all diese Phänomene, hier muss weitere Theoriearbeit erfolgen.

Ein neuer Nationalismus

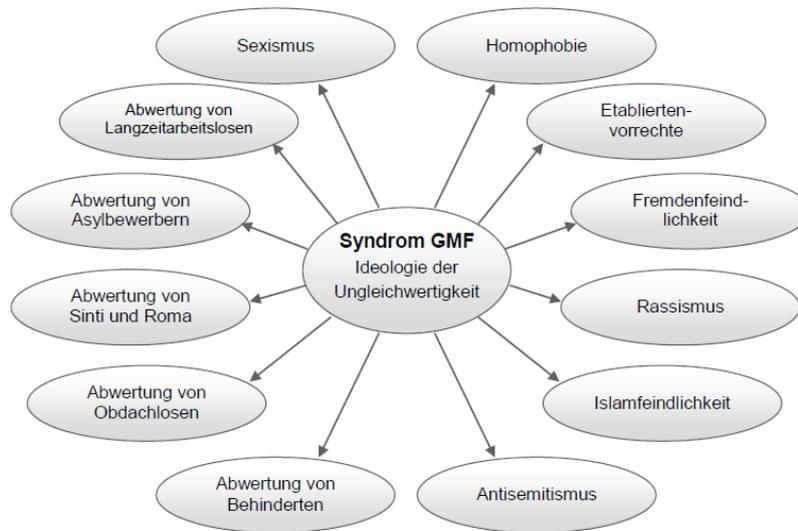
Im Zuge der Globalisierung, Transformation und Pluralisierung unserer Gesellschaft haben auch Re-Ethnisierungstendenzen und nationalistische Mobilisierungen im transnationalen Raum ein Revival erfahren. Auch

die religiös motivierte Gewalt hat an Bedeutung gewonnen. Muslimenfeindlichkeit einerseits und islamistische sowie extrem nationalistische Einstellungen andererseits werden immer stärker. Daher rückt in der gesellschaftspolitischen Diskussion in den letzten Jahren verstärkt die Auseinandersetzung um kulturell-religiöse und nationale Identitäten in das Blickfeld der sozialen Auseinandersetzungen. Diskutiert wird vor allem die Frage, welche Auswirkungen ethnisch-kulturelle und nationale Differenzen auf die gesellschaftlichen Prozesse insgesamt haben.

Innerhalb der verschiedenen Migrationsgruppen in Deutschland prägen neben dem verstärkten institutionellen Rassismus und den alltäglichen Diskriminierungserfahrungen nach wie vor die politischen Entwicklungen der Herkunftsregionen, die insbesondere über (soziale) Medien, Lobbynetzwerke und ultranationalistische Dachverbände verbreitet werden. In den zurückliegenden Jahren hat sich eine große Anzahl von nationalistischen Dachverbänden und Netzwerken herausgebildet, die eine wachsende Zahl von Menschen mobilisieren können. Der Einfluss dieser Netzwerke, die als Selbsthilfeorganisationen und religiöse Einrichtungen Einfluss auf das soziale Leben von Migrant*innen nehmen, ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. Der „ethnisch“ geprägte Ultranationalismus und Rechtsextremismus in der Migrationsgesellschaft findet seine Verbreitung daher in erster Linie durch ultranationalistische Dachverbände, Vereine und Clubs. Hierzu gehören ultranationalistische türkische Dachverbände, aber auch rechts-nationalistisch orientierte Vereinigungen und Clubs von Migrant*innen mit Wurzeln in Polen, Kroatien, Serbien oder Albanien. Vor allem haben sich diese Organisationen zu Selbsthilfeorganisationen entwickelt, die Einfluss auf Kultur- und Elternvereine, Fußballclubs, Moscheen, Gemeinden und das soziale Leben von Migrationscommunitys ausüben und vor allem auch eine wichtige Basis unter männlichen Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte gewinnen. Innerhalb verschiedener Migrationscommunitys propagieren sie hier die ultranationalistische Mobilisierung insbesondere für heimatzentrierte Themen und Inhalte. Ebenso werden nationalistische Ideologien konfliktartig gegen ethnische Minoritäten verbreitet.

Zahlreiche ultranationalistische Organisationen und religiös motivierte extreme Netzwerke nutzen

Elemente des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit



Quelle: W. Heitmeyer (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem entsicherten Jahrzehnt. In: ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Bd. 10, Berlin 2011.

die virtuellen Räume des Internets zur Vermittlung ihrer Propaganda. Zugleich sehen sie in den sozialen Medien einen Vernetzungsort, um Zielgruppen – vor allem auch Jugendliche – über Facebook, Instagram, Websites, Foren oder YouTube-Kanäle zu beeinflussen, zu mobilisieren und zu radikalisieren. Dabei werden Webseiten, Blogs, Portale, Facebook, Twitter, Instagram und soziale Medien zur Selbstdarstellung sowie zur Verbreitung von verschiedenen Ideologien und Aktivitäten genutzt und in zahlreichen Audios und Videos von ultranationalistischen und islamistisch-salafistischen Zirkeln zu Gewalt gegen Andersdenkende aufgerufen.

Polarisierungen

Je mehr sich die innenpolitischen Konfliktlinien in den sogenannten Herkunftsgesellschaften zuspitzen, bilden sich auch innerhalb der migrantischen Communities in Deutschland Verwerfungen, Spaltungslinien und Mobilisierungen. Die Tatsache, dass Deutschland von den innenpolitischen Konflikten der migrations-spezifischen Herkunftsgesellschaften berührt wird und die dort ausgetragenen Auseinandersetzungen auch hierzulande zu Zerklüftungen führen, zeigen sich gegenwärtig insbesondere in den Spannungen um Re-

ligionsthemen, Fluchtbewegungen, deutsch-türkische Beziehungen, den Nahostkonflikt, die Kurdenpolitik, die Armenier-Frage und ähnlichem. Beispielsweise erhalten ultranationalistische Strömungen durch den Import der politischen Auseinandersetzungen um nationale Themen in der Türkei einen neuen Aufwind, die bestrebt sind, das „europäische Türkentum“ zu mobilisieren. Hinter diesem rechtsnationalistischen Sammelbegriff verbirgt sich die Absicht, die türkisch-sprachigen Migrant*innen für die türkisch-nationalistische Identität zu gewinnen und zu aktivieren. So verursachen die Spannungen im Herkunftsland ebenso Re-Ethnisierungstendenzen im Aufnahmeland. Auch unter den Geflüchteten aus Syrien und dem Irak zeigen sich ethnisch-religiöse Konflikte, beispielsweise Spannungen unter den verschiedenen ethnisch-religiösen Gemeinschaften wie zum Beispiel Kurd*innen, Êzid*innen, Aramäer*innen, Schiit*innen und Alevit*innen. Fazit dieser Entwicklung ist in diesem Sinne ein „Import“ von ethnischen Konflikten vom Herkunfts- in das Aufnahmeland. Den negativen Grenzfall bildet in diesem Prozess die gewaltförmige Vitalisierung des ethnischen Konflikts im Zuzugsland (vgl. Brieden 1996, S. 17). Diese Auseinandersetzungen belegen, in welchem Maße gesellschaftliche, religiöse und nationale Probleme ethnisiert und kulturalisiert werden.

Fasst man diese Entwicklungen zusammen, dann kann man auch von einer neuen Form eines „ethnischen Nationalismus“ (Bozay 2009, S. 174f.) als eine der zutreffenden Beschreibungen für die ultranationalistischen und rassistischen Einstellungen von hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sprechen.

Gerade am Beispiel von ultranationalistischen und rassistischen Vereinigungen wie den Grauen Wölfen und ihren Ablegerorganisationen in Deutschland sowie der verstärkten Mobilmachung von extrem sowie gewaltbereiten religiösen Netzwerken wie den verschiedenen salafistischen Szenen lässt sich erkennen, dass es einen Rückzug auf die Konstruktion von Ethnizität gibt; verbunden mit diversen Mythen, religiösen Elementen und der „Hochschätzung der eigenen Nation und mit der Geringschätzung und der Verachtung gegenüber anderen Nationen, ethnischen Gruppen bzw. gesellschaftlichen Minderheiten“ (Bozay 2009, S. 132). Diese rechtsextremen und antisemitischen Einstellungen unter Teilen der hier lebenden Migrationsbevölkerung schaffen einen Mobilisierungsraum für antidemokratische Einstellungen und Handlungen.

Die Dynamik dieser Selbstethnisierung und Selbstisolierung hat ihre Ursachen einerseits in der Aufnahmegesellschaft, die gegenwärtig durch ein rechtspopulistisches und muslimenfeindliches Klima (AfD, Pegida und ähnliche) geprägt ist. Hinzukommt ebenso der institutionelle und individuelle Rassismus, der Migrant*innen seit Jahrzehnten zur Zielscheibe von Ausgrenzungs- und Marginalisierungsprozessen macht. Die Kehrseite dieser Medaille ist ein Import von ethnisch-religiösen Konflikten nach Deutschland. Als Spaltungslinie treten hier Polarisierungen auf, zwischen denen „politische Lager“ entstehen.

Antisemitische Einstellungen

Seit rund zehn Jahren wird in Deutschland kontrovers über die Auswirkungen des Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft diskutiert. So haben sich bereits Jürgen Mansel und Viktoria Spaiser in ihrer Studie „Ausgrenzungsdynamiken – In welchen Lebenslagen Jugendliche Fremdgruppen abwerten“ (2013) mit den rassistischen und antisemitischen Einstellungen bei Jugendlichen in Deutschland beschäftigt. Ein wichtiges Ergebnis: Bei der Messung des „israelbezogenen Anti-

semitismus“ stimmten 41,5 Prozent der arabischen Jugendlichen dem Statement „Durch die israelische Politik wurden mir die Juden unsympathischer“ zu, während es bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund hingegen 2,9 Prozent waren (Mansel/Spaiser 2013, S. 193ff.). Dabei wird als ein möglicher Faktor für die antisemitischen Einstellungen bei beispielsweise der arabisch- und türkeistämmigen Bevölkerung hierzulande eine politische und radikale Auslegung des Islams gesehen. Islamistische Bewegungen propagieren antisemitische Verschwörungstheorien und rufen zum „Kampf gegen die Juden“ auf, auch unter Berufung auf religiöse Schriften. So sieht der durchaus umstrittene Publizist Matthias Küntzel die „antisemitische Aufheizung muslimischer Jugendlicher“ als direkte Folge eines „Antisemitismus der islamischen Welt“ (Küntzel 2007, S. 2). Differenzierter nähert sich Michael Kiefer diesem sensiblen Thema und spricht von einem „islamisierten Antisemitismus“, da der Antisemitismus in der arabischen Welt in erster Linie auch ein „Import aus Europa“ (Kiefer 2007, S. 72; Kiefer 2012) sei.

Eine wichtige Ausgangslage für antisemitische Einstellungen in der Migrationsgesellschaft sind zweifelsohne der Nahostkonflikt und die Palästina-Frage, die vor allem bei jungen Menschen eine neue muslimische Kollektividentität konstruieren und zugleich ein kollektives Feindbild „Israel“ manifestieren. Das Feindbild „Juden“ vermittelt ein Gefühl von Zugehörigkeit und Gemeinschaft, das sich auf die Abwertung Israels und zugleich auf die Glorifizierung der eigenen muslimischen Gruppe konzentriert. Die aktuellen Entwicklungen in Berlin und anderen Städten zeigen, welche Form von Radikalität – auch geprägt durch religiös-nationalistische Vereinigungen, Medien und Online-Angebote – der Nahostkonflikt evozieren und provozieren kann. Diese Kontroversen und Mobilisierungen reichen bis ins Klassenzimmer und lösen dort heftige Diskussionen aus. Somit bildet der Antisemitismus einen „flexiblen Code“, der alle Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft unabhängig von Beweggründen und historisch-aktuellen Darstellungen miteinander verbindet.

In ihren Forschungen sehen insbesondere Mansel und Spaiser eine Verzahnung zwischen Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen und antisemitischen Einstellungen (Mansel/Spaiser 2013, S. 75ff). Demnach sind junge Menschen mit Migrationshinter-



grund, die im gesellschaftlichen Kontext Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen sammeln, also häufig Marginalisierung und Stigmatisierung erlebt haben, empfänglicher für antisemitische Einstellungen und Ideologien. In der Wahrnehmung zahlreicher muslimischer Jugendlicher wird hierzulande Jüd*innen als einzige Gruppe ein sogenannter Opferstatus anerkannt, während ihre eigenen Rassismuserfahrungen insgesamt ignoriert und ausgeblendet werden.

Prävention und Schule

Schule kann im Bereich der Prävention gegen die „Neuen Deutschen Extremismen“ eine Menge leisten. Anknüpfend an die Ausführungen von Kapitel 1 bleibt Folgendes festzuhalten: Der Präventionsarbeit an den Schulen kommt ein besonderer Stellenwert zu, denn sie kann als wichtige gesellschaftliche Institution die Entwicklung und Sozialisation von jungen Menschen nachhaltig beeinflussen. Präventive Angebote im schulischen Kontext sollten sich daher auf einen stärkenorientierten Ansatz konzentrieren und die Jugendlichen – gleich welcher Nationalität, Kultur oder Religion – am individuellen Stand ihrer Entwicklung abholen. Vor diesem Hintergrund sollten Schulen ihre Rolle als Institutionen der Vermittlung von demokratisch-pluralistischen Werten und Einstellungen stärker nutzen. Neben der Bildung muss die Schule auch grundlegende demokratische und partizipative Kompetenzen vermitteln, damit junge Menschen lernen, einander vorurteilsfrei zu begegnen. So kann es ihnen gelingen, die Werte, Lebenseinstellungen und religiösen Ansichten unterschiedlicher Kulturen kennenzulernen und zu reflektieren, um eine Grundlage für ein solidarisches Miteinander zu entwickeln. Hier geht es auch darum, einerseits (selbst-)bewusst mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Einstellungen umzugehen und andererseits einen kritischen Umgang mit demokratieresistenten Einstellungen von Jugendlichen zu entwickeln. Es gilt, Schüler*innen und Jugendliche in einer demokratischen Gesellschaft dazu zu befähigen, rechtsextremen und nationalistischen Einstellungen kritisch und reflektiert zu begegnen und für ein selbstbestimmtes und demokratisches Weltbild einzutreten. Im Rahmen sozialen Lernens sollen Empathie, Solidarität und Konfliktfähigkeit vermittelt werden. Diese Lernprozesse setzen im pädagogischen Handlungsfeld eine Analyse der Probleme und Konflikte voraus.

Gerade Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte werden sowohl in pädagogischen Konzepten als auch im medial-öffentlichen Diskurs häufig negativ etikettiert. Migrant*innen dürfen aber nicht als Objekte behandelt werden, sie müssen als Subjekte in Erscheinung treten. Daher muss in der Schule und Schulsozialarbeit darauf geachtet werden, dass Demokratiekompetenz nicht auf eine moralisierende Perspektive reduziert und statt Empathie nicht lediglich Mitleid erzeugt wird. Denn so wird nur eine verfeinerte, gesellschaftlich akzeptable Form der Diskriminierung eingeübt.

Generell gilt: Schule oder Soziale Arbeit können zwar politische Bildungs- und Präventionsarbeit leisten, doch die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Probleme können nicht im Klassenzimmer, in der Bildungseinrichtung oder im Jugendzentrum gelöst werden. Deswegen können Schule und Soziale Arbeit zwar Verständnis für globale Zusammenhänge, für soziale und ökonomische Hintergründe eines Problems wecken, aber keine politischen Lösungen ersetzen – diese aber sehr wohl mit anstoßen. Im Rahmen einer multiperspektivischen Bildungsarbeit können die sozialen und politischen Ursachen von Radikalisierung in unterschiedlichen Jugendkulturen untersucht werden. Dabei können auch dahinterstehende Kausalzusammenhänge und Motive erforscht und verdeutlicht werden. Mangelnde oder defizitäre Verständnisse für sozioökonomische und politische Zusammenhänge führen häufig zur Verunsicherung bei Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen, Sozialpädagog*innen und Erzieher*innen. Deshalb ist es notwendig, Hintergründe und Zusammenhänge aus verschiedenen Perspektiven auch bildungspolitisch zu vermitteln und alternative Möglichkeiten zur Verhinderung extrem rechter und nationalistischer Einstellungen und Betätigungsformen in der Einwanderungsgesellschaft zu entwickeln. Benötigt wird daher ein Konzept der Demokratiebildung, insbesondere in Schulen und Bildungseinrichtungen, das wechselseitigen Zuschreibungen vorbeugt, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ablehnt und in kritische Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Einwanderungsgesellschaft geht.

Kemal Bozay



Literatur

Bozay, Kemal: „Strategien der Deradikalisierung von Jugendlichen“. In: Sozialmagazin, Ausgabe 6/2018, S. 62-70.

Bozay, Kemal/ Borstel, Dierk: Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden 2017.

Bozay, Kemal: „Ich bin stolz, Türke zu sein!“ Ethnisierung gesellschaftlicher Probleme im Zeichen der Globalisierung, 2. Auflage, Schwalbach/Ts. 2009.

Brieden, Thomas: Konfliktimport durch Immigration. Auswirkungen ethnischer Konflikte im Herkunftsland auf die Integrations- und Identitätsentwicklung von Immigranten in der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 1996.

Ceylan, Rauf/ Kiefer, Michael: Radikalisierungsprävention in der Praxis. Antworten der Zivilgesellschaft auf den gewaltbereiten Neosalafismus. Wiesbaden 2018.

Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Herausgegeben durch das Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig, online unter http://research.uni-leipzig.de/kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf (zuletzt abgerufen am 20.12.2018).

Fereidooni, Karim/ El, Meral: Rassismuskritik und Widerstandsformen, Wiesbaden 2016.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Band 10, Frankfurt/Main 2012.

Kiefer, Michael: „Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen – Randphänomen oder Problem?“, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Dossier Antisemitismus, unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/145728/antisemitismus-unter-muslimischen-jugendlichen-randphaenomen-oder-problem> (zuletzt abgerufen am 20.12.2018).

Kiefer, Michael: „Islamischer oder islamistischer Antisemitismus?“, in: W. Bez/J. Wetzel (Hrsg.): Antisemitismus und radikaler Islamismus, S. 71-84, Essen 2007.

Küntzel, Michael: Islamischer Antisemitismus und deutsche Politik. „Heimliches Einverständnis“?, Berlin 2007.

Mansel, Jürgen/Spaiser, Viktoria: Ausgrenzungsdynamiken. In welchen Lebenslagen Jugendliche Fremdgruppen abwerten, Weinheim 2013.

Stender, Wolfram: „Der Antisemitismusverdacht. Zur Diskussion über einen „migrantischen Antisemitismus“ in Deutschland“. In: Migration und Soziale Arbeit, 3-4/2008, S. 284-290.

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, Herausgegeben durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007.

Autor*innen

Pascal Beucker

Politikwissenschaftler und Redakteur bei der taz – die tageszeitung

Sanem Kleff

Pädagogin und Leiterin der Bundeskoordination von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Danijel Majic

Redakteur bei der Frankfurter Rundschau

Kemal Bozay

Professor für Soziale Arbeit und Sozialwissenschaften an der IUBH – Internationale Hochschule in Düsseldorf

Nikolai Klimeniouk

Journalist und Autor, schreibt regelmäßig unter anderem für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und die NZZ

Eberhard Seidel

Soziologe und Geschäftsführer der Bundeskoordination

Julia Gerlach

Journalistin und Autorin, ist seit 2015 Projektleiterin der arabischsprachigen Internetplattform Amal, Berlin!

Marta Kozłowska

Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM), TU Dresden

Alia Sembol

Gesellschaftswissenschaftlerin mit den Schwerpunkten Migration, Integration, Jugendarbeit, Rechtsextremismus und Erinnerungsarbeit

Fotos

Titel und S.5 Heidenau, 2015: Ausschreitungen während einer Kundgebung gegen die Unterbringung von Geflüchteten, organisiert durch die rechtsextreme NPD. ©*picture alliance*

S.7 Kleinkind mit VR-Brille. ©*picture alliance*

S.12 Oberlandesgericht München, 2013: Mahnende Erinnerung an den Ermordeten Enver Şimşek. ©*picture alliance*

S.14–15 Am 6. April 2006 wurde der 21-jährige Halil Yozgat in dem Internetcafé seiner Familie durch den NSU ermordet. Im Hinterzimmer des Kasseler Internetcafés saß zu diesem Zeitpunkt auch der Verfassungsschützer Andreas Temme, der später aussagte, nichts Ungewöhnliches bemerkt zu haben. Die Rechercheagentur Forensic Architecture hat in 22sqm_9:26min den Tathergang nachgestellt – und kommt zu dem Schluss, dass Andreas Temme die Schüsse auf Halil Yozgat gehört und den Erschossenen am Boden gesehen haben oder aber den Mördern auf seinem Weg aus dem Internetcafé begegnet sein muss. Das Foto zeigt einen Ausschnitt aus der Nachstellung der Ereignisse am Tatort durch Forensic Architecture. © *Forensic Architecture 2017*

S.17 Villingen-Schwenningen, 2016: Unbekannte haben eine Handgranate dieser Bauart über den Zaun einer Flüchtlingsunterkunft geworfen. Das Bild ist während der Pressekonferenz der Polizei entstanden. ©*picture alliance*

S.18 Flensburg, 2015: Spuren des Brandanschlags auf eine Unterkunft für Geflüchtete. ©*picture alliance*

S.21 Emblem der rechtsnationalen Gruppierung *Identitäre Bewegung* ©*picture alliance*

S.22 Hajnowka - Polen, 2019: Aufmarsch von polnischen Ultranationalisten. ©*picture alliance*

S.25 Warschau - Polen, 2013: Polnische Ultranationalisten. ©*picture alliance*

S.29 Warschau - Polen, 2018: Der Polnische Präsident Andrzej Duda feiert gemeinsam mit Rechtsextremen den polnischen Unabhängigkeitstag. ©*picture alliance*

S.31 Aleppo - Syrien, 2014 ©*picture alliance*

S.32 Beirut - Libanon, 2010 ©YK

S.35 New York - USA, 2001 ©*picture alliance*

S.36 Deutscher Vorgarten / Sympathisanten von Bin Laden in Pakistan. ©*picture alliance*

S.39 Beirut - Libanon, 2010: Die Statue am zentralen Platz von Beirut trägt die Spuren jahrelangen kriegerischer Konflikte im Nahen Osten ©YK

S.41: Tunis - Tunesien, 2011: Enttäuschte Hoffnungen und Resignation ©YK

S.42 oben: Belgrad – Serbien, 2016: Proteste serbischer Ultranationalisten gegen die Verurteilung des Kriegsverbrechers Radovan Karadžić. ©*picture alliance*

S.42 unten: Potocari – Bosnien-Herzegowina: 71 neu identifizierte Opfer des Massakers von Srebrenica vor ihrer Beisetzung. ©*picture alliance*

S.45 Podgarić – Kroatien: Das 1967 von Tito eingeweihte Denkmal erinnert an den Widerstand der Einwohner der Region Moslavina gegen die faschistische Ustascha. ©*picture alliance*

S.47 Banja Luka – Bosnien, 2018: Anhänger des serbischen Nationalisten Milorad Dodik. ©*picture alliance*

S.49 alle Bilder ©*picture alliance*

S.52 Köln, 2016: Kundgebung nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei. ©*picture alliance*

S.55 Berlin, 2018: Anhänger des türkischen Präsidenten Erdoğan machen *Rabia*-Handzeichen. Das Handzeichen wurde von den

ägyptischen Muslimbrüdern adaptiert, wo es zum Protest gegen deren gewaltsame Absetzung durch das Militär diente. ©*picture alliance*

S.57 Berlin, 2016: Mitglieder der mittlerweile verbotenen Rockergruppe *Osmanen Germania* demonstrieren am Brandenburger Tor gegen die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern durch den deutschen Bundestag. ©*picture alliance*

S.59 ©*picture alliance*

S.60 Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und seine Frau Emine Erdoğan posieren auf den Treppen des Präsidentenpalastes in Ankara. Soldaten in historisierenden Uniformen, die an das Osmanische Reich erinnern, stehen im Hintergrund Spalier. ©*picture alliance*

S.62 "Meine Heimat bleibt Deutsch" steht auf einem Schild eines Teilnehmers einer Kundgebung der Bürgerinitiative "Sichere Heimat" am 14.02.2016 in Nürnberg (Bayern). Nach Angaben der Initiatoren haben sich in der Initiative größtenteils Russlanddeutsche zusammengeschlossen. ©*picture alliance*

S.65 Traunreut, 2016: In Traunreut versammeln sich Russlanddeutsche auf dem Rathausplatz, um gegen die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel, den Islam und die angebliche Lügenpresse zu demonstrieren. ©*picture alliance*

S.67 Essen, 2017: Eugen Schmidt (AfD). © *Getty Images*

S.70-71 Teilnehmer einer Kundgebung der Initiative "Sichere Heimat" hält 2016 in Nürnberg eine umgedrehte Deutschland-Flagge in den Händen. Laut Initiatoren haben sich in der Initiative größtenteils Russlanddeutsche zusammengeschlossen. ©*picture alliance*

S.72 ©*picture alliance*

*mögliche Fehler vorbehalten

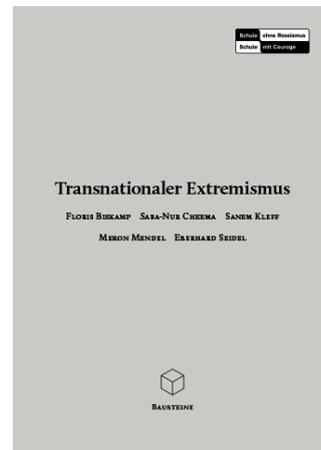


Themenheft Rechtspopulismus

Rechtspopulistische Parteien agitieren gegen Minderheiten, betrachten sich als strategische Partner gegen eine multikulturelle Gesellschaft und fordern ein weißes, heterosexuelles Europa. Sie versprechen ihrer Wählerschaft ein Zurück in Zeiten vermeintlicher nationaler und sozialer Sicherheit.

Im Themenheft Rechtspopulismus gehen die Autor*innen der Frage nach, was die Attraktivität einer politischen Strömung ausmacht, die Gesellschaft in ein „Ihr“ und „Wir“ einteilt und wichtige Errungenschaften der Frauenemanzipation oder der sexuellen Selbstbestimmung in Frage stellt.

4., aktualisierte und erweiterte Auflage 2019



Transnationaler Extremismus

Ultranationalismus, Rechtsextremismus unter migrantischen Gruppen sowie Antisemitismus und Islamismus stellen für Pädagog*innen eine Herausforderung dar – unter anderem, weil diese transnationalen Extremismen nicht nur durch gesellschaftliche Verhältnisse in Deutschland geprägt sind, sondern auch durch Dynamiken in anderen Ländern.

In diesem Baustein zeigen Dr. Floris Biskamp, Saba-Nur Cheema, Sanem Kleff, Dr. Meron Mendel und Eberhard Seidel, warum transnationale Extremismen keine Leerstelle politischer Bildungsarbeit bleiben dürfen und wie ein erfolgreicher pädagogischer und rassistuskritischer Umgang mit ihnen aussehen kann.



Unser Präventionsansatz

Eine gute und nachhaltige Präventionsarbeit an unseren Schulen stärkt Kinder und Jugendliche, sich für eine demokratische Gesellschaft, für Menschenrechte und ein solidarisches Miteinander einzusetzen. Der Präventionsansatz von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage wendet sich gegen alle Ideologien der Ungleichwertigkeit.



Die Rolle der Schulsozialarbeit

Der Baustein „Die Rolle der Schulsozialarbeit in der Menschenrechtserziehung“ zeigt auf, warum Schulsozialarbeit für eine diskriminierungssensible Schule so wichtig ist und benennt Voraussetzungen einer erfolgreichen Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe.



Antisemitismus und Migration

Antisemitismus macht vor den Schulen nicht halt. Besondere Aufmerksamkeit erfährt dabei in letzter Zeit die Frage, ob eine originär muslimische Judenfeindschaft für die Zunahme antisemitischer Einstellungen in Deutschland verantwortlich sei. Diese Debatte greift der Islamwissenschaftler Dr. Michael Kiefer auf.



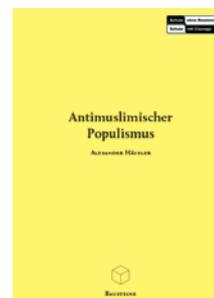
Gender & Islam in Deutschland

Im schulischen Alltag gibt es derzeit große Unsicherheiten im Umgang mit Kindern und Jugendlichen aus muslimischen Familien. Dieser Baustein möchte die Pädagog*innen in ihrer interkulturellen Kompetenz stärken, damit sie auch gegenüber diesen Schüler*innen ihrem Bildungsauftrag im Sinne des Kindeswohls nachkommen können.



Reden über Rassismus in Deutschland

In dem vierten Baustein debattieren Aktivist*innen und Journalist*innen generationsübergreifend über Rassismus, Antirassismusarbeit in Deutschland, Rassismusbegriffe und Ansätze der Kritischen Weißseinsforschung.



Antimuslimischer Populismus

Antimuslimischer Populismus ist der Treibstoff des Rechtspopulismus in Deutschland und Europa. Der Islam dient dabei als Projektionsfläche für Feindbildkonstruktionen, die bis in die Mitte der Gesellschaft hinein Wirkung entfalten.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

mit freundlicher Unterstützung von:

